

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Ende des Bundesparteitags 2022 in Riesa (SN) und hat das Ziel, die Partei auf unter anderem der kommunikativen und organisatorischen Ebene zu professionalisieren. Damit gehen indes keine inhaltliche Mäßigung oder Distanzierung von verfassungsschutzrechtlich relevanten Positionen der Partei einher. Vielmehr sind die Akteure des Netzwerks überwiegend dem solidarisch-patriotischen Lager zuzurechnen.

Das Netzwerk entfaltete durch den Verlauf der Europawahlversammlung in Magdeburg (ST) erstmals auch öffentlich seine Einflussmöglichkeiten.³²⁶ Die nahezu gänzlich ausbleibenden Konflikte und Streits auf offener Bühne sind mutmaßlich auf das Wirken des Netzwerks und die durch Münzenmaier organisierten Absprachen zwischen den unterschiedlichen Netzwerken und Lagern zurückzuführen.³²⁷

Auffällig war zweitens, wie homogen die einzelnen Bewerbungsreden wirkten und in welchem Umfang sich verfassungsschutzrelevante Aussagen darin fanden. Selbst ehemalige Anhänger des liberal-konservativen Lagers fielen mit Reden auf, die in Bezug auf Duktus und verwendete Schlagworte stark an Positionen des solidarisch-patriotischen Lagers erinnerten. Prominentestes Beispiel war die Rede von Alexander Wolf (zum damaligen Zeitpunkt MdHB, mittlerweile MdB, HH), in der dieser selbstkritisch zugab, dass die vergangenen Konflikte zwischen dem liberal-konservativen Lager und dem Flügel die Partei geschwächt hätten.³²⁸

In den Reden, in denen in hohem Maße verfassungsschutzrechtlich relevante Aussagen kommuniziert worden sind, wurde die migrationsfeindliche Agitation der Partei wieder in den Vordergrund gerückt. So äußerte sich der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (mittlerweile MdEP, BW) wie folgt:

„Und zu Europa gehört ja auch die Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Sind aber wir Deutsche, sind die anderen europäischen Völker jemals gefragt worden, ob sie einverstanden sind, dass Millionen von Fremde in ihre Länder kommen, die großteils die Sozialsysteme belasten und zunehmend gewalttätig Parallelgesellschaft bilden? [...] Liebe Freunde, es ist ein unerträglicher Zustand, dass Deutschland der Asylnagnet Europas ist, dass wir diesen Kontinent mit

³²⁶ DER SPIEGEL: „AfD-Mann Sebastian Münzenmaier. Er wirkt ruhig. Er denkt völkisch. Er hat Macht“ vom 05.07.2024, in: www.spiegel.de, ohne Abrufdatum.

³²⁷ Süddeutsche Zeitung: „Wer ganz rechts die Strippen zieht“ vom 01.07.2024, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 12.11.2024.

³²⁸ Wolf, Alexander: Rede für das EU-Parlament vom 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.09.2023, Kanal: „Alexander Wolf“, abgerufen am 12.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

*Wirtschaftsmigranten aus aller Welt verwandeln, als Siedlungsgebiet sozusagen.*³²⁹

Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW) forderte in ihrer Bewerbungsrede die „millionenfache Remigration“:

„Der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck geht auf. Der Mittelstand stirbt ab, die Industrie verlässt Deutschland und der Green Deal ist jetzt der Sargnagel, mit dem Brüssels Bürokraten Deutschlands Niedergang endgültig besiegeln wollen. Aber, liebe Freunde, eine Volkswirtschaft kann man wiederaufbauen. Gerade wir Deutsche haben das in unserer Geschichte immer wieder bewiesen. Was uns aber dann irgendwann fehlt, das ist unser Volk. Und dieses wird von Berlin und Brüssel der Auflösung preisgegeben. Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung.

*Die Lösung lautet Remigration. Millionenfache Remigration. Deutschland leidet an einem noch nie dagewesenen Geburtenrückgang, und das mag die Endzeitapologeten der Grünen erfreuen. Schließlich bezeichnen sie Kinder als Klimaschädling Nummer eins. Man muss sich vorstellen, wie infam das ist, auszurechnen, wie viel CO2 durch Kinder produziert wird. Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das... Der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll.*³³⁰

Mary Khan-Hohloch (mittlerweile MdEP, BB) stilisierte in ihrer Bewerbungsrede pauschal alle jungen Migranten als gewaltbereit:

„Statt Fachkräfte bekamen wir Einwanderung in unsere Sozialsysteme, statt Familien erhielten wir gewaltbereite junge Männer. Und schon heute sind über

³²⁹ Jungen, Marc: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

³³⁰ Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023, veröffentlicht im Livestream „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

*fünfundzig Prozent der Bürgergeld-Empfänger Ausländer. Und wir alle, wir alle kennen den rasanten Anstieg an tödlichen Messerattacken von sogenannten Einzelfällen.*³³¹

Insgesamt waren auf der Veranstaltung ideologisch kaum noch unterschiedliche Positionen feststellbar. Dezierte Einwürfe vonseiten des liberal-konservativen Lagers kamen mit Ausnahme eines Redebeitrags von Sylvia Limmer (bis 2024 MdEP, BY) nicht vor. Diese griff, nachdem sie nach wiederholtem Versuch nicht auf die Liste gewählt wurde, Björn Höcke persönlich und den ehemaligen Flügel insgesamt an:

*„Mich haben auf Befehl die strammen Höcke-Kader kaltgestellt, als Abrechnung dafür, dass ich mitgestimmt habe, Kalbitz aus der Partei zu werfen. [...] Glückwunsch, Herr Höcke, ich bin dann mal weg.“*³³²

Anlässlich ihres Parteiaustritts im Mai 2024 äußerte sich Limmer nochmals zur innerparteilichen Vernetzung und Rolle der Anhänger des ehemaligen Flügels:

*„Die ehemaligen Flügel-Boys und die Putin-Fanboys arbeiten viel stärker zusammen als die Bürgerlichen, haben auch kein Problem damit, Vorgaben von oben zu folgen.“*³³³

Trotz der ideologischen Einigkeit kam es im Rahmen der Veranstaltung zu massiven Konflikten um einzelne Listenplätze. Die Europawahlversammlung war somit die erste bundesweite Veranstaltung, in der sich die neuen innerparteilichen Machtverhältnisse nach der Erosion des liberal-konservativen Lagers abzeichneten.

Der Fokus der Partei lag in den kommenden Monaten ganz auf der Vorbereitung des Europawahlkampfes im Mai 2024 und der drei ostdeutschen Landtagswahlkämpfe im Herbst 2024. Massiv gestört wurden diese Vorbereitungen durch die Veröffentlichung eines Online-Artikels des Recherchemediums CORRECTIV am 10. Januar 2024.³³⁴ Unter der Überschrift „Geheimplan gegen Deutschland“ berichtete das Medium über ein Vernetzungstreffen, das im November 2023 in einer Potsdamer Villa stattgefunden hatte und an dem auch Mitglieder der AfD, unter anderem Roland Hartwig (BB,

³³¹ Khan-Hohloch, Mary: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

³³² T-Online: „Auf diese Truppe habe ich keine Lust‘: AfD-Politikerin rechnet in Wutrede mit ihrer Partei ab“ vom 05.08.2023, in: www.t-online.de, abgerufen am 11.11.2024.

³³³ DER SPIEGEL: „Europaabgeordnete Limmer verlässt die AfD“ vom 24.05.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 11.11.2024.

³³⁴ CORRECTIV: „Geheimplan gegen Deutschland“ vom 10.01.2024, in: www.correctiv.org, abgerufen am 11.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

zu dem Zeitpunkt noch Mitarbeiter von Alice Weidel), und der Vordenker der deutschsprachigen Identitären Bewegung, Martin Sellner, teilgenommen hatten. Sellner habe laut der Berichterstattung vor dem Kreis über einen Masterplan zur „Remigration“ gesprochen.

Die Berichterstattung über das Treffen hatte auf unterschiedlichen Ebenen Auswirkungen: Gesamtgesellschaftlich kam es bundesweit zu Großdemonstrationen gegen Remigration und für Demokratie, an denen sich teilweise über 200.000 Menschen beteiligten.³³⁵ Gleichzeitig war mit etwas Zeitverzug auch ein leichtes Absinken der Umfragewerte der AfD zu beobachten, die sich zuvor auf einem Allzeithoch von bundesweit über 20 % bewegt hatte.³³⁶

Die Reaktionen der Bundespartei fielen entsprechend deutlich aus. Alice Weidel sprach in einem Statement von einem „*der größten, ungeheuerlichsten Medien- und Politikskandale der Bundesrepublik Deutschland*“.³³⁷ Auch die Fraktionsvorsitzenden in den ostdeutschen Bundesländern äußerten sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Begriff der Remigration.³³⁸ Der Bundesverband veröffentlichte am 29. Januar 2024 außerdem ein Positionspapier zum Begriff der „*Remigration*“.³³⁹ Auch wenn das Treffen von der AfD als nicht problematisch bewertet wurde, hatte es doch auch innerparteiliche Konsequenzen. So beendete der damalige Referent von Alice Weidel, Roland Hartwig, seine Tätigkeit für sie „*im beiderseitigen Einvernehmen*“.³⁴⁰

³³⁵ tagesschau: „Großer Andrang bei Demos – Abbruch in München“ vom 21.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 11.11.2024.

³³⁶ tagesschau: „Viele waren Widerspruch nicht mehr gewohnt“ vom 25.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.11.2024.

³³⁷ Weidel, Alice: „Correctiv & Medien vs. AfD: Die Wahrheit über die Schmutzkampagne!“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.01.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 12.11.2024.

³³⁸ AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur REMIGRATION“ vom 15.01.2024, in: www.afd-thl.de, abgerufen am 11.11.2024.

³³⁹ AfD: „Remigration – Alternative für Deutschland“ ohne Datum, in: www.afd.de, abgerufen am 11.11.2024.

³⁴⁰ tagesschau: „AfD trennt sich von Weidels Referent“ vom 15.01.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 11.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Als weitere Belastung für den Wahlkampf erwiesen sich in der Folge die Ermittlungen im Umfeld von Maximilian Krah³⁴¹ bzw. die Ermittlungen gegen ihn³⁴² sowie Petr Bystron³⁴³. Krah und Bystron wurden in der Folge vom Bundesvorstand nicht mehr für den Wahlkampf des Bundesverbands eingeplant, nahmen aber auf regionaler Ebene weiterhin an Veranstaltungen teil.

Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 erreichte die AfD schließlich 15,9 % der Stimmen und konnte ihr Ergebnis damit um 4,9 Prozentpunkte steigern. Wie bereits bei früheren bundesweiten Wahlen war abermals zu beobachten, dass die AfD besonders in den ostdeutschen Bundesländern Ergebnisse um die 30 % erreichen konnte. Auch wenn ein erheblicher Zuwachs generiert werden konnte, wurde das Ergebnis von Teilen der Partei vor dem Hintergrund der Anfang des Jahres noch deutlich höheren Umfragewerte nicht uneingeschränkt positiv bewertet.

Auf dem wenige Wochen später am 29. und 30. Juni 2024 in Essen (NW) abgehaltenen Bundesparteitag fand turnusmäßig die Neuwahl des Bundesvorstands statt. Dabei wurden Alice Weidel (79,77 %³⁴⁴) und Tino Chrupalla (82,72 %³⁴⁵) mit sehr guten Ergebnissen wiedergewählt. Neben den beiden Bundessprechern gehören dem Bundesvorstand weiterhin folgende Personen an:

- **1. Stellvertretender Bundessprecher: Stephan Brandner** (MdB, TH); Wahlergebnis: 90,77 %³⁴⁶
- **2. Stellvertretender Bundessprecher: Peter Boehringer** (MdB, BY); Wahlergebnis: 85,35 %³⁴⁷
- **3. Stellvertretender Bundessprecher: Kay Gottschalk** (MdB, NW); Wahlergebnis: 61,71 %³⁴⁸
- **Bundesschatzmeister: Carsten Hütter** (MdL SN); Wahlergebnis: 82,39 %³⁴⁹

³⁴¹ ZEIT: „Mitarbeiter des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah festgenommen“ vom 23.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 11.11.2024.

³⁴² ZEIT: „AfD: Generalstaatsanwalt leitet Vorermittlungen gegen Krah ein“ vom 24.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 11.11.2024.

³⁴³ ZDF: „Ermittlungen gegen AfD-Abgeordneten Bystron“ vom 16.05.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 11.11.2024.

³⁴⁴ 531 abgegebene Stimmen; 426 / 82,72 % ja; 89 / 17,28 % nein; 16 Enthaltungen.

³⁴⁵ 537 abgegebene Stimmen; 418 / 79,77 % ja; 106 / 20,23 % nein; 13 Enthaltungen.

³⁴⁶ 477 abgegebene Stimmen; 423 / 90,77 % ja; 43 / 9,23 % nein; 11 Enthaltungen.

³⁴⁷ 443 abgegebene Stimmen; 367 / 85,35 % ja; 63 / 14,65 % nein; 11 Enthaltungen.

³⁴⁸ Gegenkandidat: Dirk Spaniel (MdB, BW); 443 abgegebene Stimmen; 324 / 61,71 % Gottschalk; 160 / 30,48 % Spaniel; 41 / 7,81 % nein zu beiden; 3 Enthaltungen.

³⁴⁹ 367 abgegebene Stimmen; 290 / 82,39 % ja; 62 / 17,61 % nein; 15 Enthaltungen.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

- **Stellvertretender Bundesschatzmeister: Alexander Jungbluth** (MdEP, RP); Wahlergebnis: 74,15 %³⁵⁰
- **Bundesschriftführer: Dennis Hohloch** (MdL BB); Wahlergebnis: 59,38 %³⁵¹
- **1. Beisitzer: Marc Jongen** (MdEP, BW); Wahlergebnis: 54,71 %³⁵²
- **2. Beisitzer: Martin Reichardt** (MdB, ST); Wahlergebnis: 86,68 %³⁵³
- **3. Beisitzer: Dirk Brandes** (MdB, NI); Wahlergebnis: 88,31 %³⁵⁴
- **4. Beisitzer: Heiko Scholz** (MdL HE); Wahlergebnis: 89,79 %³⁵⁵
- **5. Beisitzer: Roman Reusch** (BB); Wahlergebnis: 63,99 %³⁵⁶
- **6. Beisitzer: Hannes Gnauck** (MdB, BB); Wahlergebnis im zweiten Wahlgang: 50,57 %³⁵⁷

Als Ehrenvorsitzender gehört auch Alexander Gauland (MdB, BB) weiterhin dem Bundesvorstand an.

Insgesamt steht der neue Bundesvorstand somit für eine hohe personelle Kontinuität. So wurden lediglich fünf von 14 Personen neu in das Gremium gewählt. Unter diesen fünf Personen ist an prominentester Stelle Kay Gottschalk (MdB, NW) zu nennen, der zum stellvertretenden Bundessprecher gewählt wurde.³⁵⁸ Gottschalk war früher im liberal-konservativen Lager zu verorten gewesen.

Wie schon bei der Europawahlversammlung im Vorjahr lief auch der Bundesparteitag 2024 weitestgehend konfliktfrei ab, obwohl es durchaus kontroverse Themen hätte geben können. So wurden weder das zwar deutlich verbesserte, aber doch hinter den Erwartungen zurückgebliebene Ergebnis der Europawahl, noch der Umgang des Bundesvorstands mit den Personalien Krah und Bystron oder das zukünftige

³⁵⁰ 402 abgegebene Stimmen; 284 / 74,15 % ja; 99 / 25,85 % nein; 19 Enthaltungen.

³⁵¹ 404 abgegebene Stimmen; 228 / 59,38 % ja; 156 / 40,63 % nein; 20 Enthaltungen.

³⁵² Gegenkandidatin: Christina Baum (MdB, BW); 504 abgegebene Stimmen; 273 / 54,71 % Jongen; 214 / 42,89 % Baum; 12 / 2,4 % nein zu beiden; 5 Enthaltungen.

³⁵³ 410 abgegebene Stimmen; 345 / 53 / 13,32 % nein; 12 Enthaltungen.

³⁵⁴ 403 abgegebene Stimmen; 340 / 88,31 % ja; 45 / 11,69 % nein; 18 Enthaltungen.

³⁵⁵ 397 abgegebene Stimmen; 343 / 89,79 % ja; 39 / 10,21 % nein; 15 Enthaltungen.

³⁵⁶ Gegenkandidat: Ingo Hahn (MdL BY); 492 abgegebene Stimmen; 311 / 63,99 % Reusch; 160 / 32,92 % Hahn; 15 / 3,09 % nein zu beiden; 6 Enthaltungen.

³⁵⁷ Gegenkandidat: Markus Wagner (MdL NW); Im 2. Wahlgang nachdem auch in der Stichwahl des 1. Wahlgangs keine Mehrheit gefunden wurde: 527 abgegebene Stimmen; 265 / 50,57 % Gnauck; 234 / 44,66 % Wagner; 25 / 4,77 % nein zu beiden; 3 Enthaltungen.

³⁵⁸ ntv: „AfD wählt fünf Neue in den Vorstand“ vom 29.06.2024, in: www.ntv.de, abgerufen am 14.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Verhältnis zur JA diskutiert.³⁵⁹ Insgesamt kann der Bundesparteitag als weiteres Beispiel für den Prozess der zunehmende Professionalisierung der Parteiarbeit angesehen werden. Dies gilt einerseits in inhaltlicher Weise, als die Vorstellungsreden der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten für Ämter im Bundesvorstand nur wenige verfassungsschutzrechtlich relevante Aussagen und Positionen enthielten. Dieser Befund ist gerade auch im Vergleich mit der AfD-Europawahlversammlung im August 2023 in Magdeburg relevant, da die Bewerbungsreden der dort Kandidierenden noch in hohem Maße von verfassungsschutzrechtlich relevanten Aussagen geprägt waren. Auch in der öffentlichen Kommunikation bemühten sich die Protagonisten der Partei auf dem Bundesparteitag 2024 um eine eher staatstragende Rhetorik.

Auch können die ausbleibenden Diskussionen dahingehend interpretiert werden, dass sich ideologisch und politisch in der AfD inzwischen seit Jahren eine fortschreitende Homogenisierung vollzogen hat, die spätestens seit dem Jahr 2023 auch auf Bundesparteitagen zu beobachten ist.

Wie bereits bei der Europawahlversammlung in Magdeburg zeigte auch der Verlauf des Bundesparteitags 2024 abermals sehr deutlich den Einfluss und die Wirkmacht des Netzwerks um Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) in der Partei. Münzenmaier lobte die Durchführung der Parteiveranstaltung besonders:

*„Der disziplinierteste Parteitag, den die AfD je erlebt hat! Am Wochenende fand unser AfD-Bundesparteitag in Essen statt und wählte einen neuen Bundesvorstand. Während draußen die linksextremen Horden wüteten, herrschte im Saal Einigkeit, Geschlossenheit und der klare Wille im Herbst die Ostwahlen zu gewinnen. [...] Wir haben am Wochenende bewiesen: die AfD ist bereit für mehr“.*³⁶⁰

Bereits zuvor äußerte er sich am Rande des Bundesparteitags 2024 in einem Interview mit dem Sender phoenix zu seinem Ansinnen einer professionalisierten Parteiarbeit, negierte allerdings die Existenz eines Netzwerks um seine Person:

„Münzenmaier-Netzwerk ist natürlich Quatsch, sondern wir reden mit selbstverständlich allen möglichen Leuten. Sie wissen, ich bin stellvertretender Frakti-

³⁵⁹ tagesschau: „Die AfD in der Bubble“ vom 30.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.11.2024.

³⁶⁰ Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 01.07.2024, abgerufen am 12.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

onschef der Bundestagsfraktion und natürlich rede ich da mit ganz vielen Kollegen und so weiter, so gehört sich das ja auch in einer gut funktionierenden Partei, wie es die AfD ist. Und wir sind schon extrem stark, das hat auch unser Ergebnis jetzt wieder gezeigt, wir laufen rund, das ist 'ne super Truppe, wir haben uns extrem entwickelt in den letzten zwei Jahren mit diesem Bundesvorstand. Und ich glaube, wenn wir jetzt zum Beispiel ins europäische Ausland schauen zu unseren Freunden von der FPÖ nach Österreich, wo wir immer sagen, okay, die sind noch erfolgreicher, die sind nicht bei 16, sondern die kratzen an den 30 Prozent, da wollen wir hin. Und da können wir uns eben noch den ein oder anderen Punkt in puncto Disziplin, Professionalisierung, Hierarchien, Kommunikation anschauen.³⁶¹

Nachdem die AfD wie beschrieben bereits bei der Europawahl ein gutes Ergebnis erzielen konnte, gelang dies den drei ostdeutschen Landesverbänden bei ihren jeweiligen Landtagswahlen ebenfalls.

In Thüringen wurde die AfD bei der Wahl am 1. September 2024 mit 33,1 % der abgegebenen Stimmen (+9,7 Prozentpunkte) erstmals stärkste Kraft in einem deutschen Landtag. Sie verfügt über 32 Mandate (+10 Mandate) und damit auch über eine Sperrminorität im Landtag Thüringen. Der Alterspräsident des neuen Landtages, der AfD-Abgeordnete Jürgen Treutler (MdL TH), sorgte durch seine Sitzungsleitung in der konstituierenden Sitzung des Landtags am 26. September 2024 dafür, dass diese unterbrochen werden musste. So hatte er sich geweigert, über eine Änderung der Tagesordnung abstimmen zu lassen und die Beschlussfähigkeit des Parlaments festzustellen.³⁶² Erst nach einer Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, in der u. a. geurteilt wurde, dass Treutler die parlamentarischen Antrags- und Mitwirkungsrechte der Abgeordneten verletzt habe, kam es schließlich am 28. September 2024 zur ordnungsgemäßen Konstituierung des Landtages und der Wahl des Landtagspräsidenten.³⁶³

³⁶¹ Münzenmaier, Sebastian: Interview Sebastian Münzenmaier auf dem AfD-Bundesparteitag am 28.06.24 in Essen (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 30.06.2024.

³⁶² LTO: „Thüringer Landtag: VerfGH soll Parlamentspatt auflösen“ vom 26.09.2024, in: www.lto.de, abgerufen am 12.04.2025.

³⁶³ LTO: „AfD-Alterspräsident Treutler muss Abstimmung über Tagesordnung zulassen“ vom 27.09.2024, in: www.lto.de, abgerufen am 12.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Bei der am gleichen Tag wie in Thüringen stattfindenden Landtagswahl in Sachsen erhielt die AfD 30,5 % der abgegebenen Stimmen (+3,0 Prozentpunkte). Die AfD-Fraktion besteht dort aus 40 Abgeordneten (+2 Mandate), womit sie eine Sperrminorität knapp verpasste.

Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 konnte die AfD 29,2 % der Stimmen (+5,7 Prozentpunkte) auf sich vereinen und stellt damit 30 Abgeordnete (+7 Mandate). Wie auch in Thüringen konnte die AfD in Brandenburg somit eine Sperrminorität erreichen.

Insgesamt stärken die Wahlergebnisse die ostdeutschen Landesverbände finanziell, strukturell und voraussichtlich auch innerparteilich. So konnten insgesamt wahlübergreifend 19 Mandate zusätzlich gewonnen werden, durch die den ostdeutschen Landesverbänden entsprechend auch mehr Mitarbeiterstellen und Mandatsträgerbeiträge zur Verfügung stehen.

Besonders in Thüringen und Brandenburg war während des Wahlkampfs feststellbar, dass die Landesverbände hier sehr offensive Wahlkampfstrategien verfolgten, die regelmäßig auch mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen einhergingen. Trotzdem konnten sich die ostdeutschen Landesverbände auf die Unterstützung durch die Bundesebene und die westdeutschen Landesverbände verlassen, was sich in Teilnahmen an Wahlkampfveranstaltungen, Beistand im Straßenwahlkampf oder in Solidaritätsbekundungen ausdrückte. Eine kritische Reflexion der gewählten Wahlkampfstrategien seitens der westdeutschen Landesverbände war dabei öffentlich nicht festzustellen.

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen fokussierte sich die AfD auf die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2025.

3. Entwicklung der Partei im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2025

Mit dem Scheitern der bisherigen Regierungskoalition im November 2024 und dem deshalb von September auf Februar 2025 vorgezogenen Wahltermin mussten die Parteien sich überraschend und unter Zeitdruck auf die Bundestagswahl vorbereiten. So musste die AfD beispielsweise ihren Bundesparteitag bereits auf den 11./12. Januar 2025 terminieren. Die Aufstellung der Landes- und Wahlkreiskandidatenlisten und die entsprechenden Wahlen mussten innerhalb weniger Wochen erfolgen. Einige

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Kandidaturen erzeugten dabei öffentliche Aufmerksamkeit. So kandidierte Alexander Gauland (MdB, SN) entgegen früherer Aussagen doch wieder für ein Mandat, allerdings nicht wie bisher in Brandenburg, sondern in seiner Geburtsstadt Chemnitz (SN) und auf dem sechsten Platz der Landesliste Sachsen.³⁶⁴ Im Nachbarwahlkreis Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II wurde Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt noch MdEP, mittlerweile MdB, SN) als Wahlkreiskandidat aufgestellt – anders als Alexander Gauland wurde er allerdings nicht auf der Landesliste berücksichtigt.³⁶⁵ In Nordrhein-Westfalen wurde Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) trotz des gegen ihn laufenden Parteiausschlussverfahrens als Direktkandidat im Wahlkreis Dortmund II aufgestellt. Gegen diese Entscheidung wurde nach Medienberichten vom Landesvorstand Einspruch eingelegt und die nach dem BWahlG vorgesehene notwendige Unterschrift für die Zulassung verweigert.³⁶⁶ Aufgrund des in § 21 Abs. 4 BWahlG vorgesehenen Verfahrens musste der Landesvorstand nach einem erneuten Votum der Aufstellungsversammlung den Wahlvorschlag letztlich aber doch unterschreiben.³⁶⁷ Zusätzlich wurde Helferich sogar auf Platz sechs der Landesliste gewählt.³⁶⁸ Eine weitere Kandidatur, die bundesweit Aufmerksamkeit erzeugte, war die von Christina Baum. Diese wurde auf dem Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg vom 5. und 6. Oktober 2024 nicht mehr auf die Landesliste für die Bundestagswahl 2025 gewählt.³⁶⁹ Auch die Bewerbung Baums um einen Platz auf der Landesliste der AfD Bayern scheiterte, als sie in einer Kampfabstimmung um Listenplatz sieben gegen den rechtspolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Tobias Peterka (MdB, BW) unterlag.³⁷⁰ Daraufhin verkündete Christina Baum am 12. Dezember 2024 zunächst ihren Rückzug aus der aktiven Politik.³⁷¹ Am 12. Januar 2025 erklärte Baum auf Facebook allerdings, „ganz kurzfristig“ beschlossen zu

³⁶⁴ DER SPIEGEL: „Gauland will doch wieder in den Bundestag“ vom 23.11.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 30.03.2025.

³⁶⁵ tagesschau: „AfD-Politiker Krah als Direktkandidat aufgestellt“ vom 12.12.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 30.05.2025.

³⁶⁶ taz: „Landesvorstand blockiert Direktkandidaturen“ vom 09.12.2024, in: <https://taz.de>, abgerufen am 30.03.2025.

³⁶⁷ Helferich, Matthias: Tweet vom 21.12.2024, abgerufen am 03.02.2025.

³⁶⁸ WDR: „NRW-AfD macht Gottschalk zum Spitzenkandidaten und wählt Helferich“ vom 03.01.2025, in: www.wdr.de, abgerufen am 30.05.2025.

³⁶⁹ AfD Baden-Württemberg: „Landesliste zur Bundestagswahl 2025“, in: <https://afd-bw.de>, abgerufen am 23.01.2025.

³⁷⁰ BR24: „Bayern-AfD wählt Landeschef Protschka zum Spitzenkandidaten“ vom 07.12.2024, in: www.br.de, abgerufen am 01.04.2025.

³⁷¹ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 12.12.2024, abgerufen am 12.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

haben, bei der bevorstehenden Bundestagswahl als Direktkandidatin im Wahlkreis 68 Harz (ST) anzutreten, da mehrere Mitglieder des örtlichen Kreisverbands sie *„darum gebeten hatten, weil aus ihrer Sicht kein geeigneter Kandidat zur Verfügung stand“*.³⁷² Sie sei mit 106 Stimmen bei 166 stimmberechtigten Mitgliedern und drei Gegenkandidaten im ersten Durchgang gewählt worden.³⁷³ Im Anschluss verweigerte der Landesvorstand in Sachsen-Anhalt ihr und drei weiteren Wahlkreiskandidaten allerdings die für die Zulassung zur Wahl notwendige Unterschrift. Laut Medienberichten gab der Landesvorstand seinen Widerstand erst auf Druck des Bundesvorstands auf.³⁷⁴ Bei der Wahl errang Baum mit einem Erststimmenanteil von 39,01 % schließlich das Direktmandat, sodass sie auch dem 21. Deutschen Bundestag als Abgeordnete angehört.³⁷⁵

Die erneuten Kandidaturen von Helferich und Baum zeigen den anhaltenden Rückhalt, den die beiden zumindest in Teilen der Partei weiterhin haben.

Neben der Wahl der Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten musste parallel dazu auch über das Programm für die Bundestagswahl entschieden werden. Hierzu fand am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) der 16. Bundesparteitag der Partei statt. Zum ursprünglich 85-seitigen Leitantrag der Bundesprogrammkommission lagen insgesamt 93 Änderungsanträge vor, die zum Teil kontrovers diskutiert wurden. Das letztlich beschlossene Bundestagswahlprogramm umfasste 177 Seiten und war mit dem Wahlkampflogan „Zeit für Deutschland“ überschrieben.³⁷⁶ Im Rahmen des Parteitags wurde außerdem Alice Weidel offiziell als Kanzlerkandidatin der Partei nominiert.

Neben diesen notwendigen Punkten für die Vorbereitung der Bundestagswahl stand außerdem besonders ein Thema im Fokus: das zukünftige Verhältnis der AfD zu ihrer Jugendorganisation Junge Alternative. Letztlich entschieden die Delegierten mit großer Mehrheit, dass die JA die Anerkennung als Jugendorganisation zum 1. April 2025 verlieren solle und im Laufe des Jahres eine neue Jugendorganisation gegründet

³⁷² Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 13.01.2025.

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ Table Media: „Update: AfD Sachsen-Anhalt gibt Druck von oben nach und lässt Direktkandidaturen zu“ vom 16.01.2025, in: <https://table.media>, abgerufen am 30.03.2025.

³⁷⁵ HARZNEWS: „Christina Baum (AfD) gewinnt Direktmandat im Wahlkreis 68 Harz“ vom 24.02.2025, in: <https://harz.news.de>, abgerufen am 01.04.2025.

³⁷⁶ Zur Verfassungsschutzrelevanz des Bundestagswahlprogramms siehe Kapitel F. II.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

werden soll. Diese solle nicht mehr wie bisher als eigenständiger Verein organisiert sein, sondern als Teilorganisation in die Partei integriert werden.³⁷⁷

Die Beschlüsse des Bundesparteitags wurden mit großer Mehrheit getroffen und zeigten eine große Geschlossenheit in der Partei, die sich auch im Wahlkampf fortsetzen sollte. In dessen Rahmen erhielt die AfD – als neue Entwicklung im Vergleich zu vorherigen Wahlkämpfen – auch mehrere Großspenden, die allerdings zum Teil in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wurden und in einem Fall sogar zu Ermittlungen der Bundestagsverwaltung wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz führten.^{378 379 380}

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wurde die AfD schließlich mit 20,8 % der Zweitstimmen (+10,4 Prozentpunkte) zweitstärkste Kraft im Parlament. In den ostdeutschen Bundesländern wurde sie mit 32 % sogar stärkste Kraft. Das beste Landesergebnis konnte die AfD dabei mit 38,6 % in Thüringen erreichen. In Kaiserslautern (RP) und Gelsenkirchen (NW) gewann die Partei außerdem erstmals auch in Westdeutschland zwei Wahlkreise direkt. Die neue Fraktion im Deutschen Bundestag umfasst 152 Abgeordnete (+69 Mandate).³⁸¹ Laut Nachwahlbefragungen von infratest dimap spielten die Themen Migration (38 %) und Innere Sicherheit (33 %) die größte Rolle für die Wahlentscheidung von AfD-Wählern. 66 % der Wähler gaben außerdem an, dass das Programm eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt habe. 54 % (+6 Prozentpunkte) erklärten, dass sie die AfD aus Überzeugung gewählt hätten, nur 39 % (-6 Prozentpunkte) taten dies nach eigener Aussage aus Enttäuschung über andere Parteien.³⁸²

Die Ergebnisse der Landtagswahlen und der Bundestagswahl verweisen darauf, dass die AfD über eine steigende Wählerschaft verfügt, die in wachsendem Maß aus inhaltlicher Überzeugung und nicht mehr nur aus Enttäuschung über andere Parteien ihre Wahlentscheidung treffen.

³⁷⁷ Vgl. hierzu ausführlich das Kapitel E. III. 2.f. bb.

³⁷⁸ tagesschau: „Vor der Bundestagswahl bekommt die AfD eine 1,5-Millionen-Spende“ vom 22.01.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

³⁷⁹ DER SPIEGEL: „AfD-Großspende: Staatsanwaltschaft will nach 999.990-Euro-Spende nicht ermitteln“ vom 27.03.2025, in: www.spiegel.de, abgerufen am 12.04.2025.

³⁸⁰ ZEIT: „Bundestagsverwaltung leitet Prüfverfahren gegen AfD ein“ vom 13.03.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 12.04.2025.

³⁸¹ Bundeswahlleiterin: „Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis“ vom 14.03.2025, in: www.bundeswahlleiterin.de, abgerufen am 12.04.2025.

³⁸² tagesschau: „Wer wählte die AfD – und warum?“ vom 24.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Die stark vergrößerte neue Bundestagsfraktion konstituierte sich am 25. Februar 2025.³⁸³ Neben Christina Baum und Maximilian Kraus wurde dabei auch erstmalig Matthias Helferich aufgenommen. Laut Presseberichten geschah dies ohne eine inhaltliche Aussprache. Der neugewählte stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sebastian Münzenmaier äußerte sich gegenüber Medienvertretern im Anschluss daran sehr positiv über Helferich:

„Ich halte Matthias für einen sehr guten Rhetoriker, er ist intelligent, er ist klug, er macht gute Arbeit.“³⁸⁴

Die AfD verfügt mit der neuen Fraktion somit zukünftig über eine stark vergrößerte Repräsentanz im Bundestag, die aufgrund des Zuwachses auch finanziell und organisatorisch mehr Ressourcen aufweist.

IV. Entwicklungslinien

In der Gesamtbetrachtung lassen sich drei grobe Entwicklungslinien im Beobachtungszeitraum feststellen, die für den Kontext der sich anschließenden verfassungsrechtlichen Prüfung der AfD von Relevanz sind und einen Rahmen für diese bilden: eine Popularisierung der Partei hinsichtlich der Mitgliederentwicklung und der Wahlergebnisse seit ungefähr der zweiten Jahreshälfte 2022, eine Professionalisierung hinsichtlich der innerparteilichen Konfliktaustragung sowie der Partei in Gänze und schließlich eine fortschreitende ideologische Homogenisierung der Partei.

Wie eingangs beschrieben, sah sich der Bundesvorstand der AfD noch Mitte des Jahres 2022 einer breiten innerparteilichen Kritik ausgesetzt. Die Ergebnisse der vorangegangenen zehn Wahlen lagen alle hinter den Erwartungen zurück und auch hinsichtlich der Mitgliederentwicklung konnten zu diesem Zeitpunkt keine Zuwächse verzeichnet werden. Der Partei war es in den Monaten zuvor nicht flächendeckend gelungen, politisches Kapital aus der COVID-19-Krise zu schlagen, das vorhandene Protestpotenzial aufzunehmen und daraus eine entsprechende Unterstützung für die Partei zu generieren. Auch die Kampagne für die Bundestagswahl im Jahr zuvor, die

³⁸³ AfD-Bundestagsfraktion: „Im Auftrag für unser Land! – AfD-Fraktion konstituiert sich und wählt neuen Vorstand“ ohne Datum, in: <https://afdbundestag.de>, abgerufen am 12.04.2025.

³⁸⁴ tagesschau: „AfD-Fraktion nimmt SS-Verharmloser auf“ vom 25.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 12.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

unter dem Slogan „Deutschland – aber normal“ gestanden hatte, trug offensichtlich nicht dazu bei, die Situation für die AfD zu verbessern.

Dies änderte sich Mitte des Jahres 2022. Als Erklärung hierfür dürfte unter anderem die in der Bevölkerung zunehmende Angst vor den wirtschaftlichen und geopolitischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs gewesen sein, welche die AfD in ihrer politischen Arbeit bewusst aufnahm und schnell in eine politische Kampagne überführte. Mit Themen wie steigender Inflation, Energiesicherheit oder möglichen Blackouts griff die Partei Ängste auf, die in der Bevölkerung existierten. Erster Ausdruck dieser erfolgreichen Strategie war schließlich das Ergebnis bei der niedersächsischen Landtagswahl im Oktober 2022. Sagten die Umfrageinstitute der AfD noch Mitte des Jahres ein Ergebnis um 6 % voraus – und verbanden dies teilweise mit der Möglichkeit des Ausscheidens aus dem Landtag – konnte die AfD am Ende mit 11,0 % ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Landtagswahl fast verdoppeln.

Die Niedersachsenwahl kann im Nachgang als Wendepunkt hinsichtlich der Wahlergebnisse angesehen werden, der eine Phase des Erfolgs einleitete, die bis heute anhält. Dies ist zumindest zum Teil auf die seitdem gewählten Kampagnenthemen zurückzuführen. Diese umfassten neben der Kritik an der Ampelregierung und an deren Wirtschafts-, Energie- sowie Umweltschutzpolitik, der Ablehnung der sogenannten Gender-Ideologie und besonders in den ostdeutschen Bundesländern sicherlich die klar prorussische Positionierung der Partei. Letztere geht unter anderem einher mit der Forderung nach einer schnellen diplomatischen Beendigung des Ukraine-Kriegs, auch unter Inkaufnahme von für die Ukraine ungünstigen Ergebnissen. In besonderem Maße galt und gilt dies aber für die Themen Migration, Grenzregime und Ausländerkriminalität. Diese hatten der AfD bereits in den Jahren ab 2014 zum Erfolg verholfen, nachdem sie sich zuvor aufgrund des Austritts des ehemaligen Bundessprechers Bernd Lucke und einer großen Anzahl an Unterstützern in einer existenziellen Krise befunden hatte. Auch in den letzten Jahren setzte die AfD in ihrer politischen Kommunikation auf das Thema Migration und machte dies zu ihrem klaren Schwerpunkt. Dabei gelang es ihr erfolgreich, in der Bevölkerung vorhandene Krisen- und Bedrohungspereptionen aufzunehmen und diese mit ihren politischen Kernpositionen zu verbinden. Besonders das in der Partei vorhandene Volksverständnis und die damit einhergehende Ablehnung von Migrationsbewegungen nach Deutschland ließen sich dabei miteinander verbinden. Auch die Forderungen nach

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

einer Verschärfung des Grenzregimes in Deutschland oder die Thematisierung der Ausländerkriminalität passen sich in die Programmatik der AfD nahtlos ein. Zu sehen sind diese Positionen dabei immer auch vor dem Hintergrund der Grundannahmen in der Partei hinsichtlich der kulturellen Determination von Menschen durch ihre Herkunft.

Inwieweit es sich bei diesen Positionen um verfassungskonforme Standpunkte handelt oder ab wann von einer Verfassungsschutzrelevanz ausgegangen werden muss, kann an dieser Stelle dahinstehen und wird an späterer Stelle im Gutachten betrachtet.³⁸⁵

Zusammenfassend kann in Bezug auf die erste Entwicklungslinie festgestellt werden, dass die AfD nach einer erneuten Phase der Krise seit Mitte des Jahres 2022 von einer anhaltenden Popularisierung profitiert, die sich in steigenden Mitgliederzahlen und Wahlergebnissen niederschlägt. Einer der zentralen Gründe für diesen Prozess dürften die Kampagnenthemen gewesen sein, auf welche die Partei seitdem gesetzt hat. Zuvorderst gilt dies für das Thema Migration.

Der zweite Prozess, der im Lauf der vergangenen vier Jahre beobachtet werden konnte, ist jener der innerparteilichen Professionalisierung. So war zu erkennen, dass die Partei besonders seit dem Austritt von Jörg Meuthen im Januar 2022 öffentlich deutlich geschlossener auftritt und innerparteiliche Konflikte nur noch selten auf Parteitagen oder anderweitig in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Diese Entwicklung ist gleichwohl nicht dahingehend zu verstehen, dass innerparteilich keine Konflikte mehr bestünden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Konfliktaustragungsstrategien inzwischen deutlich besser funktionieren. Ein weiterer Grund dürfte das Entstehen von neuen innerparteilichen Netzwerken sein, die bereits im Vorfeld von wichtigen Ereignissen und Entscheidungen eine Klärung zu den strittigen Fragen herbeiführen. Besonders dürften hier das erwähnte Netzwerk um den Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) oder auch das Netzwerk des ehemaligen Flügels eine gewichtige Rolle spielen. Befriedend dürften sich auch die seit dem Jahr 2023 deutlich verbesserten Wahlergebnisse auswirken, da diese Erfolge durch öffentlich ausgetragene innerparteiliche Auseinandersetzungen gefährdet werden könnten.

³⁸⁵ Siehe hierzu die Kapitel E. I. bis E. III. und F. I. bis F. III.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Eine andere Seite der Professionalisierung ist hinsichtlich der Parteiarbeit festzustellen. Durch die beschriebenen Wahlerfolge der letzten Jahre verfügt die AfD inzwischen über eine stark gestiegene Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sei es in den Abgeordnetenbüros, den Fraktionen oder in geringerem Maße auch in den Geschäftsstellen der Partei. Diese Entwicklung führte letztlich dazu, dass die Partei ihre Kampagnenfähigkeit steigern und ihre Kompetenzen im Bereich der Presse- und Medienarbeit ausbauen konnte. Dabei greift die AfD auch auf Personen zurück, die entweder einen Vorlauf im neurechten Netzwerk haben oder aber immer noch Teil dieses Netzwerks sind. Ziel der Professionalisierung ist weiterhin der Aufbau eigener Parteimedienkanäle, um autonomer von den bestehenden Medien zu werden. Da dieser Prozess bisher nicht abgeschlossen ist, war in den vergangenen Jahren zu beobachten, dass die AfD sich verstärkt der sogenannten alternativen Medien bediente, um ihre Botschaften zu transportieren.³⁸⁶

Zuletzt und für die sich anschließende Prüfung von herausgehobener Bedeutung ist schließlich der Prozess der inhaltlichen oder ideologischen Homogenisierung der Partei. Wie oben beschrieben, entstand die AfD im Jahr 2013 aus unterschiedlichen und zum Teil widerstrebenden Strömungen, die im Laufe der Parteigeschichte miteinander unerbittlich um die Vorherrschaft in der Partei stritten. Konnte im Folgegutachten AfD 2021 noch ein Dualismus zwischen zwei Lagern – dem solidarisch-patriotischen und dem liberal-konservativen – festgestellt werden, so hat sich diese Situation in den letzten Jahren gewandelt.

Das solidarisch-patriotische Lager hat sich in den vergangenen Jahren verändert und ausdifferenziert. Der ehemalige Flügel spielt seit seiner Auflösung im Jahr 2020 inzwischen als formale Struktur keine Rolle mehr, weshalb er seit Januar 2024 durch das BfV auch nicht mehr als eigenständiges Beobachtungsobjekt bearbeitet wird. Dennoch ist der Großteil seiner zentralen Funktionärinnen und Funktionäre sowie Anhängerinnen und Anhänger weiterhin Teil der Partei und in dieser weiterhin untereinander gut vernetzt. Beleg hierfür sind unter anderem die jährlich in Schnellroda stattfindenden „Preußenfeste“³⁸⁷, die auf Strukturen des ehemaligen Flügels zurückgreifen. Sie werden durchgeführt vom ehemaligen Landesobmann des Flügels in

³⁸⁶ Siehe hierzu das Kapitel E :II. und F. II. bzgl. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

³⁸⁷ Vgl. S. 807 ff.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) und stehen in direkter Nachfolge und gemäß Ausrichter in der Tradition des 1. Flügeltreffens Sachsen-Anhalt. Als Beleg für die fortgesetzte Wirkmacht des ehemaligen Flügels bzw. seiner Anhängerinnen und Anhänger ist insbesondere die Rolle anzuführen, die Björn Höcke in der Partei einnimmt. Dies gilt umso mehr nach dem Wahlsieg bei der Landtagswahl in Thüringen und dem guten Landesergebnis bei der Bundestagswahl 2025, durch den er wieder an Einfluss gewinnen konnte. Daneben ist im solidarisch-patriotischen Lager spätestens seit dem Jahr 2023 das Netzwerk um Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) hinzugetreten, das sich nicht so sehr ideologisch, sondern vielmehr auf strategischer Ebene vom ehemaligen Flügel unterscheidet. Die Ergebnisse der letzten drei Bundesparteitage deuten auf den Einfluss dieses Netzwerks hin, das im Hintergrund offensichtlich zielgerichtet und erfolgreich auf die Ausrichtung der Gesamtpartei einwirkt.

Das liberal-konservative Lager dagegen verlor im Jahr 2022 nach den Austritten von Jörg Meuthen und Joana Cotar seine verbliebenen prägenden und bundesweit bekannten Führungspersonen. Seitdem ist zumindest öffentlich wahrnehmbar nicht mehr von der Existenz eines strukturierten Lagers auszugehen. Auch finden sich in den innerparteilichen Debatten nur noch wenige Äußerungen, die inhaltlich dem liberal-konservativen Lager zuzurechnen sind. Selbst ehemalige Anhänger dieses Lagers, beispielsweise Alexander Wolf (zum damaligen Zeitpunkt MdHB, mittlerweile MdB, HH), fielen in der Vergangenheit damit auf, dass sie sich rhetorisch den Positionen des solidarisch-patriotischen Lagers angenähert haben. Auch hinsichtlich der vormals festgestellten Konfliktlinie zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden ist zu beobachten, dass diese in den vergangenen Jahren an Kontur verloren hat. Besonders vor dem Hintergrund der Landtagswahlkämpfe in den drei ostdeutschen Landesverbänden waren kaum öffentliche Stellungnahmen inhaltlicher Art aus den westdeutschen Landesverbänden zu vernehmen, die sich gegen die dort vertretenen verfassungsschutzrelevanten Positionen gewandt hätten. Auch im Bundestagswahlkampf waren keine inhaltlichen Distanzierungen zu verfassungsschutzrelevanten Aussagen festzustellen. Aufgrund dieser Beobachtungen kann festgestellt werden, dass sich der über Jahre bestehende innerparteiliche Dualismus inzwischen zugunsten des solidarisch-patriotischen Lagers aufgelöst hat.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

STRUKTUR UND ENTWICKLUNG DER PARTEI

Es ist gleichwohl mitnichten davon auszugehen, dass alle Parteimitglieder der AfD als Anhänger des solidarisch-patriotischen Lagers anzusehen sind. Vielmehr dürften auch weiterhin Vertreterinnen und Vertreter des ehemaligen liberal-konservativen Lagers in der Partei verblieben sein. Weiterhin dürfte eine größere Mitgliederzahl auch keinem der genannten Lager in der Partei angehören und entsprechend auch nicht alle zentralen ideologischen Kernelemente des solidarisch-patriotischen Lagers teilen. Für die Frage nach der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung der Gesamtpartei ist dies aber nicht der ausschlaggebende Punkt. Vielmehr ist fraglich, inwieweit die verfassungsfeindlichen Positionen des Flügels und des solidarisch-patriotischen Lagers inzwischen als prägend für die Gesamtpartei anzusehen sind.

Im Folgenden wird deshalb nun unter anderem zu prüfen sein, ob der Prozess der ideologischen Homogenisierung in der AfD inzwischen in einem solchen Maße fortgeschritten ist, dass nicht mehr davon ausgegangen werden kann, dass sich andere, nicht verfassungsschutzrelevante Positionen in der Partei noch werden durchsetzen können.

6

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BELEGE FÜR BESTREBUNGEN GEGEN DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

E. Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Im Zuge der Verdachtsfallbearbeitung war zu prüfen, ob der Verdacht für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei der AfD entfallen ist, ob er unverändert fortbesteht oder ob er sich zur Gewissheit verdichtet hat. Anhaltspunkte für eine Verdichtung können sich aus Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen, programmatischen Schriften sowie aus Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum ergeben.

I. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen

Im Folgenden werden die der AfD zuzurechnenden Meinungsäußerungen und sonstigen Verhaltensweisen seit der Verdachtsfalleinstufung geprüft. Die Prüfung orientiert sich an den zentralen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, nämlich der Menschenwürdegarantie, dem Demokratieprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip. Abschließend wird untersucht, inwiefern die Positionierung der AfD zum Nationalsozialismus und ihre Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

BELEGE FÜR BESTREBUNGEN GEGEN DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

1. Menschenwürde

Art. 1 Abs. 1 GG postuliert die Würde des Menschen als obersten Wert der Verfassung. Zentral für den Begriff der Menschenwürde sind die Subjektqualität eines jeden mit einem entsprechenden Achtungsanspruch ebenso wie die Egalität, die sich in der Rechtsgleichheit niederschlägt.

Unvereinbar mit der Menschenwürde sind mithin etwa völkisch-nationalistische, fremden- und minderheitenfeindliche, muslim- und islamfeindliche sowie antisemitische Positionen.

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Die Verdachtsfalleinstufung der AfD gründete unter anderem auf der Feststellung von Anhaltspunkten dafür, dass die Partei ein völkisch-abstammungsmäßiges Gesellschafts- und Volksverständnis vertritt. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Alternative für Deutschland (AfD) und ihren Teilorganisationen³⁸⁸, dort an zahlreichen Fundstellen auf den Seiten 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 189 bis 295, sowie im Folgegutachten zu Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Jungen Alternative für Deutschland (JA)³⁸⁹, S. 76 bis 98, verwiesen. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 190 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die hinsichtlich der JA als Teilorganisation der AfD bestehenden Anhaltspunkte für ein völkisch-abstammungsmäßiges Gesellschafts- und Volksverständnis zur Gewissheit verdichtet haben. In der Verdachtsfallbearbeitung war daher zu prüfen, ob sich bei der AfD weitere Anhaltspunkte für ein solches Gesellschafts- und Volksverständnis finden und ob diese sich möglicherweise zur Gewissheit verdichtet haben.

³⁸⁸ Im Folgenden: Gutachten AfD und Teilorganisationen.

³⁸⁹ Im Folgenden: Folgegutachten Junge Alternative 2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Ein völkisch-abstammungsmäßiges Verständnis misst der Existenz und dem Erhalt homogener ethnisch-biologischer bzw. ethnisch-kultureller Völker, die es als Subjekte mit einem einheitlichen Kollektivwillen konstruiert, eine überragende Bedeutung bei. Im völkischen Denken ist die innere Homogenität unbedingt zu wahren respektive wiederherzustellen und durch scharfe Abgrenzung und Exklusion von als „fremd“ definierten Entitäten zu verteidigen. Der völkische Nationalismus trennt deshalb klar in autochthone und migrierte Bevölkerungsteile, was einer nicht aufhebbaren Unterscheidung zwischen Eigen- und Fremdgruppen entspricht. Er geht darüber hinaus mit einer Überhöhung der eigenen, meist ethnisch-biologisch definierten Nation und Abwertung anderer Nationen einher.

Ein wichtiger Bestandteil der neueren völkischen Ideologieansätze ist seit den 1970er Jahren das Konzept des Ethnopluralismus. Nach diesem neurechten Ideologem, welches eine modernisierte völkisch-nationalistische Grundkonzeption wiedergibt, wird die Welt als Pluralität distinkter kollektiver Entitäten in Form von kulturell definierten Ethnien wahrgenommen. Die unterstellte kollektive Identität einer Ethnie wird dabei insbesondere durch ihre Kultur definiert und dem einzelnen Angehörigen der Ethnie pauschal zugeschrieben. Dadurch determiniert die kollektive Identität die des Individuums, wodurch seine Eigenschaften und individuellen Merkmale völlig vernachlässigt werden. Der neurechte Publizist Martin Lichtmesz³⁹⁰ stellt in seiner Monographie „Ethnopluralismus“ dar, dass in der raumgebenden Komponente des Ethnopluralismus den meisten Ethnien eine angestammte geographisch umrissene Region zugewiesen wird, in welcher sich die kulturelle Identität ausschließlich entfalten kann.³⁹¹ In einem solchen Konzept sind Zugezogene von vornherein pauschal ausgeschlossen, da sie eine „gemeinsame Geschichte“ nicht nachholen und somit kein authentischer Teil des Volkes werden können. Zudem geht das Homogenitätskonstrukt des völkischen Nationalismus bzw. Ethnopluralismus von einem natürlichen und einheitlichen Volkswillen aus, negiert damit die Interessenvielfalt einer – ungeachtet ihrer ethnischen Zusammensetzung – pluralistischen modernen Gesellschaft

³⁹⁰ Der als Martin Lichtmesz schreibende Martin Semlitsch ist ein maßgeblicher Autor und Übersetzer der Neuen Rechten. Lichtmesz veröffentlicht seine ideologisch an Carl Schmitt ausgerichteten Schriften im Verlag Antaios und tritt häufig auf öffentlichen Veranstaltungen der Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik) auf.

³⁹¹ Vgl. Lichtmesz, Martin: „Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung“, Schnellroda 2020, S. 14 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

und postuliert stattdessen eine gemeinsame Schicksalsgemeinschaft. Zuwanderer können demnach nicht Teil dieses Volkes werden.³⁹²

Anhaltspunkte für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff können sich darüber hinaus ergeben, wenn mit den Begriffen „Umvolkung“³⁹³, „Volks-tod“³⁹⁴, „Völkermord“³⁹⁵, „Großer Austausch“³⁹⁶ oder ähnlichen Umschreibungen die Vorstellung transportiert werden soll, wonach das ethnisch homogene deutsche Volk durch den Zuzug von Ausländern unterzugehen drohe und in seiner Existenz gefährdet sei.³⁹⁷

Auch sich an diese Vorstellungen anschließende Forderungen nach einer umfassenden „Remigration“ oder einer „Reconquista“, die die Ausweisung großer Teile der Bevölkerung zur Folge hätten, weisen auf ein völkisches Konzept hin.³⁹⁸

Entsprechende Anhaltspunkte können des Weiteren vorliegen, wenn die pluralistische Gesellschaft per se ohne sachlichen Bezug als existenzielle Gefahr und als Grundübel für das ethnisch-kulturell als Einheit verstandene deutsche Volk dargestellt wird oder anknüpfend an die ethnische Abstammung zwischen zwei Klassen deutscher Staatsbürger unterschieden wird.³⁹⁹ Auch Forderungen nach einer vollständigen Assimilierung von Migranten „an die autochthone deutsche

³⁹² VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 85 ff; vgl. Pfahl-Traughber, Armin (2022): „intellektueller Rechtsextremismus. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten“, Bonn: S. 91.

³⁹³ BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 720 f.; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 42; VG Köln, Urt. v. 08.02.2022, 13 K 208/200, juris, Rn. 220; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 240.

³⁹⁴ OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 21.12.2012, 1 L 82.12, juris, Rn. 11.

³⁹⁵ OLG München, Beschl. v. 21.03.2016, 2 Ws 131/16, juris, Rn. 16.

³⁹⁶ VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68 unter Verwendung des Begriffs „Bevölkerungsaustausch“; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, 1 K 606.17, juris, Rn. 42; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 220 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 242.

³⁹⁷ vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 720; OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96.20, juris, Rn. 9 ff.; OLG München, Beschl. v. 21.03.2016, 2 Ws 131/16, juris, Rn. 16; BayVG, Beschl. v. -14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 105; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 222, 277; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; ferner auch OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 1218/24, juris, Rn. 217, wonach durch die Verwendung der aufgezählten Begriffe der „Verlust der „ethnisch-kulturellen Identität“ mit dem Ende des deutschen Volkes gleichgesetzt wird.

³⁹⁸ VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68; VG Ansbach, Urt. v. 25.04.2019, 16 K 17.01038, juris, Rn. 39; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 249, 279; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 244 f., 265.

³⁹⁹ VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 97/20, BeckRS 2020, 14940, Rn. 38 ff., bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; VG Berlin, Urt. v. 12.11.2020, VG 1 K 606.17, juris, Rn. 38; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190 ff.; vgl. zur differenzierenden Ansicht des OVG NRW Kapitel C I 2.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Bevölkerung“ stellen Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.⁴⁰⁰

Im Folgenden werden zunächst die Anhaltspunkte für ein generell ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis (aa.) untersucht, bevor auf Anhaltspunkte für das Vertreten speziell ethnopluralistischer Konzepte (bb.) eingegangen wird.

aa. Vertreten eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Bei der Verdachtsfalleinstufung der AfD wurden Anhaltspunkte für das Vertreten eines ethnischen Volksbegriffs festgestellt. Der ethnische Volksbegriff beruht auf einer Unterscheidung eines sich aus den deutschen Staatsangehörigen zusammensetzenden Staatsvolkes und eines ethnisch bestimmten deutschen Volkes, was dazu führt, dass nicht alle deutschen Staatsangehörige auch als Angehörige des deutschen Volkes angesehen werden. Mit einer solchen Vorstellung ist sachlogisch verbunden, dass deutschen Staatsangehörigen, die aufgrund ihrer Zuwanderungsgeschichte nicht dem ethnisch definierten Volk angehören, die Anerkennung als gleichberechtigte bzw. gleichwertige Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll.⁴⁰¹ Auch in der Verdachtsfallbearbeitung wurden zahlreiche Verlautbarungen festgestellt, die ein solches Verständnis weiterverbreiten.

(1) Grundsätzliche Unterscheidung zwischen Deutschen mit Migrationsgeschichte und autochthonen Deutschen

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST)⁴⁰² kommentierte am 3. Februar 2021 einen WELT-Artikel über Tareq Alaows, der fünf Jahre zuvor als syrischer Flüchtling nach Deutschland kam, mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt und erhalten hat und von der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Direktkandidat für die Bundestagswahl aufgestellt wurde, wie folgt:

„Deutschland bleibt deutsch! Basta!“

⁴⁰⁰ VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 56/20, juris, Rn. 33 ff.; VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 68; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 210.

⁴⁰¹ OVG NRW, Urf. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 197.

⁴⁰² Christina Baum zog im Jahr 2021 zunächst über die Landesliste Baden-Württemberg in den Bundestag ein. Im Februar 2025 errang sie wiederum als Direktkandidatin im Wahlkreis 68 Harz (Sachsen-Anhalt) ein Bundestagsmandat.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Solche Gäste lieben die Grünen besonders. Dieser junge Mann soll in Syrien seinen Beitrag für sein Volk leisten. Er wird dort dringend gebraucht.*⁴⁰³

Durch die Verbindung der Forderung, Deutschland solle deutsch bleiben und die Feststellung, Herr Alaows, der zu dem Zeitpunkt die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt hatte, solle in Syrien einen „Beitrag für sein Volk leisten“, insinuiert Baum, nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die ethnische Herkunft sei entscheidend für die Frage, ob jemand dem deutschen Volk angehöre. Denn der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch den syrischen Flüchtling würde nach Baums Verständnis dazu führen, dass Deutschland nicht mehr deutsch bliebe.

Dieses Verständnis wird in einem weiteren Beitrag von Christina Baum im August 2022 noch deutlicher:

*„Der Begriff des Volkes bezieht sich ganz eindeutig auf eine Abstammungsgemeinschaft - auf eine ethnisch gleiche Gruppe. In Deutschland wird jeder zum Rassisten erklärt, der sich für den Erhalt des eigenen deutschen Volkes als ethnische Einheit einsetzt. Denn das Ziel der weltweit agierenden finanzstarken, selbsternannten ‚Eliten‘ ist die Zerstörung dieser stabilen Strukturen innerhalb eines jeden Volkes, um die bindungs- und identitätslosen Menschen leichter manipulieren und lenken zu können. Deshalb ist es in dieser Zeit wichtiger denn je, sich zu seinem abstammungsmässig zugehörigen Volk zu bekennen [...]“*⁴⁰⁴

In einem weiteren Beitrag erklärte Christina Baum:

*„Wir dürfen nicht zulassen, dass [...] man zum ‚deutschen Volk‘ nicht mehr durch Abstammung gehört sondern durch Übertreten der Landesgrenze und ‚Demokratie‘ nicht mehr die Herrschaft des Volkes, sondern Übereinstimmung mit rotgrünen Ideologien ist. Auf Dauer schafft man so eine beliebig manipulier- und korrumpierbare Masse von Individuen, die zudem ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht ist.“*⁴⁰⁵

Baum definiert das Volk demnach weiterhin als „ethnisch gleiche Gruppe“ und ethnische „Abstammungsgemeinschaft“, wodurch Personen mit Migrationsgeschichte pauschal und unveränderlich ausgeschlossen werden. Dieses Grundverständnis

⁴⁰³ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 03.02.2021, abgerufen am 15.07.2021.

⁴⁰⁴ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

⁴⁰⁵ Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 13.07.2022, abgerufen am 27.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

missachtet die elementare Rechtsgleichheit, die das Grundgesetz vorsieht. Nach Ansicht der Bundestagsabgeordneten und damaligen Beisitzerin im Bundesvorstand der AfD ist lediglich eine ethnisch homogene Gesellschaft in der Lage, in einer funktionierenden Solidargemeinschaft zusammenzuleben und die Volkssouveränität auszuüben. Diese Äußerungen belegen, dass Baums Volksverständnis nicht bloß missverständlich ist. Sie verbreitet den in ihrem Fall sogar ausschließlich ethnisch definierten Volksbegriff vielmehr dezidiert und in deutlicher Ablehnung aller gerichtlichen Beanstandungen weiter.

Auch der damalige Beisitzer im Bundesvorstand, Europaabgeordnete und Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024, Maximilian Krahl (mittlerweile MdB, SN), machte in einem Tweet vom 29. Januar 2024 auf X deutlich, dass es seiner Ansicht nach unüberwindbare Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund gibt. Der Post bezog sich auf Zeitungsberichte, wonach Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré, deren Eltern malischer Herkunft sind, Nachrichten gelöscht hat, die für die Aufklärung der Umstände der Entlassung ihrer afghanisch stämmigen Staatssekretärin relevant gewesen sein könnten. Krahl kommentierte einen entsprechenden Artikel wie folgt:

„Wer ethnische Afrikaner und Afghanen in die Regierung nimmt, macht die Regierung auch kulturell afrikanischer und afghanischer. Was erwarten die Linken denn? Dass Wurzeln, Prägungen, Eigenheiten keine Rolle spielen? Der Mensch formt seine Umgebung nach der eigenen Veranlagung!“⁴⁰⁶

Ein anderer Nutzer äußerte sich kritisch zu diesem Post und meinte, man könne dies so deuten als meine Krahl, „Korruption [sei] eine afrikanische/afghanische Veranlagung“. Daraufhin antwortete Krahl:

„Lösen Sie sich von Ihrer inneren Angst, die Wahrheit auszusprechen! Natürlich ist Korruption korreliert mit Kultur und Kultur mit Ethnie. Empirisch belegbar. Ja, die Linken wollen nicht, dass die Realität ausgesprochen wird. Aber soll ich deshalb der Lüge folgen?“⁴⁰⁷

Krahl verbreitet hier ein menschenwürdiges, ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis, wonach die ethnische Abstammung entscheidend und prägend

⁴⁰⁶ Krahl, Maximilian: Tweet vom 29.01.2024, abgerufen am 01.02.2024.

⁴⁰⁷ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

sei. Er behauptet zudem in rassistischer Weise, Korruption „korrelier[e] mit [...] Ethnie“. Im vorliegenden Kontext impliziert er damit, Menschen afrikanischer und afghanischer Herkunft seien korrupter als andere.

In seinem Buch „Politik von rechts. Ein Manifest“ konkretisiert Maximilian Krahl sein Verständnis des Volksbegriffs als ethnisch homogene Schicksalsgemeinschaft:

„Rechte Politik bekennt sich zum Volk, das ist mehr als die Gemeinschaft der Staatsbürger. [...] Volk ist Schicksal. Volk ist Realität. [...] Eine Gemeinschaft, die ehrlich und rechtstreu ist, die vertraut und Vertrauen gewährt, ist einer solchen, die derlei nicht praktiziert, überlegen. Der ehrliche Einzelne ist aber in einer Gesellschaft der Unehrllichen hoffnungslos verloren. Deshalb sind Anstand, Ehrlichkeit und Vertrauen nur zu gewinnen, wenn Völker in ihrem ethnischen Substrat Bestand haben, wenn ihre positiven Eigenschaften durch die Homogenität der ebenso Geprägten zum Vorteil aller werden, statt daß sie dem Einzelnen im unbarmherzigen Selbstbehauptungskampf unter Fremden zum Nachteil gereichen. Ohne den Schutzraum des Volkes verschwindet deshalb jede Eigentümlichkeit und Liebenswürdigkeit; ja alles, was den Kampf ums nackte Überleben übersteigt.“⁴⁰⁸

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein schrieb angesichts des neuen Staatsbürgerschaftsrechts unter der Überschrift „Anzahl der Einbürgerungen explodiert binnen eines Monats – Remigration statt weiterem Passverramschen!“ am 8. August 2024 auf Facebook:

„Die ohnehin in den vergangenen Jahren explodierten Einbürgerungen werden so künftig noch weiter ausufern. Diejenigen, die nach ursprünglicher Ankündigung einst nur als ‚Schutzbedürftige‘ für einen temporären Zeitraum Unterkunft in Deutschland erhalten sollten, werden heute selbst Deutsche – man schafft sich in der Folge ein neues Volk, das auf dem Papier zwar deutsch ist und dementsprechend mit allen einhergehenden Rechten ausgestattet ist, mit dem alten jedoch nicht mehr allzu viel zu tun hat. [...] Was einst galt – dass eine Nationalität sich durch weitaus mehr als nur ein bloßes Passdokument definiert – spielt heute keine Rolle mehr. Aus einer Volksgemeinschaft wird eine Volkspartikularität – eine Masse ohne festen Zusammenhalt aus allen Ländern dieser Welt,

⁴⁰⁸ Krahl, Maximilian: „Politik von rechts. Ein Manifest“, Schnellroda 2023, S. 53 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

zersplittert in kleinere Volksgruppen und Parallelgesellschaften, die sich mehr durch ihre Ethnie, ihren Geburtsort oder aber den Abstammungsort ihrer Eltern identifizieren; und nicht durch ihren deutschen Pass.

Wir sagen daher NEIN zum Verramschen unserer Pässe!⁴⁰⁹

Indem der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein hier zwischen einer „Volkspartikularität“, deren Angehörige „auf dem Papier zwar deutsch“ seien, und einer echten „Volksgemeinschaft“ unterscheidet, bringt er sein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis deutlich zum Ausdruck.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 8. Juli 2024 die mediale Schlagzeile „Wer den Wolfsgruß zeigt, darf kein deutscher Staatsbürger werden“ folgendermaßen:

„Wie es eigentlich heißen sollte: ‚Wer kein Deutscher ist, darf kein deutscher Staatsbürger werden.‘⁴¹⁰

Küble bringt somit zum Ausdruck, dass seiner Ansicht nach nur ethnischen Deutschen die deutsche Staatsbürgerschaft zusteht.

Nils Hartwig, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative, zeichnet das Bild einer schleichenden Raumnahme durch Migrantinnen und Migranten und einer entsprechenden Verdrängung der einheimischen Bevölkerung. So veröffentlichte er am 31. März 2021 folgenden Tweet:

„Wenn der Der Deutsche Städte- und Gemeindebund davon spricht, dass wir unsere Innenstädte nach der Pandemie nicht mehr wiedererkennen, heißt das dann, dass wir im Westen wieder Deutsche beim durch die Stadt bummeln sehen?“⁴¹¹

Ein solches Volksverständnis, das auf die ethnische Herkunft abstellt und die Staatsangehörigkeit nicht als entscheidend für die Zugehörigkeit zum Volk ansieht, befürwortete auch der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz in seiner Profil-Information auf Facebook unter „Arbeit und Ausbildung“:

⁴⁰⁹ AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 08.08.2024, abgerufen am 23.09.2024.

⁴¹⁰ Küble, Fabian: Tweet vom 08.07.2024, abgerufen am 10.07.2024.

⁴¹¹ Hartwig, Nils: Tweet vom 31.03.2021, abgerufen am 25.05.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Als Mitglied des Deutschen Bundestages bin ich der Vertreter des ganzen Volkes. Gemeint ist damit des ganzen Deutschen Volkes. Also alle, die schon länger hier leben. Integrierte Migranten also keine Özils, die sich weiter als Türken sehen - gehören selbstverständlich auch dazu. Reine Passdeutsche formal auch - leider.“⁴¹²

Seitz bringt hier sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass „Passdeutsche“ „formal [...] leider“ auch dem deutschen Volk angehören. Dadurch unterstreicht er sein ethnisch begründetes Volksverständnis. Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte nach Ansicht Seitz' demnach nämlich keineswegs entscheidend für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk sein. Vielmehr soll mit dem Begriff „Passdeutsche“ zum Ausdruck gebracht werden, dass die so bezeichneten Personen nur im Hinblick auf die Inhaberschaft eines Passes Deutsche sind, also nur die formal betrachtete deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber abgesehen davon keine Deutschen sind.⁴¹³

Fabian Küble, damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, der sich im Internet auch Fabian Keubel nennt, kommentierte in einem Facebook-Beitrag die Besetzung der deutschen Fußballnationalmannschaften der Herren und Damen anhand eines Bilds, auf dem blonde, weiße Spielerinnen der Damenmannschaft mit nicht-weißen Spielern der Herrenmannschaft gegenübergestellt wurden:

„Frauenfußball befindet sich qualitativ zwar mehrere Klassen unter dem herkömmlichen Männerfußball, allerdings muss man unsere Frauenmannschaft loben, dass sie im Gegensatz zur durchmultikulturalisierten männlichen Söldnertruppe noch eine echte deutsche (!) Nationalmannschaft (!) ist. Von demher repräsentieren uns die Mädels mehr als es ‚die Mannschaft‘ tut.“⁴¹⁴

Küble ist demnach der Auffassung, Personen mit anderen als deutschen kulturellen Wurzeln könnten nicht zum deutschen Volk gehören. Denn eine „echte deutsche [...] Nationalmannschaft“ kann nach seiner Auffassung keine nicht-weißen Menschen mit nichtdeutschen Wurzeln beinhalten. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist auch nach

⁴¹² Seitz, Thomas: Facebook-Info, abgerufen am 15.02.2021.

⁴¹³ OVG NRW, Ur. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 220. Das OVG NRW sieht generell in der Verwendung des Begriffes „Passdeutscher“ einen eindeutigen Anhaltspunkt dafür, dass deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte ein abgewerteter rechtlicher Status zugeschrieben wird.

⁴¹⁴ Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 17.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

diesem Verständnis eben gerade nicht entscheidend für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk.⁴¹⁵

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio machte am 30. Oktober 2021 auf Facebook deutlich, dass für ihn die deutsche Staatsbürgerschaft nicht die Zugehörigkeit zum deutschen Volk als „geschichtlich gewachsene, kulturell [...] sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft“ begründet:

„Das Grundgesetz setzt das deutsche Volk als verfassungsgebende Gewalt voraus. Wenn das deutsche Volk nicht mehr das deutsche Volk als geschichtlich gewachsene, kulturell (bei allen Binnen-Unterschieden) sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft ist, sondern nur noch ein aus allen Himmelsrichtungen zusammengewürfelte Menschenansammlung, was bleibt dann noch von dem ursprünglichen Gedanken einer Herrschaft des Volkes in Deutschland? Eine aktivierende Familienpolitik bleibt seit Jahrzehnten aus – stattdessen wird erst unter Rot-Grün, dann unter Merkel und demnächst wieder unter Rot-Grün (mit gelbem Mehrheitsbeschaffer) ein aus allen Fugen geratener, forcierter widerrechtlicher (illegale Immigration) Ausländer-Import unter der Lügen-Formel ‚Flüchtling‘ betrieben, samt nachfolgender Nicht-Ausweisung, stattdessen aber Ausstattung mit der deutschen Staatsbürgerschaft – die kalte Entmündigung des deutschen Wählers durch rechtsbrechenden Umbau der Wähler-Demographie (alles abgesichert durch gleichgeschaltete Staatsmedien und politisch instrumentalisierten Verfassungsschutz). Versucht wird, den Begriff ‚Volk‘ ideologisch zu verbiegen, um ihn für linke Gesellschaftsexperimente nutzbar zu machen, getreu Merkels Satz: ‚Das Volk ist jeder, der hier lebt‘. Rechtliche, gesellschaftlich-kulturelle, sprachliche und historische Verständnisse des Volksbegriffs werden abgeräumt durch Einbürgerung eines illegal importierten, nach Millionen zählenden Ausländerheeres, samt auffällig unterschiedlichen demographischen Reproduktionsquoten der

⁴¹⁵ Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 254 ff., welches diese Feststellung bereits getroffen hat.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*angestammten Deutschen gegenüber den illegal ins Land gerufenen Kulturfremden. Auf diese Weise erfolgt eine schleichende Usurpation von Rechtsbegriffen, die Demokratie und Rechtsstaat entkernen“.*⁴¹⁶

Die Kritik an den hier als zu niedrig angesehenen Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist an sich nicht verfassungsschutzrechtlich relevant. Allerdings geht Curio darüber hinaus, wenn er für die Zugehörigkeit zum deutschen Volk meint, dass es sich um eine „*geschichtlich gewachsene, kulturell [...] sich als Einheit auffassende, schicksalsmäßig aneinander gebundene Gemeinschaft*“ handeln müsse. Denn Curio fordert hier nicht nur höhere Hürden für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft, die im Ergebnis zu weniger Einbürgerungen führen würden. Die Forderung nach einer – nicht mehrheitlich, sondern exklusiv – „*geschichtlich gewachsenen, [...] schicksalsmäßig aneinander gebundenen Gemeinschaft*“ lässt keinerlei Raum für die Einbürgerung von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Folglich ist die Bezugnahme auf eine kulturelle Einheit hier wohl im Kern auch eher eine Forderung nach einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft. Dafür spricht auch die Kritik am vermeintlichen Ausbleiben einer „*aktivierenden Familienpolitik*“. Diese sollte, nach Curios Verständnis, den Erhalt des abstammungsmäßig, „*angestammten*“ deutschen Volkes sichern; stattdessen würden Ausländer „*importiert*“ und sich als „*illegal ins Land gerufene Kulturfremde*“ hier überproportional reproduzieren.

Ähnlich äußerte sich auch Nikolaus Kramer (MdL und Fraktionsvorsitzender MV) am 15. April 2024, als er in seiner Rede auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden (SN) von einer „*sichtbaren Ahnenkette*“ sprach:

*„Wir lieben das Eigene und wissen den Wert um die Gemeinschaft. Wir haben Wurzeln geschlagen. Wir wissen, wer wir sind, ohne dabei ein losgelöstes Individuum, ohne Bindung zu sein. Wir stehen ein für die Familie und sind Teil einer sichtbaren Ahnenkette. Für uns ist Deutschland nicht nur ein Ort, sondern Heimat, mit der wir kulturell und historisch verbunden sind.“*⁴¹⁷

Der Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Hannes Gnauck (MdB, BB) äußerte im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung am 11. August 2024 in Zossen (BB):

⁴¹⁶ Curio, Gottfried: Facebook-Eintrag vom 30.10.2021, abgerufen am 23.07.2024.

⁴¹⁷ Kramer, Nikolaus: Redebeitrag auf der Montagsdemonstration von PEGIDA am 15.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2024, Kanal: „Marcus Fuchs“, abgerufen am 20.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Und wir müssen auch wieder entscheiden dürfen, wer überhaupt zu diesem Volk gehört und wer nicht. Es gehört mehr dazu, Deutscher zu sein, als einfach nur 'ne Staatsbürgerurkunde in der Hand zu haben. Dieses Volk hier, das ist gewachsen durch jahrhundertelange Tradition, durch gemeinsame Brauchtümer, durch gemeinsame Geschichte und auch gemeinsame Schicksalsschläge. Und wir sind verpflichtet, diese Geschichte, diese Brauchtümer und diesen Geist des Deutschen zu bewahren. Uns alle hier auf diesem Marktplatz [...] verbindet viel mehr als nur eine gemeinsame Sprache. Uns verbindet ein unsichtbares Band, was man einfach nicht erklären muss. [...] Jeden Einzelnen von euch verbindet mehr mit mir als irgendeinen Syrer oder irgendein Afghane und das muss ich nicht erklären, das ist einfach ein Naturgesetz und darauf können wir alle verdammt stolz sein.“⁴¹⁸

Damit bringt Gnauck deutlich zum Ausdruck, dass nach seiner Ansicht nicht alleine die Staatsbürgerschaft definiert, wer Deutscher ist. Durch die Bezugnahme auf das „unsichtbare Band“, das alle ethnisch Deutschen verbinde, nimmt er allen ethnisch nicht-Deutschen die Möglichkeit, Teil des deutschen Volkes zu werden und deutet damit eine biologistische Grundeinstellung an.

Hannes Gnauck äußerte sich auf einer Wahlkampfveranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) erneut in vergleichbarer Weise.⁴¹⁹

Auch der Spitzenkandidat der AfD Brandenburg, Hans-Christoph Berndt, machte in einem Interview mit AUF1 vom 21. August 2024 deutlich, dass die Zahl der Deutschen seiner Auffassung nach nicht deckungsgleich mit der Zahl der deutschen Staatsbürger ist:

„Und ich will noch hinzufügen, dass es eine unglaubliche Wegmarke wäre, wenn es uns gelingen würde, in einem, zwei oder drei Ländern im Osten unter all dem Druck, unter dem wir, seitdem wir existieren, stehen, unter diesen ganzen Kampagnen dieses Jahres, unter all der Repressionen, stärkste Kraft zu werden. Das wäre ein moralischer Sieg und der würde uns allen für die nächsten Jahre unglaublich viel Auftrieb geben. Und ich bin fest überzeugt, solange wir noch 20, 30, 40 Millionen Deutsche im Land sind, haben wir die Kraft und haben wir

⁴¹⁸ Gnauck, Hannes: Redebeitrag am 11.08.2024 in Zossen (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Berlinchen Tinchen“, abgerufen am 13.08.2024.

⁴¹⁹ Gnauck, Hannes: Redebeitrag am 25.08.2024 in Brandenburg an der Havel (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 02.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

die Möglichkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden. Und wenn es dann mit einer Regierung 2024 nicht klappt, dann kommt es 2025 oder 2026. Am Ende ist auch nicht die Regierung das Entscheidende, sondern dass sich die Politik ändert. Wir wollen ja nicht einfach an den Trog wie die anderen. Wir wollen, dass es anders zugeht in Deutschland. Wir wollen, dass das Eigene wieder respektiert wird, dass in Deutschland wieder Politik für die Deutschen gemacht wird und nicht, wie es die Altparteien machen, die die Deutschen für das Letzte halten. Wir sind für die nur noch dazu da, Steuern zu zahlen, damit die immer noch mehr Flüchtlinge ins Land holen können. Wir wollen, dass sich diese Anomalie ändert und das werden wir auch erreichen.“⁴²⁰

Aus der Aussage wird deutlich, dass es nach der Auffassung Berndts einen Unterschied zwischen der Zahl der deutschen Staatsbürger und der durch Berndt definierten „Deutschen“ gibt. Der durch Berndt aufgeworfene eklatante Unterschied zwischen der Zahl der Deutschen gemäß Grundgesetz und der durch Berndt als „Deutsche“ definierten Menschen ist nicht anders zu erklären, als dass Berndt seinem Volksbegriff ethnisch-kulturelle und im Grunde ethnisch-abstammungsmäßige Kriterien zu Grunde legt. Berndt bringt außerdem zum Ausdruck, dass er die Unterscheidung zwischen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes und den durch ihn nicht als solche definierten zur Grundlage seiner politischen Zielsetzungen macht.

Dies verdeutlicht Berndt auch im weiteren Verlauf des Interviews und bringt damit auch explizit zum Ausdruck, dass der Erhalt des ethnisch deutschen Volkes Teil seiner politischen Zielsetzung ist:

„Unser Leben ist so krank geworden, von Grund auf krank geworden, dass wir lange brauchen werden, bis wir wirklich wieder gesunde und normale Verhältnisse haben. Und die politische Macht alleine kann es nicht richten, aber politische Macht ist notwendig, um diese Prozesse in Gang zu setzen und zu fördern und zu beschleunigen. Deswegen wollen wir politische Macht, nicht weil es um das Ministerium geht. Uns geht es darum, dass wir wieder als Deutsche in Deutschland im Frieden mit uns selbst leben können. Und es wird es nur mit uns geben, eine solche Politik.“⁴²¹

⁴²⁰ Berndt, Hans-Christoph: Interview mit AUF1 vom 21.08.2024; veröffentlicht in: <https://auf1.tv> am 11.08.2024, abgerufen am 22.08.2024.

⁴²¹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Werder (Havel, BB) am 12. September 2024 bekannte sich Berndt sodann ausdrücklich zum ethnischen Volksbegriff:

„Wir sind Volkspartei, weil wir als einzige Partei noch am Volk festhalten. Wir sagen, das Volk ist kein Konstrukt. Das Volk ist eine Realität. Das Volk ist eine lebendige Realität. [...] Und wir halten auch am Volk, am ethnischen Volksbegriff und am Volk fest. Das Volk ist eine Wirklichkeit.“⁴²²

Das Wahlprogramm der AfD Sachsen für die Landtagswahlen am 1. September 2024 weist an einigen Stellen auf eine konkrete Diskriminierungsabsicht gegenüber Menschen mit Migrationsgeschichte und damit eine völkisch-nationalistische Grundhaltung der AfD Sachsen sowie auf eine menschenwürdigkeitswidrige Diskriminierung von Minderheiten hin. So schreibt die AfD Sachsen unter Punkt 1.5 „Baby-Begrüßungsgeld für Sachsen“:

„In Sachsen werden zu wenige Kinder geboren, um den Bevölkerungsbestand und damit das Erbe unserer Kulturlandschaft sowie unserer gewachsenen Industrie- und Landwirtschaft zu erhalten. Dabei braucht Sachsen eigene, leistungsfähige Nachwuchskräfte, um Wohlstand und Tradition, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in Mittelstand, im Handwerk und Dienstleistungssektor, aber auch in den sächsischen Schlüsselindustrien langfristig zu sichern. Wir bekennen uns klar zu mehr Kindern und werden daher ein sächsisches Baby-Begrüßungsgeld in Höhe von 5.000 Euro einführen, um so diejenigen zu unterstützen, die Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern beweisen. Dieses Begrüßungsgeld soll Eltern gewährt werden, welche die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, gemeinsam mindestens zehn Jahre in Sachsen ihren Hauptwohnsitz haben, auf eine abgeschlossene Ausbildung bzw. ein Studium verweisen können oder berufstätig sind. Die Auszahlung soll in drei Raten – zur Geburt und jeweils zum vollendeten dritten und sechsten Lebensjahr des Kindes ohne Aufrechnung gegen Leistungen nach SGB XII – erfolgen. Im Sinne des Kindeswohls soll zudem Voraussetzung sein, dass alle empfohlenen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen wahrgenommen und Erziehungspflichten nicht gröblich verletzt wurden.“⁴²³

⁴²² Berndt, Christoph: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Werder am 12.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 01.10.2024.

⁴²³ Wahlprogramm der AfD Sachsen zur Landtagswahl 2024, S. 10 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die Voraussetzung der „*alleinigen deutschen Staatsangehörigkeit*“ diskriminiert deutsche Staatsangehörige auf mehrere Weisen: diejenige Einzelperson, die „*Elternteil*“ ist, aber nicht ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt; diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die mit einer Person ein Kind zeugen, die nicht ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (beide deutschen Staatsangehörigen werden diskriminiert), sowie ferner denjenigen Elternteil mit deutscher Staatsangehörigkeit, der sich einen Partner sucht mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Zwar ist es grundsätzlich gestattet, rechtliche Unterscheidungen zwischen deutschen Staatsangehörigen und nicht-deutschen Staatsangehörigen vorzunehmen, wobei hier aber bereits Zweifel an der EU-Rechtmäßigkeit aufgrund der Einbeziehung von EU-Staatsangehörigen aufkommen können. Darüber hinaus wird hier gerade nicht zwischen deutschen und nicht-deutschen Staatsangehörigen unterschieden, sondern vielmehr eine Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen vorgenommen. Bestimmte deutsche Staatsbürger werden von den Maßnahmen ausgeschlossen aufgrund der Tatsache, dass sie eine andere, zusätzliche Staatsangehörigkeit aufweisen. Hierin liegt folglich eine Ungleichbehandlung von deutschen Staatsangehörigen ohne sachlichen Grund, indem in wertvollere und weniger wertvolle Staatsangehörige unterschieden wird, je nachdem, ob erkennbar ist, dass sie entweder selbst eine zusätzliche nicht-deutsche Staatsangehörigkeit und damit möglicherweise eine Migrationsgeschichte haben oder indem sie sich einen Partner suchen, der möglicherweise eine Migrationsgeschichte hat oder Ausländer ist. Dieser Wahlprogrammpunkt ist im Kontext des propagierten ethnisch-kulturellen Volksverständnisses und der Behauptung der „Umvolkung“ zu sehen. Denn nur diejenigen, die möglichst „deutsche“ Kinder im Sinne dieses Volksverständnisses bekommen können, sollen gefördert werden. Damit einher geht die Bewertung, dass der (behauptete) demographische Wandel nicht mit der Geburtenförderung von „nicht ethnisch rein deutschen“ Kindern gestoppt werden kann, ebenso wenig wie durch Geburten der nichtgeförderten Kinder das Ziel, „*leistungsfähige Nachwuchskräfte zu sichern*“, erreicht werden kann. Auch liegt hierin implizit eine Bewertung dahingehend, dass Kinder von nicht-ausschließlich deutschen Staatsangehörigen eher keine Leistungsträger sein werden.

Dieser Ausschluss von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft setzt sich bei Forderungen zum Landeserziehungsgeld fort:

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Da das Landeserziehungsgeld aus sächsischen Steuermitteln finanziert wird, soll es nur für Eltern gewährt werden, welche die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und gemeinsam mindestens zehn Jahre in Sachsen ihren Hauptwohnsitz haben. Damit wollen wir Sachsen auch demografisch stärken.“⁴²⁴

Die Diskriminierungsabsichten der AfD Sachsen werden auch im Punkt 1.7 deutlich. Dort wird die folgende Forderung aufgestellt:

„Kindertageseinrichtungen müssen einen sicheren Erwerb der deutschen Sprache für alle Kinder, die auf Dauer hier leben werden, gewährleisten. Daher soll in sächsischen Kindertageseinrichtungen die deutsche Sprache verbindlich sein. Der Anteil nichtdeutschsprachiger Kinder in Kita-Gruppen ist auf maximal 10 Prozent zu begrenzen, um eine gute Sprachentwicklung aller Kinder sicherzustellen. Kinder von Familien ohne dauerhafte Bleibeperspektive sind bei Bedarf in gesonderten Einrichtungen durch Muttersprachler zu betreuen, um bei ihrer Rückkehr in die Heimat keine Nachteile zu erleiden. Die Betreuung dieser Kinder ist vornehmlich Elternaufgabe.“⁴²⁵

Eine derartige Unterteilung führt zu einer Ungleichbehandlung von Kindern im Kita-Alter, die an ihre Ethnie anknüpft und damit menschenwürdewidrig ist. Die Förderung des Spracherwerbs ist grundsätzlich ein zulässiges Ziel. Gleichwohl ist auch diese Maßnahme im Kontext des vom Landesverband vertretenen völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs zu sehen. Aufgrund des bundesweiten akuten Betreuungsnotstands führt bereits die Begrenzung auf 10 % nicht deutschsprachiger Kinder in den jeweiligen Kita-Gruppen dazu, dass die Kapazitäten sofort erschöpft wären und ein Großteil der Kinder mit Migrationsgeschichte bereits keinen Zugang zu Kindertagesstätten und damit zu frühkindlicher Bildung und Integrationsmöglichkeiten erlangen könnte. Somit würde einem Teil der deutschen Staatsangehörigen – denn auch solche wären von dem Ausschluss erfasst, wenn sie zu Hause nicht Deutsch sprechen – der gesetzlich bestehende Anspruch auf einen Betreuungsplatz verwehrt. Das Ziel der guten Sprachentwicklung würde sich gerade nicht, wie im Wahlprogramm gefordert, bei allen Kindern realisieren, sondern nur bei den verbleibenden Kindern, die

⁴²⁴ Ebd., S. 11.

⁴²⁵ Ebd., S. 13 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

einen Betreuungsplatz erhalten. Diejenigen Kinder, die keinen Platz erhielten, würden vom Erwerb der Sprachkompetenz abgeschnitten – obwohl auch sie zum deutschen Staatsvolk gehören. Insofern wird auch hier innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen unterschieden und in solche erster und zweiter Klasse unterteilt. Es ist in der Gesamtschau davon auszugehen, dass damit letztlich eine ethnische Homogenisierung in Kindertagesstätten gefördert werden soll.

Die Betreuung von Kindern ohne Bleibeperspektive in gesonderten Einrichtungen in deren Muttersprache verschließt diesen Kindern in der Konsequenz ebenfalls die Möglichkeit, Zugang zum Spracherwerb zu erlangen und sich so innerhalb der Gesellschaft, in der sie mitunter mehrere Jahre oder länger verbringen werden, kindgerecht und damit im Hinblick auf ihre Menschenwürde angemessen zu entwickeln. Aufgrund der Forderung, dass in diesen Fällen hauptsächlich die Eltern für die Erziehung zuständig sein sollen, ist davon auszugehen, dass entsprechende Einrichtungen eher den Charakter einer Verwahrung denn frühkindlicher Förderung haben sollen. Damit werden diese Kinder – und auch die Eltern, denen jegliche Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit abgeschnitten wird – gesellschaftlich abgeschottet. Darin kommt eine Diskriminierung ausländischer Kinder zum Ausdruck, die sich mehrheitlich auf die Ethnien beziehen wird, die im Fokus der übrigen fremdenfeindlichen Agitation der AfD stehen.

Andreas Harlaß, Mitglied des Landesvorstands der AfD Sachsen, bekräftigte in einem Facebook-Post sein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, indem er sich Ideen des Staatsrechtlers und Nationalsozialisten Carl Schmitt aneignete:

„Staatsrechtler Carl Schmitt: ‚Eine Voraussetzung der nationalen Demokratie ist nationale Homogenität. Eine Nation ist ein durch politisches Sonderbewußtsein individualisiertes Volk. Zu dessen Einheit und Einheitsbewusstsein tragen verschiedene Elemente bei: Gemeinsame Sprache, gemeinsame geschichtliche Schicksale, Traditionen und Erinnerungen. Gemeinsame politische Ziele und Hoffnungen. Ist in der politischen Wirklichkeit die nationale Homogenität nicht vorhanden, weil ein Staat aus verschiedenen Nationen besteht oder nationale Minderheiten enthält, so ergeben sich verschiedene Lösungsmöglichkeiten: Zunächst der Versuch eines friedlichen Ausgleichs; das bedeutet aber in Wahrheit entweder friedliche Auseinandersetzung und Trennung, oder allmähliche, friedliche Assimilierung an die herrschende Nation.‘ Die weiteren Ausführungen

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

habe ich bewusst nicht veröffentlicht, sie zögen im Zeitalter der neuen deutschen Meinungskorrektur eine Sperrung nach sich“.⁴²⁶

Harlaß fordert im Anschluss an Carl Schmitt eine „*nationale Homogenität*“ des Volkes, verstanden als ethnische Homogenität. Denn dass Harlaß Schmitts Erörterung des Umgangs in Vielvölkerstaaten zitiert, ist nur verständlich, wenn Harlaß davon ausgeht, dass durch Einbürgerungen nationale Minderheiten und ein Vielvölkerstaat entstünden. Dies wiederum impliziert die Auffassung, dass eingebürgerte deutsche Staatsangehörige nicht Mitglieder des deutschen Volkes würden, sondern Angehörige anderer Völker blieben.

Auch widersprach etwa der Landtagsabgeordnete Horst Förster (MV) in einem Facebook-Eintrag der in der erstinstanzlichen Bestätigung der durch das BfV vorgenommenen Verdachtsfalleinstufung im März 2022 enthaltenen Feststellung, dass „*ein ethnischer Volksbegriff mit dem Grundgesetz nicht vereinbar*“ sei:

„Das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zum Verdachtsfall AfD fußt auf einer Fehlinterpretation des Grundgesetzes, indem es darauf abstellt, dass ein ethnischer Volksbegriff mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. [...]

Der ethnische Volksbegriff stört [...] auf dem Weg in die multikulturelle Gesellschaft, die mehr oder weniger zur Staatsdoktrin erhoben wird. Also wird dem ethnischen Volksbegriff angedichtet, er grenze notwendigerweise alles Fremde aus, was natürlich nicht stimmt. Diese Fehlinterpretation ist aber notwendig, um über Fremdenfeindlichkeit die Argumentationskette zu extrem bzw. extremistisch zu schließen.“⁴²⁷

Die durch das Gericht getroffene Einordnung des ethnischen Volksbegriffs als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar deutet Förster – eine vermeintlich bewusste „*Fehlinterpretation*“ insinuiierend, um über „*Fremdenfeindlichkeit*“ auf „*extremistisch*“ schließen zu können – zu einer politischen Kampagne gegen die AfD um. Eine kritische Auseinandersetzung mit der gerichtlichen Beanstandung des durch die AfD vertretenen Volksbegriffs unterbleibt hingegen.

Für die Frage, ob bestimmte Äußerungen tatsächliche Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bieten bzw. für

⁴²⁶ Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 26.02.2022, abgerufen am 28.02.2022.

⁴²⁷ Förster, Horst: Facebook-Eintrag vom 10.03.2022, abgerufen am 09.05.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

eine Verdichtung solcher Anhaltspunkte sprechen, kommt es an sich nicht darauf an, ob diese bereits zuvor von Verfassungsschutzbehörden oder Gerichten als solche Anhaltspunkte angeführt worden sind. Allerdings belegen die Rechtfertigung und weitere Verbreitung solcher Äußerungen ohne jeden Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken, selbst nachdem diese durch verfassungsschutzbehördliche und erst recht gerichtliche Entscheidungen bereits offengelegt worden sind, dass die Verwendung nicht etwa auf Miss- oder Fehlverständnissen beruht, was möglicherweise für eine gewisse Entlastungswirkung sprechen könnte. Vielmehr belegt die beharrliche Verteidigung dieser Positionen, dass ihre Verwendung bewusst so erfolgt. In der Fortsetzung der verfassungsfeindlichen Bestrebungen liegt in solchen Fällen daher gleichermaßen eine zahlenmäßige wie inhaltliche Verdichtung der Anhaltspunkte.⁴²⁸

Insofern kommt der Äußerung Försters – der sich dezidiert mit der Feststellung des Gerichts beschäftigt und diese als politische Kampagne verstanden wissen will, ohne sich argumentativ mit den Grenzen des verfassungskonformen Volksbegriffs auseinanderzusetzen – eine besondere Bedeutung zu.

Jurij Kofner, Fachreferent der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, äußerte sich in einem im Freilich-Magazin veröffentlichten Kommentar vom Februar 2023 folgendermaßen zum Urteil des Verwaltungsgerichts Köln:

„Der erste Vorwurf, die AfD hege angeblich einen ‚rein ethnischen Volksbegriff‘, im Sinne, dass ‚nur weiße Deutsche mit deutschen Vorfahren deutsche Staatsbürger werden dürfen‘, findet weder in AfD-Grundsatzdokumenten und Parteiprogrammen noch in Aussagen der Parteimitglieder eine Bestätigung. Im Gegensatz dazu bekennt sich die blaue Heimatpartei offiziell und ‚vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen‘, formuliert dabei gleichzeitig aber auch das klare politische Ziel, die kulturelle Identität des deutschen Volkes in Sprache, Tradition, Werteverständnis und Geschichtserinnerung, also über eine gewisse deutsche Leitkultur, zu bewahren. Zugleich fordert die Partei die Bewahrung eines gewissen ethno-kulturellen Kerns des deutschen Staatsvolkes, also den Erhalt einer ethno-kulturellen deutschen Mehrheit im Staatsvolk. Kein Volk in der Menschheitsgeschichte ist aus dem Nichts entstanden, sondern hat sich dynamisch von Generation zu Generation weiterentwickelt. Die familiären Bindungen

⁴²⁸ Vgl. hierzu VG Köln, Ur. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

von Vorfahren zu Nachkommen sind deshalb nicht unbedeutend für die Weitergabe von kultureller Identität. [...] Somit ist der Volkbegriff der AfD nicht nur vollkommen ‚normal‘, er ist auch eine unabdingbare Voraussetzung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik. [...] Weil sozialer Friede in einer echten Demokratie auch eine gewisse ethno-kulturelle Homogenität voraussetzt [...].“⁴²⁹

In Kofners Äußerung kommt ein Freund-Feind-Schema zum Ausdruck. Ethno-kulturelle Homogenität wird dabei als derart essentiell angesehen, dass der soziale Friede von ihr abhängig gemacht wird.

Der stellvertretende AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Oliver Kirchner (ST) äußerte in seinem Redebeitrag auf dem Landesparteitag des Landesverbands Sachsen-Anhalt am 28. August 2022 in Magdeburg (ST):

„Ich möchte, dass Deutschland und ich möchte, dass Sachsen-Anhalt deutsch bleibt! Denn wer hier die Veränderung dieses Staatsvolks betreibt, der ist verfassungswidrig. Dieses Staatsvolk hat es nicht verdient, hier mit Zuwanderung vollgestopft zu werden und für unsere eigenen Bürger kein Geld mehr zu haben.“⁴³⁰

Auch Kirchner begreift das Staatsvolk hier als geschlossene ethnisch homogene Gruppe, wie er durch die Formulierung „deutsch bleibt“ und die Absage an eine „Veränderung“ durch „Zuwanderung“ zum Ausdruck bringt.

Jean-Pascal Hohm, Vorsitzender der AfD Cottbus (BB), äußerte in einem Tweet vom Juni 2022:

„Das Deutsche Volk als ethnische und kulturelle Gemeinschaft ist nicht verhandelbar. Punkt.“⁴³¹

Die Feststellung, dass ein solches verfassungswidriges Volksverständnis auch durch führende Funktionärinnen und Funktionäre der AfD weiter vertreten wird, wird auch nicht durch die „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“⁴³²,

⁴²⁹ Freilich: „Das Volk, der Verfassungsschutz und die AfD“ vom 28.02.2023, in: www.freilich-magazin.com, ohne Abrufdatum.

⁴³⁰ Kirchner, Oliver: Redebeitrag auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28.08.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Team Heimat – Live“, abgerufen am 29.08.2022.

⁴³¹ Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 14.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.

⁴³² Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

die die AfD am 18. Januar 2021 – und somit zum Zeitpunkt des erstinstanzlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht Köln – auf ihrer Website veröffentlicht hatte, entkräftet.⁴³³ Darin hatte die Partei sich formal „vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“ bekannt, unabhängig davon, „welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat“ oder „wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren“ zurückliege.⁴³⁴ Es liegen zum einen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Erklärung (prozess-)taktisch motiviert war.⁴³⁵ Dies wird auch durch die vorbenannten und auch im Folgenden aufgeführten Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären bzw. Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der AfD deutlich, die wiederholt Äußerungen tätigen, die im Widerspruch zu dem stehen, was die AfD vorgibt mit der Erklärung zu meinen – nämlich dass sie ein verfassungskonformes Volksverständnis vertreten würde –, ohne dass ihnen Einhalt geboten wird. Zum anderen ist die Erklärung bereits inhaltlich nicht eindeutig, wenn zwar vorab das „deutsche Staatsvolk“ definiert wird, in Ziffer 2 der Erklärung jedoch sodann eine Unterscheidung zum „Deutschen Volk“ gemacht wird, welches langfristig erhalten werden solle.⁴³⁶ Von der Erklärung geht demnach keine hinreichend entlastende Wirkung dahingehend aus, dass die AfD an sich ein verfassungsrechtlich unbedenkliches Volksverständnis vertritt. Ähnlich bewertete dies das OVG NRW, nach dem selbst, wenn man eine ernsthafte Überzeugung der Unterzeichnenden unterstelle, der Erklärung jedenfalls keine eindeutigen Distanzierungen zu entnehmen sind.⁴³⁷ Die Erklärung belege vielmehr, dass die politischen Zielsetzungen der AfD von einer von der Staatsangehörigkeit unabhängigen „ethnisch-kulturellen“ Volkszugehörigkeit bestimmt seien, und stelle nur in Frage, ob die AfD tatsächlich eine Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger mit Migrationsgeschichte bezwecke oder aber nur eine restriktive Einbürgerungspolitik befürworte,

⁴³³ Vgl. hierzu: Folgegutachten AfD 2021, S. 968 f.

⁴³⁴ Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.

⁴³⁵ So auch VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 653.

⁴³⁶ Hierzu bereits VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 378, 754, 938, welches die Erklärung in weiten Teilen als „Lippenbekenntnisse“ ansieht und sie dahingehend auslegt, dass die AfD mit der Unterscheidung in das „deutsche Staatsvolk“ und das „deutsche Volk“ zwischen dem rechtlichen Gebilde und dem tatsächlichen und ethnisch-kulturell bestimmten Gebilde unterscheide. Das Gericht stellte hierzu fest, das von der AfD formulierte politische Ziel, „dem deutschen Staatsvolk auch eine deutsche kulturelle Identität über den Wandel der Zeit erhalten“, laufe darauf hinaus, die Einbürgerungsvoraussetzungen so zu gestalten, dass das „Staatsvolk“ dem „deutschen Volk“ möglichst entspreche und es nicht zu viele Abweichungen gebe.

⁴³⁷ Dazu und zum Nachfolgenden OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

ohne aber den durch andere Äußerungen begründeten Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen auszuräumen.

Zu den rund 30 Unterzeichnern der Erklärung zählte im Jahr 2021 unter anderem beispielsweise auch Maximilian Krah (SN), damals Mitglied des Europäischen Parlaments, von 2022 bis 2024 außerdem Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und ab 2025 Bundestagsabgeordneter.

Krah kommentierte indes in einem Tweet vom 26. November 2021 Überlegungen zur Modifizierung des Einbürgerungsrechts folgendermaßen:

„Deutsche Sprache nicht mehr erforderlich, um deutscher Staatsbürger zu werden. Aber wehe, man unterscheidet das deutsche Volk von der Gemeinschaft der Staatsbürger!“⁴³⁸

Krah kritisiert hier, dass es keine Unterscheidung zwischen einem „deutsche[n] Staatsvolk“ und der „Gemeinschaft der Staatsbürger“ geben soll, die seiner Ansicht nach im Umkehrschluss aber erforderlich ist. Er äußert sich somit entgegen der in der „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ der AfD unter Punkt I. enthaltenen Feststellung: „Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.“⁴³⁹

Ähnlich äußerte sich der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf, als er am 8. März 2022 Bezug auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zur Verdachtsfalleinstufung vom selben Tag nahm. Hinsichtlich der Erklärung der Bundespartei zum Staatsvolk warf er seiner Partei vor, in eine „gestellte Falle getappt“ zu sein. Zur Begründung führte er aus:

„Kein verfassungsmäßiges Werkzeug wie das der Passvergabe wird heute so unverhohlen politisch eingesetzt. Mit ihm entfaltet sich die ganze Destruktivität – durchaus im Sinne von Zersetzung – eines Weges, der an seinem Ende erklärtermaßen keine Nationalstaaten mehr dulden will, der Europa homogenisieren und zu einem globalen Siedlungsgebiet abwirtschaftet, in dem zwar ,kein

⁴³⁸ Krah, Maximilian: Tweet vom 26.11.2021, abgerufen am 26.11.2021.

⁴³⁹ Alternative für Deutschland: „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ vom 18.01.2021, in: www.afd.de, abgerufen am 05.02.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Mensch mehr illegal' ist, aber auch sonst kein Stein mehr auf dem anderen gelassen wird.*⁴⁴⁰

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit an nicht autochthone Deutsche wertet der AfD-Bundestagsabgeordnete mithin als zersetzend und als Türöffner zu einem Zustand, in dem die europäischen Staaten bloß mehr Siedlungsgebiet sind.

Ähnlich äußerte der sächsische AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jörg Urban im Mai 2023 mit Blick auf Feststellungen des Verfassungsschutzes zur Jugendorganisation Junge Alternative (JA) seine Zustimmung zu der Position der JA, dass es „ein deutsches Volk unabhängig vom Pass“ gebe:

*„Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd, denn selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk unabhängig vom Pass, genauso wie es ein französisches, ein jüdisches oder ein polnisches Volk gibt.“*⁴⁴¹

Urban schloss sich somit dem ethnischen Volksverständnis der AfD-Jugendorganisation an und suggerierte, der deutsche Pass bilde nicht das entscheidende Kriterium für tatsächliches Deutschsein.

Der stellvertretende Kreisvorsitzende des AfD-Kreisverbands Ulm/Alb-Donau (BW) Andreas Härtel äußerte sich am 3. August 2024 auf Facebook ebenfalls in vergleichbarer Weise, indem er unter Bezugnahme auf die Schlagzeile „In Nordrhein-Westfalen sind 80 Prozent der Gefährder Islamisten – und der Großteil hat den deutschen Pass“ forderte:

*„Die Frage der Zugehörigkeit zum Deutschen Volk sollte künftig nicht nur eine formaljuristische Dimension haben, sondern in erster Linie eine ethnisch-kulturelle. Auch da bin ich ganz #AfD.“*⁴⁴²

Am 9. August 2021 schrieb der AfD-Landesverband Thüringen auf Facebook:

*„Zum heutigen Tag der indigenen Völker wünschen wir dem deutschen Volk, dass es in seiner Heimat & mit seinen Traditionen allen multikulturellen Auflösungsversuchen widersteht. Aber ach, das ist ja von den Altparteien als ‚völkisch‘ faktisch verboten ... Wir machen es trotzdem!“*⁴⁴³

⁴⁴⁰ Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.03.2022, abgerufen am 28.03.2022.

⁴⁴¹ Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023.

⁴⁴² Härtel, Andreas: Facebook-Eintrag vom 03.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.

⁴⁴³ Junge Alternative Sachsen: geteilter Facebook-Eintrag vom 09.08.2021, abgerufen am 11.08.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die Rede von einem indigenen deutschen Volk ist eine andere Bezeichnung für die autochthonen Deutschen und eine Chiffre für die nach der Vorstellung der AfD ethnisch Deutschen⁴⁴⁴ und schließt die deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte als nicht indigen aus. Indem der AfD-Landesverband Thüringen dem deutschen Volk zum „*Tag der indigenen Völker*“ wünscht, allen multikulturellen Auflösungsversuchen zu widerstehen, macht er deutlich, dass er unter dem deutschen Volk das „*indigene deutsche Volk*“ versteht und diesem zugewanderte deutsche Staatsangehörige nicht zurechnet.

Auch die JA Sachsen sendete dem „*Deutschen Volk*“ einen „*Glückwunsch*“ zum Tag der „*indigenen Völker*“ und wünschte eine „*gute und große Zukunft*“.⁴⁴⁵ Auch darin kommt gleichermaßen deutlich zum Ausdruck, dass sich das Verständnis des deutschen Volkes auf das „*indigene deutsche Volk*“ bezieht, mithin nicht auf die Gesamtheit der Staatsangehörigen.

Die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann schrieb in einem Gastbeitrag für das rechtsextremistische COMPACT-Magazin:

„Gegenwärtig leben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt beinahe 12 Millionen Ausländer. Dazu kommen gute 22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Deutschen hingegen werden jedes Jahr weniger. Aktuell leben in Deutschland - diese Angabe stammt wieder vom Statistischen Bundesamt - knapp 60 Millionen Deutsche.“⁴⁴⁶

Bachmann unterscheidet hier „*Menschen mit Migrationshintergrund*“, die, so muss die Unterscheidung zwischen Ihnen und Ausländern verstanden werden, die deutsche Staatsangehörigkeit haben, von „*Deutschen*“. Ihrer Auffassung nach zählen deutsche Staatsangehörige mit „*Migrationshintergrund*“ also nicht zum deutschen Volk.

So ist auch die Bezeichnung der Antidiskriminierungsbeauftragten der Bundesregierung, Ferda Ataman, deren Eltern einst aus der Türkei nach Deutschland einwanderten, als „*Bio-Türkin*“⁴⁴⁷ einzuordnen. Entsprechend äußerte sich der damalige Bundestagsabgeordnete und Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung

⁴⁴⁴ Vgl. VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 232 ff., 577.

⁴⁴⁵ Junge Alternative Sachsen: geteilter Facebook-Eintrag vom 09.08.2021, abgerufen am 11.08.2021.

⁴⁴⁶ COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2“ vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022.

⁴⁴⁷ Schmidt, Eugen: Instagram-Story vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Russlanddeutsche in der AfD, Eugen Schmidt (NW), in einem Video, das im Juni 2022 auf Instagram veröffentlicht wurde. Der Ausdruck „Bio-Türkin“ deutet auf eine biologistisch-rassistische Grundannahme hin, der zufolge die ethnische Abstammung Atamans trotz ihrer deutschen Staatsbürgerschaft die tatsächlich ausschlaggebende Komponente darstelle.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, kommentierte am 3. Juli 2024 die mediale Schlagzeile „Österreicher singen: ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus‘“ folgendermaßen:

„Österreicher sind auch Deutsche. Aber das wissen nicht-Deutsche und erst recht nicht-Europäer wie sie ja offenbar nicht.“⁴⁴⁸

Zwei Tage später nahm Küble erneut Bezug auf den Sachverhalt, als er eine Äußerung der SPD-Politikerin Aydan Özüguz („Haben wirklich Österreicher in Deutschland ‚Ausländer raus‘ gesungen? Hat ja bisschen was von Parodie“) folgendermaßen kommentierte:

„Als Osmanin müsste sie es eigentlich besser wissen. Immerhin verbindet uns eine lange Geschichte. Leider wurde sie hier zwar nicht wirklich deutsch, dafür aber links & unwissend. Im Gegensatz zu ihr sind Österreicher immer deutsch und müssen sich dazu nicht einmal assimilieren.“⁴⁴⁹

Küble bringt hier sein ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, indem er Österreicher ohne deutsche Staatsbürgerschaft als „deutsch“ bezeichnet, die deutsche Staatsbürgerin Özüguz angesichts ihrer Migrationsgeschichte im Gegensatz dazu jedoch als „Osmanin“ tituliert.

Erhard Brucker (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im bayerischen AfD-Landesvorstand und seit 2025 MdB, BY) äußerte sich am 30. Juli 2022 auf Facebook wie folgt:

„Es ist die vollkommen irre Vaterlandsverhassung der – egal ob rot/rot ; rot, grün angestrichen Sozialisten, die sich den Untergang der autochthonen Bevölkerung regelrecht herbeisehnt. [...] Was die aber nicht verstanden haben ist: die

⁴⁴⁸ Küble, Fabian: Tweet vom 03.07.2024, abgerufen am 05.07.2024.

⁴⁴⁹ Küble, Fabian: Tweet vom 05.07.2024, abgerufen am 05.07.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Flutung Europas mit Musels wird letztlich dazu führen, dass sie die ersten Opfer sein werden.*⁴⁵⁰

(2) Unterscheidung im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität

Diese Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte ist zudem besonders häufig in Verlautbarungen der AfD festzustellen, die Kriminalitätsstatistiken oder Straftaten kommentieren.

Die Bundestagsabgeordnete und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (BW/ST) kritisierte in einem Facebook-Post den zukünftigen Verzicht auf Angaben zur Migrationsgeschichte von Straftätern in Kriminalitätsstatistiken des Landes Berlin:

*„Drei Viertel der Festgenommenen bei schweren Verbrechen wie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und sexueller Nötigung hatten einen deutschen Paß mit Migrationshintergrund. Die einfache Lösung: Eine solche Erfassung wird einfach nicht mehr durchgeführt. Somit werden die deutschen Jugendlichen seit August plötzlich krimineller und brutaler und das Märchen von ‚alle Menschen sind gleich‘ kann zumindest für die rot-rot-grüne Wählerschaft mit rosaroter Brille noch aufrechterhalten werden.“*⁴⁵¹

Indem Baum die Gleichheit aller Menschen im Kontext mit der Häufigkeit der Begehung von „schweren Verbrechen“ als „Märchen“ bezeichnet, bringt sie zum Ausdruck, dass Menschen mit einer nicht deutschen Herkunft häufiger zur Begehung entsprechender Taten neigten und zwar – und das ist die aus verfassungsschutzrechtlicher Sicht relevante Komponente – aufgrund ihrer Herkunft.

Ähnlich äußerte sich auch der AfD-Bundesverband in einem Tweet vom 10. Januar 2024 und forderte darin des Weiteren einen „Passenzug“ für kriminelle Staatsbürgerinnen und -bürger mit Migrationsgeschichte sowie deren Abschiebung:

„Wir brauchen #Passenzug für Kriminelle und #Remigration! Die Zustände in der Silvesternacht haben es einmal mehr verdeutlicht: Mit der #Massenmigration zerstören #Ampel und #CDU unser Land und machen unsere Frauen und Kinder zu rechtlosem Freiwild. [...] Um den Schutz unserer Bürger endlich mit

⁴⁵⁰ Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 30.07.2022, abgerufen am 02.11.2022.

⁴⁵¹ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 23.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

höchster Priorität zu gewährleisten, wollen wir nicht nur konsequent abschieben, sondern auch Kriminellen, Gefährdern, Terroristen und Vergewaltigern den Pass entziehen! ‚Der Automatismus, Straftäter deshalb nicht abzuschicken, weil sie eben auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist aufzuheben‘, fordert die #AfD-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, @Alice_Weidel. [...] Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die Deutschland und seine Werte hassen und verachten, zu deutschen #Staatsbürgern werden, Frauen vergewaltigen, unschuldige Menschen mit Messern angreifen, wegen der deutschen Staatsbürgerschaft dann nicht abgeschoben werden und anschließend in der Statistik als ‚deutsche‘ Straftäter auftauchen. Wir wollen unser Land wieder sicher machen – mit konsequenter und unbeirrbarer Remigrationspolitik!“⁴⁵²

Den Beitrag veröffentlichte die AfD ebenfalls auf ihrem Onlineangebot AfD Kompakt.⁴⁵³

Der Inhalt der Äußerungen legt nahe, dass wohl nicht bloß die Passentziehung nach § 8 PassG gemeint ist, die mit einer Einschränkung der Reisefreiheit einhergeht, sondern eine Entziehung der Staatsangehörigkeit.

Nach § 35 StAG kann eine rechtswidrige Einbürgerung innerhalb von zehn Jahren nach Erlass mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen werden, wenn sie durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch vorsätzlich unrichtige oder unvollständige, für ihren Erlass wesentliche Angaben erwirkt worden ist. Die gegenständliche Äußerung betrifft jedoch den Fall, dass die Staatsangehörigkeit rechtmäßig erworben wurde, da die Begehung einer Straftat nach Erwerb nicht als Täuschung über das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu sehen wäre. Vielmehr geht es hier um eine nachträglich vorzunehmende Rücknahme. Eine solche ist nach geltender Rechtslage nicht möglich. Die Implementierung einer entsprechenden Regelung würde – soweit sie überhaupt mit Blick auf die Gleichbehandlung aller Staatsbürgerinnen und -bürger als verfassungskonform anzusehen wäre – jedenfalls mindestens voraussetzen, dass nach Maßgabe des Art. 16 Abs. 1 GG der Betroffene die Verlustzufügung zumutbar beeinflussen kann,

⁴⁵² AfD: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 16.07.2024.

⁴⁵³ AfD Kompakt: „Wir brauchen Passentzug für Kriminelle und Remigration!“ vom 10.01.2024, in: <https://afdKompakt.de>, abgerufen am 10.01.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

die gesetzliche Regelung die Widerrufsvoraussetzungen vorhersehbar regelt und der Widerruf im Übrigen nur als verhältnismäßige Reaktion auf ein etwaiges Fehlverhalten eröffnet ist.⁴⁵⁴ Die hohen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit dürften allenfalls bei schwerwiegenden Straftaten wie etwa terroristischen Handlungen gewahrt sein. Die hiesige Forderung bezieht sich jedoch pauschal und undifferenziert auf „Kriminelle“ und „Straftäter“ im Allgemeinen. Eine solche Ausdehnung auf Bereiche der mittleren und möglicherweise niedrigen Kriminalität wäre angesichts der Schwere und Unumkehrbarkeit des Eingriffs nicht angemessen. Vielmehr würde eine solche Regelung faktisch eine zusätzliche Strafandrohung für Deutsche mit Migrationshintergrund bewirken, die anknüpfend an ethnische Kriterien zu einer Ungleichbehandlung innerhalb der Gruppe der deutschen Staatsangehörigen führen würde.

Auch der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (seit Juni 2024 Mitglied des Europäischen Parlaments, HH) brachte eine mögliche Ausbürgerung deutscher Staatsbürger zur Sprache, als er in einem Tweet vom 11. Januar 2024 den Begriff „Remigration“ erklärte:

„#Remigration ist teilweise Rückgängigmachung bisher stattgefundener Migration. Fordert die AfD seit Jahren. Und mittlerweile selbst Scholz. Illegale nicht abzuschieben ist ein Skandal, nicht umgekehrt! Und Ausbürgerung zB von Kriminellen zu prüfen, sollte selbstverständlich sein.“⁴⁵⁵

Darin kommt erneut die oben beschriebene verfassungsfeindliche Forderung zum Ausdruck, jegliches strafrechtlich relevante Verhalten könnte den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft rechtfertigen.

Der Deutschland-Kurier veröffentlichte am 10. Januar 2023 einen Videobeitrag mit dem Titel „Der betrügerische Migrationskult“, in dem Nicole Höchst (MdB, RP) in ähnlicher Weise auf die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts einging:

„Schlimmer als es das Holzpferd für Troja je war, ist der Migrationskult für Deutschland. Und es hilft erfahrungsgemäß auch nicht, wenn man alle Täter und Integrationsunwilligen mit der deutschen Staatsbürgerschaft bewirft. Klar,

⁴⁵⁴ BeckOK.GG Epping/Hillgruber/Heusch, 58. Edition, Stand 15.06.2024, Art. 16, Rn. 49.

⁴⁵⁵ Froelich, Tomasz: Tweet vom 11.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

das bereinigt zwar die Kriminalitätsstatistiken, aber die Problematik bleibt natürlich bestehen. [...] Ich persönlich verachte diese ‚Deutschland-verrecke-Ideologie‘, die hinter all dem steht, und ich verachte eine Regierung, die genau nach dieser Ideologie zum Schaden des deutschen Volkes, entgegen ihres Amtseides handelt.“⁴⁵⁶

Höchst bringt damit zum Ausdruck, dass sie das geltende Staatsangehörigkeitsrecht ablehnt, da sie bestimmten Ethnien pauschal eine Gewalttätigkeit unterstellt. Indem sie die Befürchtung äußert, alle Täter und Integrationsunwilligen würden mit der deutschen Staatsangehörigkeit „beworfen“, suggeriert sie, dass diese einen bedeutenden Teil der Eingebürgerten darstellten und wertet diese Gruppe gegenüber anderen deutschen Staatsangehörigen ab. Mit der Bezeichnung der dahinterstehenden Politik als „Deutschland-Verrecke-Ideologie“ wird deutlich, dass sie den empfundenen Angriff auf den Bestand eines ethnisch deutschen Volkes in letzter Konsequenz als existenzbedrohend wahrnimmt.

Auch auf Landesebene der AfD sind zahlreiche Aussagen festzustellen, in denen in Bezug auf Straftaten eine strikte Differenzierung zwischen autochthonen und eingebürgerten Deutschen gefordert und eine Ungleichheit beider Bevölkerungsteile postuliert wird.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Klaus Esser⁴⁵⁷ beispielsweise befürwortete in einem auf Telegram verbreiteten Beitrag die Unterscheidung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Kriminalstatistiken mit folgender Begründung:

„Deutsche werden Opfer derer, denen sie gutmütig helfen wollten! Eine Auswertung des BKA hat ergeben, dass legale und illegale Asylzuwanderer weit mehr Gewaltverbrechen an Deutschen begehen als andersherum. Das Missverhältnis wird sowohl bei Tötungsdelikten als auch bei Sexualverbrechen und anderen Gewalttaten offenkundig. Würde zusätzlich noch differenziert, wie

⁴⁵⁶ Höchst, Nicole: „Der betrügerische Migrationskult | Ein Kommentar von Nicole Höchst (AFD)“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.01.2023, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 10.01.2023.

⁴⁵⁷ Gegen Esser war noch im Oktober 2024 ein Parteiausschlussverfahren anhängig, welches auf Fälschungsvorwürfen fußte.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*lange Täter mit deutschem Pass bereits die Staatsbürgerschaft besitzen, wäre das Bild wahrscheinlich noch eindringlicher.*⁴⁵⁸

Esser schreibt autochthonen Deutschen damit grundsätzlich die Opferrolle zu, während er Asylsuchenden wie auch Deutschen mit Migrationsgeschichte angesichts ihrer ethnischen Herkunft einen stärker ausgeprägten Hang zu Kriminalität unterstellt. Damit unterstellt er zugewanderten Personen kriminelle Eigenschaften allein auf Basis ihrer Herkunft und setzt sie auf diese Weise in ihrer Menschenwürde herab.

Miguel Klauß, Landtagsabgeordneter der AfD in Baden-Württemberg, schrieb in einem Telegram-Beitrag über ein Tötungsdelikt:

*„Sinan B. ist der Name des ‚Deutschen‘, der seine Lehrerin getötet hat. In Ibbenbüren bei Münster erstach ein Schüler seine Lehrerin. Als Motivation, warum der renitente 17-jährige ‚Deutsche‘ Sinan B. seine Lehrkraft ein Messer in den Leib rannte, wird Rache aufgrund eines Schulverweises vermutet. [...] Warum wird wieder nicht erwähnt, daß der Täter ein Migrationshintergrund hat? Schließlich interessiert das viele – inzwischen weiß jeder, wird die Nationalität von Tätern nicht genannt, gibt es immer ein Migrationshintergrund.“*⁴⁵⁹

Durch die wiederholte Verwendung von Anführungszeichen bei der Bezeichnung „Deutsche[r]“ und die Betonung des „Migrationshintergrund[s]“ des Täters deutet Klauß an, dass der genannte Straftäter kein vollwertiger Deutscher sei.

Christoph Maier, bayerischer Landtagsabgeordneter der AfD, problematisierte im August 2022 ebenfalls, dass „Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben“, in den Statistiken „der deutschen Bevölkerung zugeordnet“ würden.⁴⁶⁰ Er sprach sich zudem für eine „Remigrationsoffensive“⁴⁶¹ aus.

Der damalige sächsische Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich glaubte in der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an zugewanderte Personen einen Plan der Regierungsparteien zur „optisch[en]“ Reduzierung der „Ausländer-Kriminalität“ erkennen zu können:

„Die deutsche Staatsbürgerschaft soll es bald schon als Begrüßungsgeschenk geben. Was für die grünen Deutschland-Zerstörer zwei unschätzbare Vorteile

⁴⁵⁸ Esser, Klaus: Telegram-Beitrag vom 28.07.2022, abgerufen am 15.08.2022.

⁴⁵⁹ Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 12.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

⁴⁶⁰ Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 18.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

⁴⁶¹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

hat: Man schafft sich neue Wählergruppen. Und ‚reduziert‘ gleichzeitig die Ausländer-Kriminalität - zumindest optisch. Denn jeder eingebürgerte Killer ist in der Statistik ein ‚deutscher‘ Straftäter. So ergibt das Mantra der Woke-Fanatiker ‚Deutsche machen das auch‘ sogar einen Sinn.“⁴⁶²

Ulbrich bedient damit nicht nur das Narrativ einer auf die Zerstörung Deutschlands ausgerichteten Migrationspolitik, sondern suggeriert auch, Menschen mit Migrationsgeschichte tendierten stärker zur Anwendung von Gewalt als autochthone Deutsche.

In einem Facebook-Beitrag vom 11. November 2023 sprach der sächsische Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel u. a. von „importierte[r]“ Gewalt gegen Polizisten und von „passdeutsche[n] Migrationshintergründler[n]“:

„Gewalt gegen Polizisten erreicht neues Allzeithoch – Ein importiertes Problem! [...] Insgesamt 30,1 Prozent aller Tatverdächtigen bei Gewalttaten gegen Polizisten waren Ausländer – passdeutsche Migrationshintergründler sind hierbei natürlich noch nicht miterfasst.“⁴⁶³

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein schrieb am 12. September 2024 auf Facebook:

„Ein Blick nach Polen zeigt, wie es auch in Deutschland aussehen könnte, wenn eine verantwortungsvolle Politik umgesetzt würde. In Polen sieht man auf den Straßen überwiegend einheimische Bürger mit ihren Kindern ohne Sorgen vor gewalttätigen Übergriffen, Messerattacken, Vergewaltigungen – ein Straßensbild, das in deutschen Städten inzwischen immer seltener wird. Stattdessen prägen immer mehr ‚Talahons‘ das Bild unserer Städte.“⁴⁶⁴

Der Landesverband stellt mithin darauf ab, dass die einheimischen Bürger von außen erkennbar und damit ethnisch definiert sind und stellt diese als „Talahons“⁴⁶⁵ bezeichnen und mit Gewaltverbrechen assoziierten Migranten gegenüber.

Auf der Kreisebene der AfD werden ebenfalls vielfach vergleichbare Verlautbarungen verbreitet, in denen eine exkludierende Differenzierung zwischen Deutschen mit und

⁴⁶² Ulbrich, Roland: Facebook-Eintrag vom 09.12.2022, abgerufen am 16.12.2022.

⁴⁶³ Wippel, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 23.11.2023.

⁴⁶⁴ AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 12.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.

⁴⁶⁵ Der in der Jugendsprache verbreitete Begriff „Talahon“ ist eine mit Stereotypen behaftete Bezeichnung für junge Männer mit zumeist muslimisch geprägter Migrationsgeschichte.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

ohne Migrationsgeschichte vorgenommen wird. Die AfD Wuppertal (NW) äußerte beispielsweise im Januar 2023 anlässlich vorangegangener Krawalle in der Silvesternacht mit Blick auf die Tatverdächtigen:

„Wir hatten bereits gemutmaßt die ‚Deutschen‘ wären nicht alle so deutsch, wie die Behörden glauben machen möchten. Erstmal sind also von den 45 ‚Deutschen‘ 11 solche mit einem doppelten Paß. Bleiben von 145 Tätern noch 34, die ‚deutsch‘ sein sollen. Wir hatten auch schon überlegt, welche Vornamen die wohl haben. [...] Aber im Grunde steht es ja schon fest: Ganz überwiegend Ausländer, 77 % mindestens.“⁴⁶⁶

Der Kreisverband setzt die Bezeichnung „Deutsche“ hier konsequent in Anführungszeichen, um zu verdeutlichen, dass den Personen, die Straftaten begangen haben, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft der Status vollwertiger Deutscher nicht zugestanden wird.

Die AfD München (BY) monierte in einem Facebook-Beitrag vom 3. April 2023 ebenfalls, dass eingebürgerte Migrantinnen und Migranten in der Kriminalstatistik als Deutsche gezählt werden:

„Ein erheblicher Anteil der in Deutschland verübten Straftaten wird von Ausländern verübt. [...] Hier sind noch nicht einmal alle Straftäter korrekt erfasst, denn Zuwanderer, die ihren alten Pass bei der Einbürgerung behalten, was inzwischen die Mehrheit macht, werden in der Statistik nicht gesondert erfasst, sondern werden einfach als Deutsche (!) gezählt.“⁴⁶⁷

Vergleichbar äußerte sich auch die AfD Passau (BY), als sie im Mai 2023 darauf hinwies, dass „Deutsche mit Migrationshintergrund“ in der Statistik „nicht extra ausgewiesen wurden.“⁴⁶⁸

Besonders deutlich brachte die AfD-Kreistagsfraktion Aichach-Friedberg (BY) im Januar 2023 ihr ethnisches Volksverständnis zum Ausdruck, als sie auf Facebook äußerte:

⁴⁶⁶ AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 07.01.2023, abgerufen am 11.01.2023.

⁴⁶⁷ AfD München: Facebook-Eintrag vom 03.04.2023, abgerufen am 17.07.2023.

⁴⁶⁸ AfD Passau: Facebook-Eintrag vom 26.05.2023, abgerufen am 17.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Das Rezept der Ampel : alle Migranten (auch die illegalen) bekommen in kürzester Zeit und ohne Bedingungen die deutsche Staatsbürgerschaft. So wird das Problem Migrantengewalt gelöst : die Gewalttäter sind ja alle Deutsche ...“⁴⁶⁹



Die kommunale AfD-Fraktion unterstellt somit nicht nur eine ausgeprägte „Migrantengewalt“, sondern auch deren versuchte Vertuschung durch die Regierungsparteien. Dazu wurde das beigefügte Bild gepostet. Die Grafik bringt zum Ausdruck, dass nicht-weiße Personen ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft keine vollwertigen Deutschen sein könnten. Dies sei in gleichem Maße abwegig wie die Existenz sich vegetarisch ernährender Löwen.⁴⁷⁰

(3) Explizite Gegenüberstellung von „Deutschen“ und „Passdeutschen“

Besonders deutlich wird die beschriebene Unterscheidung zwischen eingebürgerten und autochthonen Deutschen – ähnlich wie bei der Verwendung von Führungszeichen bei der Bezeichnung von Menschen als deutsch – auch in der Nutzung des Begriffs „Passdeutsche“ durch Vertreterinnen und Vertreter der Partei.

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) nahm in einem Facebook-Beitrag vom Juni 2022 die Zusammensetzung der deutschen Männer-Fußballnationalmannschaft zum Anlass, gegen eine vermeintliche jahrzehntelange „Umerziehung hin zu einem Multi-Kulti Mischmasch“ zu agitieren und äußerte in verächtlicher Weise:

„Beim Betrachten des Fotos allerdings müsste man der Richtigkeit halber von einer ‚Passdeutschen Fußballnationalmannschaft‘ sprechen. Gibt es tatsächlich so wenig talentierte ‚Eingeborene‘?“⁴⁷¹

⁴⁶⁹ AfD-Kreistagsfraktion Aichach-Friedberg: Facebook-Eintrag vom 07.01.2023, abgerufen am 09.01.2023.

⁴⁷⁰ So auch OVG NRW, Urte. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 222, in dem es heißt: „Eine andere Deutung ist fernliegend, weil außer der sichtbaren Hautfarbe keine näheren Informationen über den Hintergrund der abgebildeten Personen gegeben werden, aber dies für die Kreistagsfraktion ausreichend ist, über die Bezeichnung als Deutsche zu lachen.“

⁴⁷¹ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 05.06.2022, abgerufen am 07.06.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Paul Timm, AfD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern, veröffentlichte im Januar 2023 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er gegen vermeintlich nicht integrierbare „Passdeutsche mit Migrationshintergrund“ agitierte:

„Die Bürger in MV werden immer öfter Opfer von Zuwanderergewalt. Viele der Asylbewerber, Zuwanderer und Passdeutsche mit Migrationshintergrund sind entweder nicht fähig oder nicht willens, sich zu integrieren. [...] Die Ampel in Berlin und Rot-Rot in Schwerin haben die Kontrolle über die Zuwanderer verloren. Wohlgemerkt: es geht nicht um Ukrainer, welche unserer Kultur in weiten Teilen nahe sind. Es geht um Kopftuch-Apologeten, Messermänner und neuerdings auch Brandstifter aus den islamisch geprägten Ländern der Erde.“⁴⁷²

Personen mit Migrationsgeschichte werden in den dargestellten Aussagen durch den Begriff „Passdeutsche[r]“ gegenüber genuin deutschen Staatsbürgern erheblich herabgesetzt und zu Deutschen zweiter Klasse erklärt. Timm unterstellt Zugewanderten aus islamisch geprägten Ländern zudem pauschal eine erhöhte Gewalttätigkeit. Die verallgemeinernde Bezeichnung als „Kopftuch-Apologeten“, „Messermänner“ und „Brandstifter“ ist zudem fremdenfeindlich.

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wiehle (BY) titulierte die Tatverdächtigen eines Sexualdelikts in einem Facebook-Eintrag vom Juli 2023 ebenfalls als „Passdeutsche“ und bezeichnete es als „Desinformation“, dass die Migrationsgeschichte der Männer in den Medien nicht herausgestellt worden sei:

„Gruppenvergewaltigung auf Mallorca: Desinformation durch deutsche Medien! Fünf Passdeutsche wurden auf Mallorca verhaftet - Verdacht: Gruppenvergewaltigung! Alle Tatverdächtigen haben Migrationshintergrund. Sie bringen den Namen Deutschlands international in Verruf. [...] Das ist ein Armutszeugnis und zeigt Scheuklappen auf, die einerseits für das deutsche Opfer unwürdig sind, andererseits die Diskussion um eine gescheiterte Integration sowie eine zu schnelle Vergabe der Staatsbürgerschaft im Keim ersticken (sollen). Desinformation scheint vielen Medien in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Wer steckt dahinter und versucht, die Probleme zu verschleiern? Die Wahrheit muss auf den Tisch!“⁴⁷³

⁴⁷² Timm, Paul: Facebook-Eintrag vom 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023.

⁴⁷³ Wiehle, Wolfgang: Facebook-Eintrag vom 17.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Eine dazugehörige Grafik zeigt zudem die Aufschrift:

„Als ‚Deutsche‘ bezeichnet man die Verhafteten. Formal korrekt, und dennoch Desinformation!“⁴⁷⁴

Die AfD München (BY) teilte den Beitrag im Nachgang auf ihrer Facebook-Seite.⁴⁷⁵

Angesichts eines Anstiegs der Messergewalt in Deutschland schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook am 12. August 2024:

„Die Mehrheit der von der Bundespolizei erfassten Messer-Tatverdächtigen (51,6 %) sind Ausländer. Die Zahl der tatverdächtigen deutschen Staatsbürger mit ‚Migrationshintergrund‘ wird dabei noch nicht einmal erfasst.“⁴⁷⁶

Mit dieser Äußerung nimmt der AfD-Bundesverband ebenfalls eine Unterscheidung in ethnisch Deutsche und solche mit Migrationsgeschichte vor und bringt zum Ausdruck, dass er die Ethnie als relevantes Kriterium bei der Bewertung der Straftaten erachtet.

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) schrieb im April 2023 auf Telegram angesichts der Einstufung von JA, IfS und Ein Prozent als gesichert rechtsextremistisch:

„Die irre Begründung: Angeblich gebe es kein deutsches Volk außer dem deutschen Staatsvolk (den Passdeutschen).“⁴⁷⁷

Auch Schmidt recurriert damit auf eine vermeintliche Diskrepanz zwischen Volk und Staatsvolk.

Fabian Küble (im Internet „Fabian Keubel“), damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, beschrieb in einem Facebook-Beitrag die nicht-weiße schleswig-holsteinische Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung Aminata Touré, die afrikanische Wurzeln hat, als „afrikanisch-bundesrepublikanische Staatsministerin“:

„Die Ampel will Deutschland mit einer weiteren Masseneinwanderungswelle fluten. Um dieses Ziel zu erreichen propagiert die neue afrikanisch-bundesrepublikanische Staatsministerin der Grünen in Schleswig-Holstein Toure offen die

⁴⁷⁴ Ebd.

⁴⁷⁵ AfD München: geteilter Facebook-Eintrag vom 17.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.

⁴⁷⁶ AfD: Facebook-Eintrag vom 12.08.2024, abgerufen am 10.09.2024.

⁴⁷⁷ Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 16.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Umvolkung (zu englisch: Resettlement). Zugleich soll alles und jeder nach kürzester Zeit bedingungslos eingebürgert werden. Die Antideutschen hören nicht auf, bevor Deutschland vollständig entdeutscht ist. Das ehemals als Deutschland bekannte kulturelle Herz Europas soll als Migrantistan zum offenen Siedungsgebiet für alle Welt umgewandelt werden."⁴⁷⁸

Durch seine Wortwahl spricht Küble Frau Touré aufgrund ihrer Hautfarbe und Wurzeln ab, Deutsche sein zu können oder als Politikerin deutsche Interessen im Sinne der deutschen Bevölkerung verfolgen zu können.

Stephan Protschka, zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordneter der AfD, fragte in einem Tweet:

„Wenn sich ein #Hund einem #Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein #Wolf oder bleibt er Hund?

#Passbeschenker“⁴⁷⁹

Der Tweet Protschkas datiert zwar aus Dezember 2018, ist jedoch weiterhin online abrufbar. Die ausgrenzende Haltung kommt besonders darin zum Ausdruck, dass Protschka hier eine Tiermetapher verwendet, womit er die Betroffenen entmenschlicht.⁴⁸⁰

In den vorgenannten Äußerungen wird Menschen mit Migrationsgeschichte die uneingeschränkte Zugehörigkeit zum deutschen Volk nicht eingeräumt. Die hierarchisierende Unterscheidung zwischen „echten“ Deutschen ohne und „Passdeutschen“ mit Migrationsgeschichte impliziert – gerade auch durch die häufige Herstellung eines Zusammenhangs der Begehung von Straftaten – eine Schlechterstellung derjenigen, die nicht Bestandteil der eigenen, aufgewerteten Gruppe sind und mithin einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG und die Garantie der Menschenwürde.

⁴⁷⁸ Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 20.07.2022, abgerufen am 21.07.2022.

⁴⁷⁹ Protschka, Stephan: Tweet vom 05.12.2018, abgerufen am 01.08.2024.

⁴⁸⁰ Vgl. zur Bewertung von Tiermetaphern als Anhaltspunkte für ein abstammungsbezogenes Volksverständnis OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 221.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

(4) Überhöhung ethnischer Kriterien und die Unterordnung des Einzelnen unter ein entsprechendes Kollektiv

Bisweilen versuchen Vertreterinnen und Vertreter der AfD auch, anhand unsachlicher – teils rassistischer – Vergleiche die vermeintliche Absurdität des derzeitigen Staatsbürgerschaftsrechts herauszustellen.

In einem Facebook-Beitrag vom 1. November 2021 bekannte sich die Bundestagsabgeordnete Christina Baum zu ihrem schon früher erhobenen Vorwurf eines „Genozids“ am deutschen Volk:

„Bereits am 17. Januar 2015, also lange vor Merkels illegaler Grenzöffnung, warnte ich in meiner Bewerbungsrede zur Landesvorsitzenden in Karlsruhe vor ‚einem schleichenden Genozid am deutschen Volk durch die Einwanderungspolitik der Grünen‘. [...] Für mich jedoch, die ich 1989 aus der ethnisch homogenen deutschen DDR kam, war es von Anfang an ganz offensichtlich und so wies ich damals bereits im privaten Umfeld darauf hin, dass unsere Enkel, spätestens unsere Urenkel, eines Tages Kopftuch tragen werden. Doch niemand in meinem neuen westdeutschen Umfeld schien mich zu verstehen. [...] Inzwischen, so denke ich, ist es innerparteilich Konsens, dass wir weitere Zuwanderung stoppen müssen, um unsere eigene kulturelle Identität zu bewahren und unseren Fortbestand als deutsches Volk zu sichern. [...] Die Polen haben verstanden, dass es um ihren eigenen Fortbestand als ethnisches und souveränes Volk geht. Bei uns hat es leider die Mehrheit noch nicht verinnerlicht. An diese richte ich nun meinen Appell: Lasst Euch niemals einreden, das es moralisch schlecht oder gar ein Verbrechen sei, sein Volk, seine Kultur und seine Identität bewahren zu wollen! Das Gegenteil ist der Fall. Es ist unser aller Pflicht und Verpflichtung: Im Gedenken an unsere Ahnen und für die Zukunft unserer Kinder.“⁴⁸¹

Baum bekennt sich hier ausdrücklich zu ihrem Idealbild eines ethnisch homogenen Volkes.

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) beschrieb der thüringische Fraktionsvorsitzende und Landessprecher

⁴⁸¹ Baum, Christina: Facebook vom 01.11.2021, abgerufen am 02.11.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Björn Höcke eine zunehmende Überfremdung Deutschlands und forderte eine „Re-multikulturalisierung“.⁴⁸² In diesem Zusammenhang hob er die aus seiner Sicht bestehenden Vorzüge der ehemaligen DDR hervor:

„Und die Älteren von euch, die haben vielleicht manchmal auch so ein wenig ostalgische Gefühle. Also nicht nostalgische Gefühle, sondern ostalgische Gefühle. Und versteht mich jetzt nicht falsch, wir sind uns einig darüber, dass die DDR ein Unrechtsstaat war und dass sie eine Diktatur war. [...] Aber als Privatperson konnte man in diesem Staat innere Sicherheit erleben. Man konnte in diesem Staat soziale Sicherheit erleben. Man konnte in diesem Staat gelebte Nachbarschaft erleben. Und man durfte in einem deutschen Staat als Deutscher leben. [...] Und alles das steht heute in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2024 zur Disposition. Alles das, was die Älteren von euch an der DDR dann vielleicht doch im Privaten geschätzt haben. Die innere Sicherheit zerfällt, der Sozialstaat wird zur Plünderung freigegeben. Unser Volk ist mittlerweile im gefährlichen Maße multikulturalisiert und überfremdet und droht zur Minderheit im eigenen Land zu werden. Wir verlieren gerade unsere Heimat, liebe Freunde, Und Heimat verliert man nicht nur durch Flucht und Vertreibung, wie das meine Großeltern erleiden mussten und eure Großeltern und Eltern erleiden mussten. Heimat verliert man auch dadurch, dass man zur Minderheit im eigenen Land wird. Und auf diesem schlechten Weg sind wir gerade unterwegs. Aber diesen Weg werden wir für Thüringen und Sachsen morgen beenden.“⁴⁸³

Mit diesem Vergleich zeigt Höcke auf, dass die ethnische Homogenität nach seinem Dafürhalten derart wichtig ist, dass sie sogar das Unrechtsregime der DDR jedenfalls relativiert. In letzter Konsequenz scheint Höcke sogar die weitgehend ethnisch homogene frühere DDR wegen der vermeintlich damit einhergehenden Vorzüge der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Ordnung in Deutschland vorzuziehen.

Auch Lars Kuppi (MdL SN) sprach in einem Facebook-Beitrag vom 29. Juni 2024 davon, die „deutschen Ureinwohner“ drohten künftig zu einer „Minderheit“ zu werden:

⁴⁸² Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

⁴⁸³ Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Neubürger‘ entscheiden die nächste Wahl Werden wir Deutschen zur Minderheit? Die nächste Bundestagswahl wird wahrscheinlich von ‚Neubürgern‘ entschieden. Durch die neuen Turbo-Einbürgerungen könnten 600.000 Migranten bis dahin einen deutschen Pass erhalten. Laut Experten könne diese Gruppe von Ausländern die Wahl entscheiden, berichtet BILD. Die Zukunft sieht sogar noch düsterer aus, wenn das Verschenken deutscher Pässe nicht sofort gestoppt wird. So haben ausländische Frauen in Deutschland eine erheblich höhere Geburtenquote als deutsche Frauen. In vielen westdeutschen Großstädten sind die deutschen Ureinwohner bereits heute in der Minderheit.“⁴⁸⁴

Dem Beitrag war zudem eine Grafik angehängt, die vier Personen mit traditionell arabischer bzw. islamischer Kleidung zeigt.⁴⁸⁵ Mit dem Posting bringt Kuppi zum Ausdruck, dass er nicht nur verfassungsschutzrechtlich irrelevant das einfachgesetzliche Einbürgerungsrecht kritisiert, sondern auch die so eingebürgerten Personen nach Erhalt der Staatsbürgerschaft weiterhin als Ausländer betrachtet.

Der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete (mittlerweile zudem Co-Vorsitzender des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg) Emil Sänze schrieb auf Facebook:

„Jedes normale Land kommt mit seiner Geschichte zurecht, bewältigt diese zur Not, aber die Eliten unseres Landes leben davon, dass es kein Verzeihen für ein historisches Ausnahme-versagen geben soll [...] Weil keine Hinwendung zu einer Zukunft unserer Nation geben soll, wir die ‚Bewältigung‘ ewig und die VERZEIHUNG verweigert. Sie brauchen schließlich, wo sie die Einheimischen nicht zufriedenstellen können und wollen, ein anderes Klientel, ein anderes Staatsvolk, das sie dann ‚deutsch‘ nennen. Dieses Klientel imaginieren sie dankbar und nach ihrem Bilde formbar. Bis sie – heute schon – merken, dass dieses von den Eliten großzügig adoptierte Volk (während man das eigene, historisch gewachsene Staatsvolk tagtäglich rituell VERSTÖSST, um seinen politischen Wünschen nicht folgen zu müssen) dann doch mit aller Berechtigung seine Identität bewahrt hat [...] Wenn das Grundgesetz sagt, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus – dann kann die Staatsgewalt von Ideologen zu ihren Zwecken nur dann autark gehandhabt werden, wenn dieses Staatsvolk zu einem

⁴⁸⁴ Kuppi, Lars: Facebook-Eintrag vom 29.06.2024, abgerufen am 29.07.2024.

⁴⁸⁵ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Zustand gebracht wurde, in dem es infolge völliger ethnischer Inhomogenität keine Identität finden, kein politisches Bewußtsein konsolidieren und keinen politischen Willen mehr äußern kann. [...] Dies geschieht de facto durch einen Austausch der Bevölkerung über Zuwanderung und Geburtenraten, so dass eine Politik, die kein Deutschland will, am Ende etwas anderes erhält, das sie vielleicht will und das sie dann Deutschland nennt“.⁴⁸⁶

Sänze differenziert hier ausdrücklich zwischen „Einheimischen“ und einem „anderen“ deutschen Volk. „*Ethnische Inhomogenität*“ führt seiner Ansicht nach zum Verlust der Identität. Er vermutet hier sogar einen gezielt von der Politik gesteuerten Verdrängungsprozess der „Einheimischen“ durch Deutsche mit Migrationsgeschichte und spricht gar von einem Austausch der Bevölkerung. Darin kommt seine Vorstellung zum Ausdruck, wonach die Ethnie die Zugehörigkeit zum Volk bestimmt; nicht „*einheimische*“ Deutsche können danach niemals Teil des deutschen Volkes sein, sondern nur deutsch „*genannt*“ werden.

Gunnar Beck (NW), zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Europäischen Parlaments, teilte im August 2022 auf Twitter (heute: X) einen Cartoon, in dem Unterschiede zwischen verschiedenen Hunderassen hinsichtlich deren Aussehen und Intelligenz thematisiert wurden. In seinem dazugehörigen Tweet schreibt er:

„Die Biologie und Medizin lehren uns, Lebewesen unterscheiden sich weitestgehend aufgrund ihrer genetischen Ausstattung. Nur bei der menschlichen Intelligenz macht die linke ‚Wissenschaft‘ eine Ausnahme. Sonderbar, nicht?“⁴⁸⁷

Aus dem Posten des Cartoons in Verbindung mit Becks Aussage lässt sich schließen, er sei der Ansicht, es bestünden unüberwindbare genetisch bedingte intellektuelle Unterschiede zwischen Menschen. Es scheint vor dem Hintergrund der sonst durch Beck getätigten und teils bereits zitierten Äußerungen eher abwegig, dass der Europaabgeordnete und AfD-Landesfunktionär hier nicht auf die Herkunft von Menschen abstellt. Die durch die Verwendung des Cartoons naheliegende vergleichende Darstellung von Menschen kann so verstanden werden, als meine Beck, es gebe unterschiedliche Menschenrassen, die überdies unterschiedlich intelligent seien. Hier tritt ein ethnisch-biologisches Menschenbild zum Vorschein. Letztlich wird dem ein-

⁴⁸⁶ Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 10.10.2021, abgerufen am 30.11.2021.

⁴⁸⁷ Beck, Gunnar: Tweet vom 24.08.2022, abgerufen am 26.08.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

zelen Menschen mit Becks Argumentation die Möglichkeit zur individuellen Entwicklung und zu spezifischen Eigenschaften abgesprochen; der Einzelne wird anhand unabänderlicher Merkmale einer Vergleichsgruppe untergeordnet, was mit dem Prinzip der Menschenwürde unvereinbar ist.

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023 äußerte der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Europawahlkandidat Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) in seiner Rede:

„Ich muss ja auch darüber lachen, wenn ich diesen ganzen Schwachsinn lese, schwule Kängurus, transsexuelle Vögel etc. Das mag alles ganz lustig klingen, aber wir dürfen das alles nicht auf die leichte Schulter nehmen, denn diese ganze links-woke Identitätspolitik, die richtet sich gegen alles, was uns als Zivilisation definiert. Sie richtet sich gegen die Familie, gegen unser Geschlecht, gegen unsere ethnokulturelle Identität, gegen unseren Glauben, gegen unser Volk, gegen das wahre, gegen unser Europa. Man will uns unserer Wurzeln berauben und uns zu bloßen Konsumenten, zu nützlichen Idioten, zu leicht steuerbaren Einheitsmenschen formen. [...] Und wenn man uns dann vorwirft, dass wir ein anderes Deutschland wollen, dann sage ich: ja, exakt so ist es. Wir wollen ein anderes Deutschland. Wir wollen ein ganz anderes Deutschland. Wir wollen ein Deutschland, in dem wir stolz unsere schwarz-rot-goldene Flagge schwenken dürfen statt die des Regenbogens. [...] Ein Deutschland, in dem wir das Eigene lieben, statt es dem Fremden zu opfern.“⁴⁸⁸

(5) Besondere Diskriminierung nicht-weißer Personen

Das ethnische Volksverständnis zeigt sich bei Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD teilweise auch darin, dass in besonderem Maße Anstoß an der Präsenz nicht-weißer Personen in medialen Inhalten wie Werbeanzeigen genommen wird.

Der damalige nordrhein-westfälische -AfD-Europaabgeordnete Gunnar Beck beispielsweise nahm die Abbildung eines nicht-weißen Models auf einem internationalen Magazin zum Anlass, Europäer als vom Aussterben bedrohte Spezies („*endangered species*“) darzustellen. Zugleich insinuierte er, eben diese Entwicklung sei politisch gewollt und werde durch gezielte „*Propaganda*“ forciert:

⁴⁸⁸ Froelich, Tomasz: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung, veröffentlicht im Livestream „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 30.07.2023“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Wenn man die Titelseiten von #Mode- und #Decomagazinen, #Kleiderwerbung u. Regierungsbroschüren liest, könnte man meinen, autochtone #Europäer seien ‚endangered species‘ wie Primaten. Doch das wird erst in 25 Jahren so sein, wenn die #Propaganda Früchte trägt.“⁴⁸⁹

Auch die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann nahm Anstoß an der nicht-weißen Hautfarbe von Models auf einem Werbekatalog:

„### SIND WIR IN AFRIKA!?!### Blättern im neuen Tchibo Katalog ‚Sunday style‘ führt unvermeidbar zu der Frage, ob denn in Deutschland alle SCHWARZ sind!? Während in Nigeria Models mit heller Haut nicht mehr auf Werbeplakaten zu sehen sind, sogar ein ‚Verbot für die Verwendung ausländischer Models und Sprecher für jegliche Werbung‘!! besteht, lassen wir DEUTSCHE uns STOLZ und EHRE rauben, ohne uns zu wehren.... WOHIN FÜHRT DIESER WEG, DER NICHT DER UNSERE SEIN KANN?“⁴⁹⁰

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) kritisierte in einem Facebook-Beitrag vom 16. Oktober 2021 eine C&A-Werbung mit weißen Models bei Damen- und Mädchenbekleidung und nicht-weißen Models bei Herren- und Jungenbekleidung:

„So eine Werbung hier, kommt mir komisch vor. Aber schon alleine, dass ich das komisch oder sogar merkwürdig finde, wird man mir als nazihaftraxxistisch auslegen wollen. Ich frage mich: Soll ich und auch andere an irgendetwas gewöhnt werden oder will man irgendwen provozieren [...]“⁴⁹¹

Renner impliziert hier, dass weiße und nicht-weiße Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe unterschiedlichen Gruppen zuzuordnen seien und – nur so kann sein Einwand, seine Position würde als „nazihaftrassistisch“ verstanden werden, gemeint sein – sich nicht verbinden sollten.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber bezeichnete die aus seiner Sicht deutlich zu große Präsenz nicht-weißer Personen in der Werbung sogar als „brachiale Kulturzersetzung des Neokolonialismus gepaart mit

⁴⁸⁹ Beck, Gunnar: Tweet vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.

⁴⁹⁰ Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 15.02.2023.

⁴⁹¹ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.10.2021, abgerufen am 18.10.2021.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Ersetzungsnarrativen und ewiger Wiedergutmachungspraxis [...] im bunt-woke Irrenhaus“.

Weiter führte er aus:

„Vollkommene Gleichschaltung und Agenda Setting auf allen Ebenen und die globalistischen Medienkartelle und NGO-Verbrecher lachen sich mal wieder schlapp über dieses Land, das ich an manchen Tagen nur noch als gebrochenes Experiment der Siegermächte bezeichnen mag.“⁴⁹²

Kai Uwe Dettmar, Landesschatzmeister der AfD Rheinland-Pfalz, verglich auf Facebook die Migration von Menschen aus Afrika nach Europa mit dem Eindringen fremder Tierpopulationen und suggerierte eine „Ausrottung“ der eingesessenen europäischen Bevölkerung:

„Die EU hat die Ausbreitung von Waschbären verboten. Begründung: Das invasive Vordringen eines Spezies von einem anderen Kontinent könnte und würde die heimische Tierpopulation beeinflussen und sogar ausrotten. Jetzt einmal scharf nachdenken.“⁴⁹³

Vergleichbar äußerte sich auch Gunnar Lindemann (MdA und Landesvorstandsmitglied BR) in einem Telegram-Beitrag vom 26. September 2024:

„Seit Jahren geht die EU massiv gegen die Ausbreitung von Waschbären vor, da sie diese als ‚invasive Art‘ identifiziert hat. Das bedeutet, dass die Ausbreitung der Waschbären eine Bedrohung für das heimische Ökosystem darstellen soll. Wenn wir diese Erkenntnisse auf die europäischen Gesellschaften übertragen, müssen wir leider feststellen, dass die EU hier weitaus weniger Sorgfalt walten lässt. Ob das nun Absicht oder einfach nur Dummheit ist, überlassen wir Ihrer Phantasie. Es bleibt jedoch die Erkenntnis, dass die unkontrollierte Ausbreitung kulturfremder Spezies immer eine Gefahr für die jeweils heimischen Ökosysteme darstellt. Und das gilt eben nicht nur im Tier- und Pflanzenreich.“⁴⁹⁴

Umschreibungen einer vermeintlich stattfindenden „Invasion“ durch Migranten als existentielle Gefahr für die „einheimische“ Bevölkerung weisen auf einen ethnisch-

⁴⁹² Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

⁴⁹³ Dettmar, Kai Uwe: Facebook-Eintrag vom 20.08.2021, abgerufen am 02.09.2021.

⁴⁹⁴ Lindemann, Gunnar: Telegram-Beitrag vom 26.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

kulturell geprägten Volksbegriff hin. Darüber hinaus offenbart sich hier eine biologisch-rassistische Unterteilung von Menschen unterschiedlicher Abstammung in verschiedene „Spezies“. Im Zusammenhang mit der geschaffenen Assoziation von nicht „heimischen“ Menschen mit Tieren und der Bezeichnung dieser als „invasive Spezies“ findet eine zusätzliche gruppenbezogene Abwertung statt.

Andreas Harlaß, Mitglied und Pressesprecher des Landesvorstands der AfD Sachsen, spottete über nicht-weiße Menschen in der Werbung:

„TV-Werbung 2021: Haben wir unsere Kolonien wieder?“⁴⁹⁵

Die dargelegten Äußerungen belegen die innerhalb der AfD vielfach festzustellende Anschauung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten niemals vollwertiger Teil des als Abstammungsgemeinschaft verstandenen deutschen Volkes werden. Sie zeichnen das Bild eines planvollen, manipulativen Wirkens politischer Akteure, welches letztlich auf eine demografische Transformation zum existenziellen Nachteil der autochthonen Deutschen hinauslaufe, und verbreiten damit völkische Narrative. Sie transportieren zudem die Anschauung, nicht-weiße Personen könnten keine vollwertigen Angehörigen des deutschen Volkes sein.

Das hier propagierte Volksverständnis steht in Widerspruch zum Staatsvolksbegriff des Grundgesetzes und impliziert die menschenwürdevidrige Überhöhung eines konstruierten ethnisch-kulturellen Kollektivs und die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte. Es verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde.

(6) Forderung der vollständigen Assimilierung

Auch die Forderungen nach einer vollständigen Assimilierung von Migrantinnen und Migranten an die autochthone deutsche Bevölkerung stellen Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.⁴⁹⁶

In diesem Sinne schrieb Michael Adam, Bundesvorstandsmitglied der Christen in der AfD, im Januar 2023 in seinem Text „Der kulturfremde Deutsche – Ein Rechtsproblem“ über die Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrtausend:

⁴⁹⁵ Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 27.11.2021.

⁴⁹⁶ Vgl. VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Stetig wurden Menschen aus anderen Kulturen in den deutschen Kulturkreis aufgenommen und die Aufgenommenen assimilierten sich meist schnell im deutschen ‚Volkskörper‘.“⁴⁹⁷

Mit Blick auf die heutige Situation konstatiert Adam, dass eine *„Zurückweisung oder auch nur Zurechtweisung [...] durch die Mehrheitsgesellschaft“* aus *„ideologischen Gründen unerwünscht oder im Einzelfall sogar unter Strafe gestellt“* sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf *„den soziologischen Begriff der ‚gruppenbezogenen Menschenverachtung‘“*. Dieser werde *„gerne von Links genutzt [...], wenn ein gruppenbezogenes Werturteil unzweifelhaft begründet ist, aber nicht ins Bild passt“*.

Adam geht somit grundsätzlich von der Existenz eines weitgehend homogenen *„Volkskörper[s]“* aus und benennt die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen Kulturen sich diesem durch Assimilation anschließen können. Er problematisiert jedoch das im heutigen Zeitalter gegenwärtige Bewusstsein um das Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und den daraus resultierenden Verzicht auf *„Zurückweisung oder auch nur Zurechtweisung“* durch das als Kollektiv verstandene Volk. Im Ergebnis führe dies zu einer *„Spaltung der Gesellschaft“*, welche Adam wie folgt beschreibt:

„Folge all dessen ist, das Kulturangehörige, die die Mehrheitsgesellschaft bilden, sich gegenüber kulturfremden oder kulturfremd bleibend wollenden Staatsbürgern selbst als Fremde empfinden. [...] Diese Situation gibt den Nährboden für Spannungen, wie sie sonst nur von Apartheidsystemen hervorgerufen werden.“⁴⁹⁸

Als Lösungsansätze nennt Adam Folgendes:

„Der Staat wird nicht umhinkommen, Integrationsverweigerung unter Strafe zu stellen. Bei genauem Hinsehen ist diese Strafandrohung allein schon deshalb erforderlich, damit wir nicht in den Zwang geraten, in Zukunft doch über Ausbürgerungen nachdenken zu müssen.“⁴⁹⁹

Daniel Halemba (MdL BY) antwortete im November 2023 folgendermaßen auf kritische Kommentaren zu einem von ihm abgesetzten Tweet:

⁴⁹⁷ Adam, Michael: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 03.02.2023.

⁴⁹⁸ Ebd.

⁴⁹⁹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Der Zuzug kulturgleicher Hugenotten ist nicht mit der modernen Ersetzungsmigration durch Afrikaner & Araber zu vergleichen [...] Wollen Sie mir etwa erzählen, dass Hugenotten nicht einfacher zu assimilieren sind als Araber und Afrikaner? Das ist doch absurd! Weil Göthe und Friedrich arabische Kultur toll fanden glauben Sie die Herren würden die heutige Ersetzungsmigration befürworten? [...] Migration aus Nahost / Afrika ist ein Nettoverlust für uns. Das weiss jeder.“⁵⁰⁰

Auch die Junge Alternative Sachsen stellt die Forderung nach einer Assimilierung von Zugewanderten auf. Sie schrieb als Reaktion auf einen Tweet der JUNGEN FREIHEIT, der auf einen Artikel mit dem Titel „Zahl der eingebürgerten Syrer steigt rasant“ in selbiger verweist:

„Erst illegale Einreise, dann Duldung, Wohnung und Sozialhilfe und jetzt auch noch den deutschen Pass. Schon ist man angeblich ein ‚Deutscher‘. Was die Regierung hier treibt, ist ein stiller Putsch gegen das eigene Volk! Das eigentliche Volk wird durch erhebliche Erweiterung und Ersetzung still und heimlich seiner Macht und Selbstbestimmung beraubt. Nicht mit uns! Die deutsche Staatsbürgerschaft darf kein Ramschartikel sein, den jeder dahergelaufene Möchtegern bekommt. Einbürgerungen gehören auf ein absolutes Minimum beschränkt und dürfen wenn überhaupt nur am Ende eines langen Integrations- und Assimilierungsprozesses stehen. Alles andere ist ein direkter Angriff auf die Rechte der Deutschen.

#Einbürgerungenstoppen #FestungEuropa #Masseneinwanderungstoppen #Remigration #nurnochAfD #JetztAfD #UnserVolkZuerst #NieWiederAltparteien #GrünerMist“⁵⁰¹

Jan Petersen-Brendel, Vorsitzender des AfD-Regionalverbands Flensburg-Schleswig (SH), verkürzte eine vergleichbare Forderung in einem Facebook-Eintrag vom November 2022 auf folgende Aussage:

„Deutsche Staatsbürgerschaft erst nach 20 Jahren, vollständig assimiliert und der deutschen Sprache in Wort und Schrift vollständig mächtig – sonst raus!“⁵⁰²

⁵⁰⁰ Halemba, Daniel: Tweet vom 01.11.2023, abgerufen am 03.11.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

⁵⁰¹ Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 29.05.2023, abgerufen am 30.05.2023.

⁵⁰² Petersen-Brendel, Jan: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, abgerufen am 24.02.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Durch die kumulative Aufzählung verdeutlicht Petersen-Brendel, dass eine gelungene Integration für ihn nicht ausreicht, um als MigrantIn beziehungsweise Migrant die deutsche Staatsbürgerschaft zu verdienen, sondern in seinen Augen vielmehr eine vollständige Assimilierung erforderlich ist.

Der Co-Vorsitzende der Gruppierung Christen in der AfD Joachim Kuhs (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BW) äußerte sich im Juni 2022 angesichts der aus seiner Sicht „unbegrenzte[n] Zuwanderung“, welche letztlich zu einer „Afrikanisierung“ führen könne, zur Gefahr einer mangelnden Integration und Assimilierung von MigrantIn:

„Und vor allem eben auch [...], dass diese Menschen [...] sich nicht integrieren und sich nicht assimilieren bei uns in unserer Gesellschaft. Das ist halt eben absolut notwendig.“⁵⁰³

Kuhs fordert hier ebenso wie Adam und Petersen-Brendel mehr als die Integration in die deutsche Gesellschaft. Unbedingt erforderlich für ein harmonisches Zusammenleben mit Zugewanderten sei vielmehr ihre Assimilierung.

Der hessische AfD-Landesverband teilte am 22. April 2023 auf seiner offiziellen Facebook-Seite einen Videobeitrag von Jan Nolte (MdB, HE) vom 19. April 2023:

„Und ich glaube viele wissen gar nicht, dass man sich schon in ganz gefährliche Fahrwasser begibt, wenn man überhaupt sagt, dass es ein deutsches Volk gibt. Also wenn man nicht sagt, dass es besser als andere Völker, sondern wenn man nur sagt, das gibt es. Oder wenn man sagt, es gibt natürlich - also wer die deutsche Staatsbürgerschaft hat, natürlich, der gehört zum deutschen Staatsvolk. Aber es gibt gleichzeitig noch ein historisch gewachsenes Volk, das seine Tradition hat, wo man sich natürlich auch einfügen kann, über die Zeit, gar keine Frage. Und assimilieren kann, Teil davon werden kann, aber das ist noch mal was anderes.“⁵⁰⁴

Eine ähnliche Ansicht vertrat auch Alexander Claus, Beisitzer im Landesvorstand der JA Thüringen und AfD-Kandidat zur Landtagswahl in Thüringen, in einem Tweet vom 7. Februar 2024:

⁵⁰³ Kuhs, Joachim: Interview mit AUF1.TV vom 03.06.2022; veröffentlicht in: <https://AUF1.tv>, abgerufen am 08.06.2022.

⁵⁰⁴ Nolte, Jan: Videostatement vom 19.04.2023; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 22.04.2023, Kanal: „AfD Hessen“, abgerufen am 25.04.2023

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Zum der JA pauschal unterstellten ‚völkisch-abstammungsmäßigen #Volksbegriff‘: Ich finde sehr wohl, dass Menschen fremder Abstammung im deutschen Volk aufgehen können (Assimilation/Akkulturation). Ich toleriere aber auch restriktivere Auffassungen. Das nennt man Meinungsfreiheit!“⁵⁰⁵

Der niedersächsische AfD-Landesverband veröffentlichte am 28. November 2022 auf Facebook einen Beitrag mit der Überschrift *„Die deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Ramschartikel!“* In dem Beitrag wurde der niedersächsische AfD-Landtagsabgeordnete Stephan Bothe zitiert:

„In Zeiten immer stärkerer illegaler Massenzuwanderung mit entsprechendem Anwachsen der Parallelgesellschaften in den Städten weisen die Pläne der Bundesinnenministerin in die völlig falsche Richtung. Legalisiert wird hier die inflationäre Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft. [...] Vielmehr gilt es, der illegalen Migration durch gezielte Rückführungen entschlossen entgegenzuwirken. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf erst am Ende eines langen Assimilationsprozesses stehen und nicht als Ramschartikel jedem Ausländer hinterhergeworfen werden.“⁵⁰⁶

Diese Forderung nach der vollständigen Angleichung von Migranten an die autochthone deutsche Bevölkerung verlangt die gänzliche Abkehr jedweder anderen kulturellen Prägung oder Identität und stellt einen Anhaltspunkt für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.⁵⁰⁷ Sie ist daher nicht mit dem Prinzip der Menschenwürde zu vereinbaren. Dies ist umso mehr der Fall, wenn die Assimilierung, wie etwa durch Adam und Petersen-Brendel formuliert, nötigenfalls durch die Androhung von Strafen und Ausbürgerungen erzwungen werden soll.

(7) Zwischenfazit

Die Auswertung einer Vielzahl von Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und Funktionären auf Bundes- und Landesebene belegt die beharrliche Verteidigung und die fortgesetzte Vertretung des ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs ungeachtet der Einstufung der AfD zum Verdachtsfall und in Kenntnis der verwaltungsgerichtlichen Beanstandungen. Bei den ausgewerteten Äußerungen handelt es sich nicht

⁵⁰⁵ Claus, Alexander: Tweet vom 07.02.2024, abgerufen am 08.04.2024.

⁵⁰⁶ AfD Niedersachsen: Facebook-Eintrag vom 28.11.2022, abgerufen am 20.07.2023.

⁵⁰⁷ VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

um Einzelfälle oder in der Menge und Bedeutung zu vernachlässigende Entgleisungen. Ihnen stehen auch keine programmatischen Schriften und keine Zurückweisungen der Partei entgegen.

Eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit den gerichtlich bestätigten Anhaltspunkten für extremistische Bestrebungen findet innerhalb der AfD nicht statt und wird teilweise sogar ausdrücklich abgelehnt, etwa indem die gerichtlichen Ausführungen ohne nähere Begründung als „*Fehlinterpretation*“ bezeichnet werden. Der durch die AfD während des laufenden erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebenen „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ kommt keine entlastende Wirkung zu; sie ist an sich zweideutig, und es liegen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Abgabe aus taktischer Motivation heraus erfolgte.⁵⁰⁸

Die Äußerungen belegen vielmehr, dass weiterhin ein Volksverständnis vertreten wird, dem die Annahme zu Grunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „*ethnischen*“ Deutschen. Eine solche Ausrichtung an ethnischen Kriterien impliziert, Menschen mit Migrationsgeschichte seien qua Geburt und ihrer Natur nach von der vollwertigen Zugehörigkeit zum deutschen Volk ausgeschlossen.

Zwar kommt es für die Frage, ob bestimmte Äußerungen tatsächliche Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bieten, nicht darauf an, ob diese bereits zuvor von Verfassungsschutzbehörden oder Gerichten als solche Anhaltspunkte angeführt worden sind. Die beharrlich fortgesetzte Verbreitung und Rechtfertigung der dargestellten Positionen ohne jeden glaubwürdigen Anhaltspunkt für ein Überdenken und Abrücken belegen jedoch, dass die Vertretung des ethnischen Volksverständnisses nicht etwa auf Miss- oder Fehlverständnissen beruht, sondern dezidiert und bewusst so erfolgt.

⁵⁰⁸ OVG, NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 378, 653, 754, 938, vgl. hierzu bereits auch die Ausführungen im Kapitel A. Einführung, S. 19 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

bb. Ethnopluralismus als Teil eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Das Konzept des Ethnopluralismus stellt ein bedeutsames Ideologem innerhalb der völkisch-nationalistischen Einstellungsmuster der Neuen Rechten dar. Diese Begrifflichkeit dient dazu, statt von verschiedenen „Rassen“ von Völkervielfalt zu sprechen und so den zugrundeliegenden Rassismus zu verschleiern. Folge dieses Konzepts ist ein biologischer Rassismus sowie eine ablehnende Haltung gegenüber jeglicher Form von Zuwanderung.⁵⁰⁹ Kennzeichnend ist die Zuschreibung distinktiver kollektiver Identitäten, wodurch die Identität des Individuums wie auch seine spezifischen Eigenschaften und Merkmale völlig vernachlässigt werden. Eine Integration in fremde Gesellschaften zerstört dem ethnopluralistischen Weltbild zufolge die in sich geschlossenen und in ihrer Verschiedenheit zu erhaltenden Kulturen und wird daher prinzipiell abgelehnt. Im Folgenden ist zu prüfen, wie sich die bei der VerdachtsfallEinstufung festgestellten Anhaltspunkte für ethnopluralistische Positionen innerhalb der AfD entwickelt haben.

(1) Kollektive Identitäten aufgrund der gleichen Kultur

Durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD wird die Migrationspolitik regelmäßig als planvoll eingesetztes Vehikel zur Schwächung und Schädigung Deutschlands dargestellt. In diesem Zusammenhang treten auch weiterhin ethnopluralistische Argumentationsmuster zutage. Insbesondere wird die gleiche „Kultur“ als zentrales Element einer kollektiven Identität verstanden, die es vor fremden Einflüssen zu schützen gelte.

Zahlreiche Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD beschwören in ihren Verlautbarungen eine Bedrohung der ethnischen und kulturellen „Identität“ des deutschen Volkes. Dabei ist zu differenzieren, was genau mit „Identität“ gemeint ist.

In einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 führte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag beispielsweise aus:

*„Staatsbürgerschaft braucht Identifikation, Deutschland braucht Deutsche!
Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, stellt unseren Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vor.*

⁵⁰⁹ BVerfG, UrT. des Zweiten Senats v. 23.01.2024, 2 BvB 1/19, juris, Rn.351.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Wir fordern eine Rückkehr zum vor dem Jahr 1991 geltenden Rechtszustand. Einbürgerungen müssen im Grundsatz wieder als rechtlich gebundene Ermessensentscheidung im Einzelfall erfolgen. Dabei müsse die Ermessensausübung der einbürgernden Behörde davon geleitet sein, nur solche Einbürgerungen vorzunehmen, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen Neubürgers im politischen Sinne gestärkt wird. Die Gesetzgebung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts seit 1990 hat ein erhebliches Maß zumindest potenzieller Loyalitätskonflikte in die Bundesrepublik Deutschland als politisches Gemeinwesen hereingetragen und deren inneren Zusammenhalt im Ganzen geschwächt.⁵¹⁰

Sofern die „Identität“ hier eine Identifizierung mit den Grundwerten der verfassungsmäßigen Ordnung meint, läge hierin kein Anhaltspunkt für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. So könnte die Aussage verstanden werden, dass sie darauf abzielt, nur solche Personen einzubürgern, die „loyale Neubürger im politischen Sinne“ sind. Dies kann als Forderung verstanden werden, dass Personen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, sich auch zu den Werten des Grundgesetzes bekennen. Verfassungsfeindlich wäre die Aussage aber dann, wenn sie die Botschaft enthielte, die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft, die nicht nur in ganz eng definierten Einzelfällen erfolgt, sei an sich zersetzend. So kann die Aussage auch verstanden werden, insbesondere im Zusammenhang mit einem Beitrag des Bundesverbands der AfD, den dieser am 3. Oktober 2023 auf Facebook veröffentlichte. In diesem Post anlässlich des Tags der Deutschen Einheit wurden die „postnationalen, identitätslosen Zerfallsgesellschaften des Westens“ angeprangert.⁵¹¹ In dieser Wertung ist die Annahme enthalten, eine ganz erhebliche Zahl neu Eingebürgerter sei nicht willens oder nicht in der Lage, sich mit den oben genannten Werten zu identifizieren. Hier kommt dann doch die Botschaft zum Ausdruck, autochthone Deutsche könnten sich per se immer miteinander identifizieren oder „politisch loyal“ sein und Deutsche mit Migrationsgeschichte könnten dies eben nur in Ausnahmefällen. Entsprechendes ist auch dem o. g. Beitrag zu ent-

⁵¹⁰ AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 19.10.2023.

⁵¹¹ AfD: Facebook-Eintrag vom 03.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

nehmen, indem die AfD damit die Behauptung aufstellt, Zuwanderung würde den inneren Zusammenhalt des Gemeinwesens schwächen. Diese Abwertung bringt das Verständnis von Deutschen „erster und zweiter Klasse“ zum Ausdruck.

Der damalige Landtagskandidat Jean-Pascal Hohm (heute MdL BB) gab im März 2024 dem Heimatkurier ein Interview. Auf die Frage nach seinem Profil und seinen Erwartungen erklärte Hohm:

„Die AfD hat in meinen Augen die historische Aufgabe, Deutschland als Heimat der Deutschen zu bewahren. Wer will, dass Deutschland als Land der Deutschen eine Zukunft hat, muss AfD wählen. Mit dieser Botschaft werde ich in den Wahlkampf gehen und ich bin optimistisch, dass der Selbstbehauptungswille – besonders in unserer Region – noch groß genug ist.“⁵¹²

Die Äußerung zielt erkennbar darauf ab, dass Deutschland nicht etwa das Land der deutschen Staatsangehörigen, sondern der ethnisch Deutschen bleiben soll und knüpft explizit an Zielsetzungen der AfD hierzu an.

Im Juli 2023 gab die Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete Alice Weidel (BW) COMPACT TV ein Interview. Darin äußerte sie, angesprochen auf die Unruhen in Frankreich, dass vergleichbare Probleme angesichts der Migration aus „dem kulturfremden Kontext“ auch in Deutschland möglich seien:

„Natürlich ist das bei uns möglich, weil dadurch die Parallelgesellschaften gefördert wurden, wenn sie einfach zu... einen zu großen Influx haben von Menschen aus einem kulturfremden Kontext, aus gewaltbereiten Kulturen, so Messerkriminalität zum Beispiel. Es ist uns in unserer Kultur völlig unbekannt. Das gab es nicht. Das Phänomen gibt es bei uns nicht. Das gibt es in den Kulturkreisen in Afrika und im Nahen Osten, um es mal ganz klar zu sagen. Und wenn sie diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften in ihr Land lassen, die auf eine freiheitlich... Ich sag jetzt mal eine gleichberechtigte – Frauen und Männer sind gleichberechtigt – auf eine Gesellschaft stoßen, die diese Werte teilt. Ja, dann kommt es zu einem Clash, Clash of Cultures.“⁵¹³

⁵¹² Heimatkurier: „Wir haben die Aufgabe, Deutschland als Heimat der Deutschen zu bewahren“ vom 25.03.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 26.03.2024.

⁵¹³ Weidel, Alice im Interview „Alice Weidel: Das große Interview zum AfD-Sommer!“ vom 09.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 10.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel äußert sich hier pauschal abwertend über Migrantinnen und Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten, denen sie in ihrer Gesamtheit („*diese Leute aus gewaltbereiten Gesellschaften*“) negative Eigenschaften und einen schädlichen Einfluss zuschreibt. Zudem unterstellt auch Weidel, dass bestimmte Gewalttaten wie etwa „*Messerkriminalität*“ in „*gewaltbereiten Kulturen*“ enthalten, in der deutschen Kultur hingegen „*völlig unbekannt*“ seien. Sie wertet damit Migrantinnen und Migranten aus den genannten Herkunftsregionen massiv ab. Indem sie darüber hinaus den „*Clash of Cultures*“ als automatische Folge der Einwanderung aus den genannten Herkunftsregionen nennt, spricht sie diesen Migrantinnen und Migranten die Integrationsfähigkeit – mindestens aber die Integrationswilligkeit – pauschal ab.

Deutlich ethnopluralistisch äußerte sich der thüringische Fraktionsvorsitzende und Landessprecher Björn Höcke. Im Mai 2022 erschien im rechtsextremistischen Magazin ZUERST! etwa ein Interview mit ihm. Darin beschrieb Höcke die „*Massenmigration und Multikulturalisierung*“ als strategisches Instrument der USA, um nach der Wiedervereinigung das „*neu entflammte Gemeinschaftsgefühl der Deutschen abzuwürgen*“ und Deutschland kleinzuhalten.⁵¹⁴

Zwar spricht die in dieser Aussage enthaltene Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft an sich noch nicht für eine verfassungsfeindliche Position. So hat das VG München etwa ausgeführt, dass die Abgrenzung zu einer „*Multikultiideologie*“ Schnittmengen mit Konstrukten wie etwa dem Begriff der Leitkultur aufweisen könne. Es hat demgegenüber jedoch betont, dass es mit der Achtung der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) und damit einem wesentlichen Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung jedenfalls nicht vereinbar wäre, wenn das „*Konzept des Ethnopluralismus*“ und die damit verbundene Fokussierung darauf, der Volksbegriff sei ethnisch zu bestimmen, als Begründung für eine Ausgrenzung und Rechtslosstellung von Ausländern oder „*nicht ethnisch Deutschen*“ herangezogen würde.⁵¹⁵

⁵¹⁴ „Offensive statt Rechtfertigung“, in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff.

⁵¹⁵ VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 67.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

In dieser ausgrenzenden Art und Weise ist die Äußerung Höckes jedoch zu sehen. Dies ergibt sich aus dem Kontext seiner sonstigen Aussagen, in denen Höcke Einwanderung als primären gesellschaftlichen Krisenherd darstellt.⁵¹⁶

In besonders drastischer Weise brachte Björn Höcke sein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis etwa in einem Redebeitrag bei einer Veranstaltung am 23. November 2022 in Elsterwerda (BB) zum Ausdruck, als er angesichts der Migration vor einer „*kulturellen Kernschmelze*“ sowie einem „*historischen Kultur- und Zivilisationsbruch*“ warnte und als vermeintlichen Lösungsansatz die „*Abschottung*“ in Gestalt einer Festung Europa postulierte:

„Die Festung Europa ist ein Bild für eine strategische Zielsetzung. Für eine strategische Zielsetzung, die deutlich darauf hinweisen will, dass die Massenzuwanderung nach Europa Europa als das ausschalten wird, was es über Jahrtausende geworden ist. Wenn wir diese millionenfache Zuwanderung aus dem arabischen und afrikanischen Raum nach Europa nicht zum Stillstand bringen, dann wird Europa seine kulturelle Kernschmelze erleben. Dann werden wir einen historischen Kultur- und Zivilisationsbruch in Europa erleben. Und deswegen brauchen wir die Festung Europa. Deswegen brauchen wir zumindest eine temporäre Abschottung [...]. [...] Es kommt nicht nur auf die Quantität der Menschen an, es kommt auch auf die Qualität der Menschen an. [...] Wenn wir überleben wollen als europäische Zivilisation, dann müssen wir uns gegen die Masseneinwanderung abschotten.“⁵¹⁷

Unbedenklich wäre die Aussage soweit sie davon ausgehen sollte, dass Menschen auch „Kulturträger“ und „Träger von Tradition“ sind. Die Aussage lässt jedenfalls aber auch die Interpretation zu, wonach Menschen in erster Linie „Kulturträger“ und „Träger von Tradition“ sind. Eine solche Annahme würde Individuen auf ihre vermeintliche Funktion als Träger einer identitär aufgefassten, geschlossenen Kultur und Tradition reduzieren. Individuelle Eigenschaften träten hier völlig in den Hintergrund. Ein sol-

⁵¹⁶ Vgl. beispielhaft: S. 228 ff.: Höcke, Björn: Wahlkampfreden in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer“, abgerufen am 15.08.2024; S. 382: Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024; Höcke, Björn: Redebeitrag vom 02.12.2022 in Zwickau; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

⁵¹⁷ Höcke, Björn: Redebeitrag vom 23.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Wendezeit Hannover“, abgerufen am 25.11.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

ches antipluralistisches Gesellschaftsbild wäre mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Höckes Bemerkung, es komme auf die „Qualität“ der Menschen an, legt die letztgenannte Auslegung nahe. Migranten aus dem arabischen oder afrikanischen Raum weisen aus seiner Sicht weder gegenwärtig noch perspektivisch die erforderlichen „Qualitätsmerkmale“ auf, um als Träger europäischer Kultur in Betracht zu kommen, sondern tragen vielmehr zu deren „Kernschmelze“, sprich völligen Zerstörung bei. Dieses im Kern biologistische Kulturverständnis ist nicht nur aufgrund der ihm innewohnenden Exklusion des vermeintlich Fremden nicht mit der Menschenwürde migrantischer Personen vereinbar, ihm liegt auch die menschenwürdewidrige Unterscheidung zugrunde, wonach es Bevölkerungsgruppen mit einer höher- und einer geringwertigeren Kultureignung gebe.

Diese wiederholt aufgegriffenen negativen Werturteile verdeutlichen, dass Höcke den Erhalt des ethnischen Volkes als organische Einheit weiterhin als höchstes Ziel ansieht.

Begriffliche und inhaltliche Parallelen zu den Aussagen Höckes enthält das Wahlprogramm der hessischen AfD zur Landtagswahl im Oktober 2023, in dem von einer drohenden „soziokulturelle[n] Kernschmelze“ die Rede ist:

„Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus – [...] Der immer weiter ausartende Multikulturalismus bedroht unsere kulturellen Errungenschaften (z. B. Aufklärung, Gleichberechtigung von Mann und Frau, freie Religionsausübung). [...] Die AfD Hessen setzt sich gemeinsam mit der Bevölkerung für den Erhalt der deutschen kulturellen Identität als Leitkultur ein. [...] Deutschland ist unsere Heimat und hat eine eigene, gewachsene Kultur, auf die wir stolz sind. Ihr Vorrang ist von Zuwanderern anzuerkennen. Eine soziokulturelle Kernschmelze mit und durch Parallel- und Gegengesellschaften in unserem Land ist zu verhindern. [...] Es gibt bei Migranten Unterschiede in der Fähigkeit und/oder in der Bereitschaft zur Integration oder gar zur Assimilation je nach Herkunft bzw. kultureller Prägung.“⁵¹⁸

Die Forderung nach einer „Leitkultur“ stellt für sich genommen keinen Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen dar, da der Begriff bereits seinem Wortlaut

⁵¹⁸ AfD Hessen: Wahlprogramm der AfD Hessen zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023, S: 21 ff.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

nach und entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Verwendung nur auf einen allgemeingültigen Wertekonsens abstellt. Jedoch wird hier deutlich, dass eben nicht nur eine solche generelle Orientierung an kulturellen Kernelementen gemeint ist, sondern eine vollständige Assimilation von Zuwandernden bezweckt wird. Gleichzeitig wird in dem Wahlprogramm pauschal bestimmten Bevölkerungsgruppen die Fähigkeit hierzu abgesprochen und eine multikulturelle Gesellschaft gänzlich abgelehnt. Die in Bezug genommene deutsche Kultur soll demnach nicht bloß ein Leitbild, sondern die einzige akzeptierte Kultur sein.

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt äußerte in einem Facebook-Post:

„Auch hierzulande leben Hunderttausende Migranten, die nicht zu unserer Kultur passen und den Sozialstaat massiv belasten. Die deutsche Identität ist durch die Masseneinwanderung massiv bedroht. [...] Wir [...] hoffen, dass auch bei uns mehr Menschen beginnen, die alles zerstörende Migrationspolitik zu hinterfragen.“⁵¹⁹

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) forderte in einem am 27. August 2024 auf Telegram veröffentlichten Text, die Forderung nach Remigration nicht auf muslimische Personen zu reduzieren, sondern auch auf andere „Gesellschaften mit niedrigem Vertrauensniveau“ zu beziehen:

„(Re-)Migration nicht auf Islam reduzieren !!

Man darf nicht den Fehler begehen und die Religion zum einzigen Kriterium für bzw. gegen (Re-)Migration machen. [...] Denn es gibt neben der Religion, auch noch andere und womöglich viel gewichtigere Faktoren, die gegen die Einwanderung auch nichtmuslimischer Menschen sprechen. Einen der wichtigsten, nämlich die unterschiedlichen Vertrauensniveaus, möchte ich kurz erläutern: Lange Zeit beruhte der Aufstieg unserer Zivilisation auf Kooperation, durch die Menschen in die Lage versetzt worden sind, öffentliche Güter bereitzustellen und sozialen Ausgleich zu schaffen. Zwei der Grundbedingungen hierfür sind relative Homogenität und Vertrauen. [...] Es gab permanente Konflikte mit anderen Stämmen, die bis heute andauern. Und selbst innerhalb der Stämme ist das Vertrauen niedrig.

⁵¹⁹ Schmidt, Eugen: Facebook -Eintrag vom 25.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Beispielsweise haben afrikanische Familien ihre eigenen Söhne als Sklaven verkauft. Es gab und gibt also kulturell bedingtes Misstrauen selbst innerhalb dortiger Familien. Die Folge: Besonders ausgeprägte opportunistische Verhaltensweisen, die unsere Gesellschaft gefährden. Mit Religion hat dies nur bedingt etwas zu tun.

Es ist nicht sehr klug, Menschen aus Gesellschaften mit niedrigem Vertrauensniveau in unsere Gesellschaft mit immer noch relativ hohem Vertrauensniveau aufzunehmen, weil Moralvorstellungen aufeinanderprallen, die völlig inkompatibel sind. Multireligiosität kann das verstärken, aber teilweise spielt Religion hierbei keine Rolle.

Prallen unterschiedliche Moralvorstellungen aufeinander, so erodiert das Vertrauensniveau in unserer Gesellschaft. Und es gibt Studien, die belegen, dass in weiterer Folge auch das Misstrauen unter den Einheimischen wächst.

Massenmigration importiert also nicht bloß Misstrauensgesellschaften in unsere Gesellschaft, sondern sät auch noch Misstrauen zwischen Einheimischen, die sich zuvor gegenseitig vertraut haben.

Das schwächt die gesellschaftliche Kooperation. Und eine schwache gesellschaftliche Kooperation gefährdet eine funktionierende Staatlichkeit.

Es ist daher unklug, den Migrationsdiskurs auf den Islam zu reduzieren. In Wirklichkeit brauchen wir, bei allem Respekt, gar keine Syrer, Afghanen oder Afrikaner, und zwar unabhängig davon, ob sie Atheisten, Juden, Muslime, Christen oder Angehörige anderer Glaubensrichtungen sind.“⁵²⁰

Froelich unterstellt hier in biologistischer Manier bestimmten afrikanischen Bevölkerungsgruppen ein „kulturell bedingtes Misstrauen“ und „opportunistische Verhaltensweisen“ und erachtet sie daher als inkompatibel mit der hiesigen Gesellschaft, der ein höheres „Vertrauensniveau“ zuschreibt. Die Unterscheidung mündet letztlich in der gänzlichen Ablehnung der Zuwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen.

Maximilian Krah, damals Mitglied des Europäischen Parlaments (mittlerweile MdB, SN), kritisierte in einem Tweet vom Mai 2022 den „Global Compact on Migration“ der Vereinten Nationen und unterstellte in diesem Zusammenhang, die Einwanderungspolitik ziele auf die absichtliche Zerstörung der kulturellen Identität ab:

⁵²⁰ Froelich, Tomasz: Telegram-Beitrag vom 27.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Und sie lügen immer weiter. Denn sie wollen jede kulturelle Identität zerstören.
#Einwanderung“⁵²¹*

In besonders deutlicher Weise brachte die rheinland-pfälzische AfD-Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst ihre ethnopluralistische Weltanschauung in einem Beitrag mit dem Titel „*Invasive Arten 2.0*“ zum Ausdruck, der im November 2022 auf www.journalistenwatch.com veröffentlicht wurde. Darin schrieb Höchst:

„Es ist höchste Zeit über ‚invasive Arten‘ zu sprechen, denn schließlich ist selbst aus der Sicht der EU-Kommission ‚die Verbreitung invasiver, gebietsfremder Arten – sowohl Tiere als auch Pflanzen – einer der Hauptfaktoren für den Verlust der biologischen Vielfalt. Diese Tiere und Pflanzen können nicht nur zu ökologischen und wirtschaftlichen Schäden führen, sondern auch Krankheiten übertragen, Gesundheitsprobleme verursachen oder zu Verlusten in der Landwirtschaft führen.‘ Im schlimmsten Fall können einheimische Arten komplett ausgerottet werden.“⁵²²

Im weiteren Verlauf ihres Beitrags übertrug Höchst ihre Bedenken um den „Verlust der biologischen Vielfalt“ auf die Menschheit und konstatierte:

„Naturschutz ja, Menschenschutz nein

Als oberstes Ziel stehen immer Naturschutz und Tierschutz. Vom Schutz der Menschen liest man selten. [...] Mir ist die Brenzligkeit, bei sozialen Phänomenen Vergleiche zur Biologie anzustellen, durchaus bewusst, wie auch die Tatsache, dass die entsprechende Bildsprache von den Nationalsozialisten in menschenverachtender und volksverhetzender Weise gebracht wurden, um ‚Rassen‘ oder ‚Minderwertige‘ zu diffamieren. Nichts liegt mir ferner, als hier irgendwelche Anleihen zu nehmen [...]. Und doch ist das Bild von den ‚invasiven Arten‘, welches das offizielle Vokabular im Tierschutzzusammenhang darstellt, mit Blick die Bedrohung unsere kulturelle und ethnische Identität durchaus geeignet, um auf ein immer drängenderes Problem deutlich zu machen. Denn der Einwanderungspolitik der Bundesregierung – schon der alten unter Merkel, aber erst recht der Ampel – geht es, um im Bild zu bleiben, genau darum, Ange-

⁵²¹ Krah, Maximilian: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.

⁵²² Höchst, Nicole: „Höchst brisant: Invasive Arten 2.0“ vom 27.11.2022, in: www.journalistenwatch.com, abgerufen am 02.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

stammte, als quasi ‚einheimische Arten‘, zu verdrängen. Und ja: In letzter Konsequenz wird sogar die mögliche Gefahr ihrer perspektivischen Ausrottung in Kauf genommen. Ist es im besten Deutschland aller Zeiten allerdings überhaupt noch erlaubt, sich hier aufdrängende Parallelen zu ziehen? Sei's drum.“⁵²³

Höchst bringt hier in drastischer Weise ihr ethnopluralistisches Weltbild zum Ausdruck, demzufolge Menschengruppen ausschließlich in ihrer angestammten Heimat leben sollten. Auch wenn die Abgeordnete betont, keine Anleihen an der Bildsprache der Nationalsozialisten nehmen zu wollen, bedient sie durch den Vergleich von Zugewanderten mit invasiven Tierarten dennoch biologistisch-rassistische Argumentationsmuster und wertet diese Menschengruppe erheblich ab. Der postulierte Schutz kultureller und ethnischer Identität erfordert und rechtfertigt nach Höchst' Auffassung letztlich die Ausgrenzung von Angehörigen anderer Ethnien und Kulturen. In der Gesamtschau belegen diese Ausführungen ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, welches dem Prinzip der Menschenwürde zuwiderläuft.

Aus der letztlich ethnisch definierten und durch eine historische Kontinuitätslinie gewachsenen kollektiven Identität leiten diese Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD ein gemeinsames Weltverständnis und Rechtsempfinden ethnisch Deutscher ab.

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) verwies in einem Tweet vom 9. April 2023 etwa auf die Entstehung der „deutsche[n] Kulturgemeinschaft“ durch „kollektive[r] Evolution“:

„Es geht bei Einwanderung nicht um Integration in die deutsche Kulturgemeinschaft, es geht um ihre Zerstörung [...]. Und das ist auch folgerichtig weil diese Kultur eben nicht beliebig auf Andere übertragbar ist, sondern das Produkt kollektiver Evolution.“⁵²⁴

In einem weiteren Tweet vom Mai 2023 äußerte Krah:

„Menschen sind nicht beliebig verschiebbar. Kultur und Prägung können (zum Glück) nicht beliebig ausgetauscht werden. Wer Afrika einwandern lässt, ersetzt nicht deutsche Fachkräfte, sondern wird afrikanisch.“⁵²⁵

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ Krah, Maximilian: Tweet vom 09.04.2023, abgerufen am 12.04.2023.

⁵²⁵ Krah, Maximilian: Tweet vom 05.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Krah, der zum damaligen Zeitpunkt dem Bundesvorstand der AfD sowie dem Europäischen Parlament angehörte und im Juli 2023 durch die Partei zudem zum Spitzenkandidaten zur Europawahl gewählt wurde, spricht Migrantinnen und Migranten angesichts ihrer abweichenden ethnisch-kulturellen Herkunft den Zugang zur deutschen „Kulturgemeinschaft“ pauschal ab. Er betont nicht nur ihre aus seiner Sicht unveränderliche Unfähigkeit, Zugang zu diesem „Produkt kollektiver Evolution“ zu erlangen, sondern gleichermaßen auch die schädlichen Auswirkungen von Integrationsversuchen auf das ethnisch deutsche Volk. Die Ausführungen belegen insofern einmal mehr ein mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarendes völkisches Welt- und Menschenbild.

Bei einem Vortragsabend im Zuge der von der Jungen Alternative Dresden ausgerichteten Reihe „Dresdner Gespräche“ am 12. Oktober 2023 wiederholte Krah seine Vorstellung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten aufgrund ihrer kulturellen und biologischen „Prägung“ kein Teil des deutschen Volkes sein:

„Eine Kultur, die wir haben ist eben auch die Folge dessen, was wir über die Geschichte geworden sind und wir sind es auch geworden, weil wir an einem bestimmten Ort leben. [...] Das heißt nicht, dass jeder Syrer es nicht kann, das heißt aber, dass er schwerer hat. Warum? Weil er als Produkt seiner Geschichte, seiner Eltern, seiner Prägung natürlich nicht auf das vorbereitet ist was wir sind, denn wir sind perfekt angepasst eben an ein Leben in diesen geographischen Breiten an diesem Ort, den wir Heimat nennen. Wir sollten also begreifen, dass wenn wir übers Volk reden, reden wir [...] tatsächlich über eine Gemeinschaft der Ähnlichen und diese Ähnlichkeit ist entstanden über sehr, sehr viele Jahrhunderte, durch eine perfekte Adaption von Menschen an den Ort wo sie leben und aneinander. [...] Das wollen wir erstmal erhalten. Wir wollen es nicht deshalb erhalten, weil wir die anderen geringschätzen, sondern weil wir uns selbst schätzen und wir schätzen uns selbst, weil wir unsere Vorfahren ehren und weil wir das eigentlich ganz gut finden, wie wir hier sind, mit allen Einschränkungen, die wir haben. Und insofern ist der Begriff des Volkes natürlich eine extreme Herausforderung für Leute, die nur als Individuum denken, die überhaupt nicht begreifen was eine Gemeinschaft ist, die meinen, man könne beliebig Menschen von Ort A nach Ort B umsetzen und alles sei gut und die glauben, das Zusammenleben in unserem Land hänge allein am Gesetz und

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

eben nicht an diesen tiefsitzenden kulturellen Übereinstimmungen, die dazu führen, dass wir uns instinktiv erkennen, in der Regel instinktiv mögen [...]. Das ist der Kernbegriff des Volkes, nämlich eine Beheimatung in einer Gemeinschaft. [...] Sie werden also reinkommen und bleiben Afrikaner, Mittel-Araber und so weiter. Das sind sicherlich in Afrika und Arabien wunderbare Völker, aber sie bringen das genau mit und sie werden sich mit Ihresgleichen sammeln. Sie werden dann am Ende einen Stadtteil übernehmen und der wird innerhalb von wenigen Jahren aussehen, wie es eben in Afrika und Arabien aussieht. [...] Und insofern: Wenn wir vom Volk reden - das ist weit mehr als irgendeine politische oder rechtliche Kategorie. Es ist eine natürliche biologisch nachprüfbare Realität. Wenn ihr einen Bluttest einschickt, kann man euch mit hoher Wahrscheinlichkeit nachsagen, wo eure Vorfahren herkommen. Es ist also kein soziales Konstrukt, es ist etwas, was in den Genen ist. Und jetzt ist es so, dass wir das - weil wir diese Gemeinschaft bilden - ein gewisses Vertrauen haben; heißt: wir sind imstande zu überlegen, was gut für euch ist, ist gut für uns alle. [...] Ein Araber wird eine andere Vorstellung von dem haben, was ein Wohl ist als wir. [...] Zwischen uns und den Tschechen - ja vielleicht ist die Zeit, wo man mit dem Bier trinken anfängt in der Arbeitswoche in Tschechien eine Stunde nach vorn gerückt im Vergleich zu Sachsen, aber ich glaube das sind Petitesen. Aber eben mit der arabischen Welt und mit Afrika ist was Anderes. Das heißt also eine Zuwanderung, die uns sehr nahe ist oder auch eine Überschneidung, die uns sehr nahe ist, wird in der Regel nicht so problematisch sein und wird sich auch nach ein, zwei Generationen überwinden lassen, wenn es sein muss. [...] Das, was für uns individuell gilt, gilt für uns als Gruppe. Wir sind ein Volk der Ähnlichen und das ist über die Jahrhunderte gewachsen. [...] Aber wenn Leute sich hinstellen, die meinen sie könnten am Reißbrett neue Völker schaffen. 200.000 - nee 400.000 pro Jahr und dann am besten noch Englisch als zweite Amtssprache, weil dann kriegen wir auch mehr und leichter. Das ist O-Ton eines Mitglieds des Sachverständigen-Rates der Bundesregierung für die gesamtwirtschaftliche Lage. Wer so anfängt in Tausender-Blöcken Menschen zu verschieben, weil er irgendwelche ökonomischen Bedingungen erfüllen will, nein. Das ist Wahnsinn und das werde ich in Zukunft auch wieder ganz

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*offen Umvolkung nennen, egal was man mir dafür nachsagt. Das ist nicht akzeptabel.*⁵²⁶

Krahs Aussagen bei den „Dresdner Gesprächen“ sind Ausdruck einer völkisch-abstammungsmäßigen Grundkonzeption. Er unterstellt die Existenz einer kulturell definierten Ethnie, einer „*Gemeinschaft der Ähnlichen*“ mit „*kulturellen Übereinstimmungen*“, die einer geographisch umrissenen Region zugewiesen ist, in welcher sich die kulturelle Identität entwickeln und entfalten könne. In einem solchen Konzept sind Migrantinnen und Migranten von vornherein pauschal ausgeschlossen, da sie eine „*gemeinsame Geschichte*“ nicht nachholen und somit kein authentischer Teil des Volkes werden könnten. Krahs spricht darüber hinaus von einer „*biologisch nachprüf-baren Realität*“. Der Volksbegriff Krahs beruht daher auf ethnisch-kulturellen bzw. biologistisch-abstammungsmäßigen Prämissen.

Der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann unterstellte „*Personen aus anderen Kulturkreisen, insbesondere aus dem arabischen oder afrikanischen Raum*“ in einem Telegram-Beitrag vom Februar 2023 pauschal ein „*skrupelloses Vorgehen*“ im öffentlichen Personennahverkehr und konstatierte weiter:

*„Auch ein deutscher Pass oder eine doppelte Staatsangehörigkeit können darüber nicht hinwegtäuschen, dass die fremden Kulturkreise immer mehr Raum ergreifen.“*⁵²⁷

Bochmann insinuiert somit, Menschen mit arabischer oder afrikanischer Migrationsgeschichte neigten – ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft oder ihres Integrationsgrades – per se deutlich stärker zu „*skrupellose[m] Vorgehen*“ als autochthone Deutsche. Auf diese Weise wird eine naturgegebene Inkompatibilität entsprechender Zuwanderer mit der deutschen Kultur suggeriert, welche auch durch Einbürgerung nicht zu überbrücken sei. Durch den Verweis auf das „*Ergreifen*“ von „*immer mehr Raum*“ wird zudem eine Bedrohungssituation konstruiert, in welcher ethnische Deutsche ihr Land sukzessive an rücksichtslose Kulturfremde verlören.

Martin Reichardt (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, ST), veröffentlichte als Reaktion auf ein Zitat der Leiterin des Berliner Instituts für empirische Integrations-

⁵²⁶ Krahs, Maximilian: Vortrag bei den „Dresdner Gesprächen“ am 12.10.2023“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.10.2023, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation“, abgerufen am 13.10.2023.

⁵²⁷ Bochmann, René: Telegram-Beitrag vom 22.02.2023, abgerufen am 23.02.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

und Migrationsforschung sowie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, Naika Foroutan, das lautete „Deutschland gehört per se niemandem“, am 2. September 2023 folgenden Beitrag auf Facebook:

*„Es ist die strukturelle Asozialität und penetrante Unverschämtheit linker Migrant*innenvertreter, die das gesellschaftliche Klima in vergifftet! [Deutschland] gehört den [Deutschen], so wie die [Türkei] den [Türken] gehört! Naika Foroutan ist ein Beispiel für völlig misslungene Integration! Es ist der asoziale linke Irrglaube, dass der Gast, dem Gastgeber am Ende sagen dürfe, dass eigentlich das Haus auch dem Gast gehört!“⁵²⁸*

Gerhard Vierfuß, zum damaligen Zeitpunkt Landesschiedsrichter der AfD in Niedersachsen und inzwischen Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Brandenburg, äußerte in einem Tweet vom August 2022:

„Unsere #Pseudo_Eliten haben d. ihre Politik des #Bevölkerungsaustauschs nicht nur unser Recht auf Bewahrung der #ethnokulturellen #Identität verletzt, s. auch die Grundlagen unseres #Rechtsstaats zerstört und den Staat #delegitimiert. Sie sind die wahren #Verfassungsfeinde.“⁵²⁹

Der Bundesvorsitzende der Christen in der AfD, Ulrich Oehme, warnte in einem Facebook-Post vom Oktober 2023 vor der „Aufweichung unserer deutschen Kultur und Identität“ und forderte, mittels „Remigration“ die „ethnokulturelle Identität zu schützen und zu bewahren“:

„Illegale Einwanderung führt nicht nur zur Aufweichung unserer deutschen Kultur und Identität, sondern auch zum Ausbluten der Sozialsysteme. [...] Deutschland kann nur durch eine Regierung gerettet werden, die sich endlich den Problemen und Sorgen des eigenen Volkes widmet und sich nicht um das Ansehen auf dem internationalen Parkett kümmert. Ein zentraler Faktor dabei ist und bleibt die sofortige Remigration, um unsere ethnokulturelle Identität zu schützen und zu bewahren.“⁵³⁰

Die zitierten Parteivertreter zeichnen in ihren Äußerungen eine durch eine historische Kontinuitätslinie gewachsene, spezifische kollektive und geschlossene Identität, die

⁵²⁸ Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 02.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.

⁵²⁹ Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 10.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.

⁵³⁰ Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 04.10.202, abgerufen am 09.10.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

insbesondere auf dem Kriterium der ethnisch-deutschen Abstammung beruht und vor einer migrationsinduzierten „Zersetzung“ bewahrt werden müsse.

Vergleichbar äußerten sich auch Repräsentanten der AfD auf Kreisebene.

Die AfD Bodensee schrieb im Juni 2024 auf Telegram:

„Multikulti: Die Hölle auf Erden

Wer die multiethnische und multikulturelle Gesellschaft anstrebt, weiß meist nicht, dass er damit eine heile Gemeinschaft zerstört und die Harmonie in eine Hölle verwandelt. Nach der Massenzuwanderung der letzten Jahre vergeht heute kein Tag, ohne dass ein deutsches Kind von einer Bande Fremder misshandelt wird. [...] Wir haben die (Er-)Lösung: #Remigration!“⁵³¹



Eine dazugehörige Grafik enthielt die ethnopluralistische Aussage, die in biologischer Weise mit einer Gleichsetzung mit Bienenvölkern verbildlicht wurde:

„Jedes Volk hat seinen Platz“⁵³²

Der AfD-Kreisverbandsvorsitzende Sebastian Koch (ST) imaginierte in einem Facebook-Beitrag vom 25. September 2024 die Existenz eines „kulturellen Erbstrang[s]“, der die Eigenschaften von Menschen mit Migrationsgeschichte determiniere:

„In Bezug auf Kriminalität und Hass gegen Frauen bleibe ich bei der Aussage – eine Geburt lässt den kulturellen Erbstrang nicht beschneiden. Das sieht man bei den ganzen Talahons die schwerst frauenfeindlich und rassistisch gegen Deutsche handeln obwohl sie in der 3. Generation hier leben. Daran ändert auch kein Stück Papier etwas.“⁵³³

Koch reduziert deutsche Staatsbürger mit Migrationsgeschichte somit auf ihre als rückständig dargestellte ethnisch-kulturelle Herkunft und spricht ihnen eine individu-

⁵³¹ AfD Bodensee: Telegram-Beitrag vom 25.06.2024, abgerufen am 25.06.2024.

⁵³² Ebd.

⁵³³ Koch, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

elle Entwicklung ab. Auch sind selbst solche Staatsbürger, die bereits „in der 3. Generation hier leben“ aus seiner Sicht keine vollwertigen Deutschen, sondern lediglich Inhaber eines „Stück[s] Papier“.

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag seines reger publizierenden Parteimitglieds Adolf Frerk mit folgenden Aussagen:

„Das Kartell der Altparteien hat sich von der deutschen Kulturnation verabschiedet und versucht, die multikulturelle Willensnation einzuführen. Die autochthonen Deutschen haben auf ihren eigenen historischen und kulturellen Hintergrund zu verzichten. Wer sich da sträubt, ist ein Ausländerfeind, ein Rassist oder ganz einfach ein Staatsfeind, worüber Herr Haldenwang befindet. Die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft soll nur noch von der Zustimmung des Einzelnen zum Wortlaut der Verfassung abhängen. In diesem Sinn hat Frau A. Merkel 2015 die deutschen Grenzen für die ganze Welt geöffnet. [...] Das deutsche Volk soll endlich seine ererbte Identität zugunsten der Migrationsgesellschaft aufgeben. [...] Der Bevölkerungsaustausch ist zum Staatsziel geworden.“⁵³⁴

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber unterstellte im Juni 2022 auf Telegram der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Absicht, „alles Deutsche durch Massenmigration und Vielfaltsokkultismus aufzulösen“. Ferner schrieb er:

„Anstelle der deutschen Kultur, Tradition, Identität soll der Multikulti-Vielfaltsstaat nach dem Vorbild der USA oktroyiert werden, aber mit einem über Jahrhunderte geprägtem Volk auf dem Staatsgebiet und ohne Leitkultur oder Patriotismus [...] und wir Deutschen - wie schon jetzt in den Großstädten im Westen zu sehen - jeden Tag aufs neue aushandeln dürfen, wie viel wir von unserem zivilisatorischen Denken abgeben und jeden Tag aufs Neue von der archaischen Dominanz mancher Zuwanderer als bereichert ansehen dürfen. [...] Hier soll nur die einhellige Meinung des Establishments herrschen, das seine Kinder auf die Privatschulen schickt und Im sicheren Villenviertel mit hohen Mauern, Sicherheitsdienst in homogener Gesellschaft lebt, dass wir unsere ewige Schuld reinwaschen müssen, indem wir den Rest der Welt hier aufnehmen und

⁵³⁴ Frerk, Adolf: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse“ vom 16.06.2022, in: <https://afd-kleve.de>, abgerufen am 23.06.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*immer mehr Asyltouristen reinwinken, bis der Sozialstaat komplett abgeschafft ist und Deutschland zum bunten identitätslosen Nachkriegsexperiment verkommt [...]. [...] Wie Sie sehen, es ist ja eben die neue Glaubensfrage des 21. Jahrhunderts in einer Gesellschaft, die tief zersplittert und historisch gebrochen nach der Erlösung sucht.*⁵³⁵

Insgesamt belegen die dargestellten Verlautbarungen, dass innerhalb der AfD weiterhin anhand ethnisch-kultureller Kriterien eine Unterteilung in distinkte kollektive Identitäten vorgenommen wird.

In einigen Äußerungen sprechen sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD auch explizit für eine ethnisch homogene Gesellschaftskonzeption aus. Diese wird dabei als konfliktfrei dargestellt, wohingegen das Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien zwangsläufig gravierende Probleme verursache:

Der zum damaligen Zeitpunkt fraktionslose Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (seit Februar 2025 Fraktionsmitglied, NW) brachte anlässlich der Debatte um eine schnellere Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten auf Facebook zum Ausdruck, dass aus seiner Sicht „Volk, eine gemeinsame Herkunft aus der Geschichte, Sprache und Traditionen“ Bedingungen einer „*gedeihenden Demokratie*“ seien.⁵³⁶

Maximilian Krahl, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Europäischen Parlaments und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand (mittlerweile MdB, SN), schrieb auf Twitter als Reaktion auf die Hochstufung der Jungen Alternative:

*„Auf der Basis dessen, was der Verfassungsschutz heute zum Volk zum Besten gegeben hat, lässt sich kein Staat machen, zumindest kein demokratischer. Denn ohne eine Homogenität kann es kein Gemeinwohl geben, nur Teilinteressen. Abstrakte Rechtsprinzipien reichen nicht aus.“*⁵³⁷

Noch konkreter wurde Maximilian Krahl, als er in einem Tweet vom Dezember 2022 Bezug auf eine Gewalttat nahm und pauschal konstatierte:

*„Einwanderergesellschaften sind brutal, kriminell und unbarmherzig. Solidarität braucht Homogenität.“*⁵³⁸

⁵³⁵ Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

⁵³⁶ Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 01.12.2022, abgerufen am 12.12.2022.

⁵³⁷ Krahl, Maximilian: Tweet vom 27.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.

⁵³⁸ Krahl, Maximilian: Tweet vom 12.12.2022, abgerufen am 15.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Krah stellt Einwanderungsgesellschaften hier per se als elementares Sicherheitsrisiko dar. Solidarität, auch im Sinne eines friedlichen Miteinanders, sieht Krah nur im Rahmen einer ethnisch homogenen Gemeinschaft als möglich an. Migrantinnen und Migranten können dieser Anschauung zufolge ungeachtet ihrer individuellen Integrationsleistung niemals Teil der Solidargemeinschaft werden; vielmehr gehe von ihnen naturgemäß eine latente Gefahr für die Sicherheit der autochthonen Bevölkerung und die innergesellschaftliche Solidarität dieser Bevölkerung aus. Die dargestellte Ansicht impliziert eine verfassungsfeindliche Schlechterstellung zugewanderter Personen, die nicht Bestandteil der eigenen, aufgewerteten Gruppe sind.

(2) Die These des Großen Austauschs und alternative Begriffe

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung können sich auch aus der vom ethnisch definierten Volksbegriff ausgehenden Beschreibung eines vermeintlich voranschreitenden Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen ergeben.

Die Verbreitung des Narratives von einem planvoll betriebenen Großen Austausch, bei dem das ethnisch deutsche Volk durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten in seiner Existenz gefährdet werde, ist weiterhin ein gängiges Muster innerhalb der AfD und auf allen Ebenen der Partei feststellbar.

Gerichtlich ist bereits mehrfach entschieden worden, dass die Behauptung eines so beschriebenen Großen Austauschs der Bevölkerung erkennbar darauf gerichtet ist, Zuwanderern ihre Menschenwürde abzusprechen.⁵³⁹ Da dieses Konzept nämlich der abstammungsbezogenen Begrenzung der „deutschen Volksgemeinschaft“ und der Notwendigkeit, diese vor einer Vermischung mit anderen Rassen zu schützen, auf völkisch-ethnischen Vorstellungen eines ethnisch vorhergehenden deutschen Volkes beruht, stellt das Vertreten dieses Konzepts nach der Rechtsprechung einen tatsächlichen Anhaltspunkt für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung dar.⁵⁴⁰

Der Große Austausch

⁵³⁹ So etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96.20, juris, Rn. 13.

⁵⁴⁰ Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, BVerfGE 144, 20 Rn. 673 ff., 690 ff.; VG München, Beschl. v. 27.07.2017, M 22 E 17.1861, juris, Rn. 68; VG Weimar, Beschl. v. 09.01.2013, 1 E 1194/12 We, juris, Rn. 8. ff.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die sächsische Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann veröffentlichte im Oktober 2022 einen zweiteiligen Gastbeitrag auf der Internetseite des Magazins COMPACT. In der Einleitung heißt es:

„Der Große Austausch nimmt konkrete Gestalt an: Zahlen belegen, dass Deutsche von der Stadt auf das Land flüchten. Zugleich steigt die Zahl der Flüchtlinge in den Ballungsräumen.“⁵⁴¹

Im zweiten Teil des Gastbeitrags schrieb Bachmann:

„Die Deutschen werden von den Zuwanderern aus ihren Städten regelrecht herausgedrückt.“⁵⁴²

Zudem verglich Bachmann die Situation mit der „Flucht der Weißen in den USA“.⁵⁴³ Im Nachgang teilte sie die Beiträge auch auf ihrer Facebook-Seite.^{544 545}

Der Europaabgeordnete und spätere Beisitzer im AfD-Bundesvorstand Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) teilte im Mai 2022 einen Tweet der UN und schrieb dazu:

„Sie sind migrantensüchtig! Sie wollen den Großen Austausch.“⁵⁴⁶

Im August 2023 rekurrierte Maximilian Krah abermals auf das Narrativ des Großen Austauschs, als er in einem Tweet schrieb:

„Der Große Austausch ist für jedermann sichtbar, tagtäglich. Die Realität zur Verschwörungstheorie zu erklären ist totalitär.“⁵⁴⁷

Am 3. November 2023 schrieb Krah, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und Mitglied des Europäischen Parlaments (mittlerweile MdB, SN), auf der Plattform X außerdem:

„7 Millionen Kulturfremde nach einem am Reißbrett entworfenen Generalplan in Deutschland anzusiedeln ist keine Einwanderung - das ist Ersetzung, das ist

⁵⁴¹ COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 1“ vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 11.10.2022.

⁵⁴² COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2“ vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. i. 1. a. aa. (1))

⁵⁴³ Ebd.

⁵⁴⁴ Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 10.10.2022, abgerufen am 13.10.2022.

⁵⁴⁵ Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 13.10.2022.

⁵⁴⁶ Krah, Maximilian: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.

⁵⁴⁷ Krah, Maximilian: Tweet vom 23.08.2023, abgerufen am 31.08.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Großer Austausch“. Die #AfD ist die einzige Partei, die sich dagegen wehrt - und deshalb schlussendlich auch gewinnen wird!“⁵⁴⁸

Auch der damalige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Robert Farle⁵⁴⁹ (ST), zu diesem Zeitpunkt noch AfD-Mitglied, nahm in einem Tweet vom Dezember 2022 direkten Bezug auf den Großen Austausch und bezeichnete diesen als „Realität“ und „politisch gezielt forciert“⁵⁵⁰.

Der damalige AfD-Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) mahnte im August 2022 auf Twitter, man müsse mit dem Rekurs auf den Großen Austausch „vorsichtig“ sein, und spielte damit mutmaßlich auf die durch das Verwaltungsgericht Köln bestätigte Einordnung entsprechender Aussagen als Anhaltspunkt für rechtsextremistische Bestrebungen an. Beck insinuierte im selben Beitrag dennoch, dass der Große Austausch Realität sei:

„Wir sollten vorsichtig sein, wenn wir über den großen Austausch #GreatReplacement sprechen, aber die Propagandavideos des @Europarl_DE senden eine ganz klare Botschaft“⁵⁵¹

Der nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Renner bekannte sich in einem Facebook-Post vom 16. Dezember 2021 zum Narrativ des Großen Austauschs:

„Neben den vaterlandslosen Sozen, die durch unsere reichlich ausgestatteten Sozialkassen all-überall ‚Weltenbummler‘ – vornehmlich nicht-christlichen Glaubens – anlocken, um dadurch die autochthonen Eingeborenen kurz- bis mittelfristig zu ersetzen und um sich dadurch für spätere Zeiten ein genehmes Wählerkollektiv zu sichern“.⁵⁵²

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) veröffentlichte einen Tweet, in dem er schreibt, der Große Austausch sei real:

⁵⁴⁸ Krah, Maximilian: Tweet vom 03.11.2023, abgerufen am 14.11.2023.

⁵⁴⁹ Robert Farle schied am 8. September 2022 aus der AfD-Bundestagfraktion aus. Im November 2023 trat Farle zudem auch aus der Partei aus. Als Grund für seinen Austritt gab Farle die aus seiner Sicht zu kritische Haltung gegenüber Russland an.

⁵⁵⁰ Farle, Robert: Tweet vom 02.12.2022, abgerufen am 08.12.2022.

⁵⁵¹ Beck, Gunnar: Tweet vom 13.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

⁵⁵² Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.12.2021, abgerufen am 05.01.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Der ‚Große Austausch‘ ist kein rechtsextremes Narrativ, auch keine Verschwörungstheorie, sondern ein real stattfindender, durch nüchterne demographische Empirie gestützter, politisch offenkundig gewollter Prozess.“⁵⁵³

Ähnlich äußerte sich auf Facebook auch Fabian Küble, damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative, der sich im Internet Fabian Keubel nennt:

„Der große Austausch schreitet voran. Bereits über 27% Nichtdeutsche in Deutschland und die Zahl wächst unaufhörlich. [...] Defacto ist dies eine enteutschung Deutschlands.“⁵⁵⁴

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 forderte Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) in seiner Rede:

„Asylstopp und Remigration statt Großem Austausch. Und keine Sanktionen mehr, die uns mehr schaden als anderen.“⁵⁵⁵

Die Junge Alternative Altmark (ST) veröffentlichte auf Instagram ein Meme, auf dem mehrere Jugendliche mit nicht-weißer Hautfarbe zu erkennen sind und welches die Aufschrift trägt:

„Wenn du die Klasse vor der ‚Grossen Austausch‘ Verschwörungstheorie warnen willst aber dich keiner versteht, weil du das arabische Wort dafür nicht weißt“.⁵⁵⁶

Auch nach der Verdachtsfalleinstufung und ihrer verwaltungsgerichtlichen Bestätigung wurde das Motiv des Großen Austauschs in Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären und Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD somit weiterhin aufgegriffen. Mangels einer kritischen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den gerichtlichen Beanstandungen bezüglich dieses Konzepts und mangels einer Abkehr davon liegt hier eine Verdichtung zur Gewissheit für das Vertreten ethnopluralistischer und entsprechend menschenwürdewidriger Konzepte der entsprechenden

⁵⁵³ Froelich, Tomasz: Tweet vom 15.02.2022, abgerufen am 17.03.2023.

⁵⁵⁴ Küble, Fabian: Facebook-Eintrag vom 12.04.2022, abgerufen am 13.04.2022. Ansicht des OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22 (JA), juris, Rn. 226 ist diese Aussage ebenfalls ein „klarer Beleg für die Ausgrenzung von deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund“.

⁵⁵⁵ Beck, Gunnar: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 30.07.2023.

⁵⁵⁶ Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 01.02.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Personen bzw. Verbände in der AfD vor. Denn die trotz der Beanstandungen stattfindende Wiederholung dieser Erzählung ohne jegliche inhaltliche Mäßigung bedeutet an sich schon eine Verdichtung.⁵⁵⁷

Darüber hinaus ist bei der AfD aber auch noch eine Zunahme alternativer Begriffe festzustellen. Diese behaupten ebenfalls die strukturelle Substitution der angestammten Bevölkerungen Europas durch Zuwanderer aus dem afrikanischen, arabischen oder maghrebinischen Raum und beinhalten damit die gleiche Erzählung wie die, die mit dem Begriff des Großen Austauschs propagiert wird, bezeichnen diese jedoch anders. Es ist anzunehmen, dass die Nutzung begrifflicher Alternativen und Wortneuschöpfungen eine Reaktion auf die Beanstandung des bislang vorrangig verwendeten Terminus „Großer Austausch“ darstellt; diese ist aber – wie die nachfolgenden Belege zeigen – nicht von einer inhaltlichen Abschwächung der darin enthaltenen Positionen geprägt.

Bevölkerungsaustausch

So wird die Migrationsentwicklung ab 2015 seitens zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter der Partei weiterhin als Auftakt zu einer gezielten „*Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung*“⁵⁵⁸ oder gar eines planmäßigen „*Bevölkerungsaustauschs*“ interpretiert.

Dabei wurde gerichtlich bereits festgestellt, dass das Beschwören des „Untergangs“ des deutschen Volkes aufgrund eines angeblichen „Ersatzes“ oder „Austauschs“ des deutschen Volkes ebenso Anhaltspunkte für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis bilden.⁵⁵⁹

In der AfD werden gleichwohl vielfach speziell Positionen vertreten, wonach die anderen Parteien gezielt einen Bevölkerungsaustausch herbeiführten, um sich ein neues Wahlvolk zu schaffen, um einem politischen Machtverlust innerhalb der autochthonen Wählerschaft entgegenzuwirken und neue, ihnen zustimmende, Wählerinnen und Wähler zu generieren; aber es finden sich auch viele Belege, in denen Funktionärinnen und Funktionäre bzw. Verbände der AfD allgemein von einem an-

⁵⁵⁷ VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris, Rn. 561.

⁵⁵⁸ Kraß, Maximilian: Tweet vom 02.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.

⁵⁵⁹ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 217; VG Köln, Urt. v. 8. März 2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 220.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

geblich stattfindenden Bevölkerungsaustausch sprechen. Oft stehen diese im Folgenden aufgeführten Zitate im Zusammenhang mit Kritik an einer liberalen Einbürgerungspolitik. Das Einbürgerungsrecht ist nach Art. 116 GG, Art. 73 Abs. 1 Nr. 2 GG einfachgesetzlich ausgestaltet, sodass eine Kritik hieran nicht per se verfassungsschutzrelevant ist. Bei der Bestimmung des Volkes im Sinne des Grundgesetzes kommt jedoch ethnischen Zuordnungen keine exkludierende Bedeutung zu. Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung können sich daher daraus ergeben, dass ungeachtet des Erwerbs der Staatsangehörigkeit die Betroffenen nicht als Teil des deutschen Volkes gesehen werden.⁵⁶⁰

Vor diesem Hintergrund sind folgende Äußerungen von besonderer Relevanz:

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag führte in einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 aus:

„Mit massenhaften Einbürgerungen als Mehrheitszünglein an der Waage soll die Steuerung dieses Landes übernommen werden. Dem von lang her bestehenden Deutschland entgegen. Wir als AfD-Fraktion wollen das nicht. Schluss mit diesem Staatsstreich am Wahlvolk!“⁵⁶¹

Der Bundesverband der AfD veröffentlichte am 30. November 2022 einen Facebook-Beitrag, in dem der Regierung ein planvolles Vorgehen zur Ersetzung des eigenen Volkes unterstellt wurde:

„Einbürgerung: Die Regierung wählt sich ein neues Volk!“⁵⁶²

Am 29. Mai 2024 veröffentlichte die Partei auf AfD Kompakt einen Beitrag von Gottfried Curio (innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag) anlässlich steigender Einbürgerungszahlen mit ähnlichem Wortlaut:

„Darunter [Anm.: Neueinbürgerungen] mag es Personen geben, die rechtmäßig hierher kamen und gut integriert einen Beitrag zum Leben in Deutschland leisten. Die Regel dürften sie indes nicht sein. Die in der Wählergunst schrumpfen-

⁵⁶⁰ Dazu und zum Voranstehenden: VG Köln, Urte. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18 (IBD), juris, Rn. 107 ff.

⁵⁶¹ AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: Facebook-Beitrag vom 09.02.2023, abgerufen am 19.10.2023.

⁵⁶² AfD: Facebook-Eintrag vom 30.11.2022, abgerufen am 19.10.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*den Parteien der Ampel schaffen sich zusammen mit der Union ihr neues Wahlvolk – ein an der Bewahrung Deutschlands desinteressiertes, paternalistisch versorgtes Staatsprekariat.*⁵⁶³

Die Co-Bundessprecherin und Bundestagsabgeordnete der AfD Alice Weidel (BW) postete bereits am 29. November 2022 einen wortgleichen Facebook-Eintrag.⁵⁶⁴

Die damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und hessische Bundestagsabgeordnete Mariana Harder-Kühnel erklärte in einem Facebook-Beitrag vom 6. März 2023:

*„+++ 23 Prozent in Deutschland mit Migrationshintergrund: Die Ampel schafft sich ein neues Volk! +++ [...] Die Bundesregierung dürfte über diese Zahlen dennoch erfreut sein. Wer vom alten Volk nicht mehr gewählt wird, wählt sich einfach selbst ein neues. Gelockt wird dieses mit Blitzeinbürgerungen und unendlicher Partizipation am Sozialstaat.“*⁵⁶⁵

Mariana Harder-Kühnel veröffentlichte am 1. Mai 2023 außerdem einen unter ihrem Namen erstellten Flyer, der unter anderem die Aussage trägt:

„Die Ampel schafft sich neue Wähler!“

Der Flyer wird von folgendem Kommentar Harder-Kühnels begleitet:

*„+++ BLITZ-EINBÜRGERUNGSPÄNE DER AMPEL STOPPEN +++
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
wenn die Pläne der Ampel zur Blitz-Einbürgerung umgesetzt werden, dann wird sich unser Deutschland drastisch und unumkehrbar verändern.“*⁵⁶⁶

Im Kontext ihrer zuvor genannten Äußerungen wird ersichtlich, dass Harder-Kühnel hier nicht lediglich bewertungsneutral auf eine potentielle Vergrößerung der Wählerschaft abstellt, sondern an das Narrativ des Volksaustauschs anknüpfend bemängelt, dass sich die Wählerschaft in zunehmenden Maße aus Menschen mit Migrationsgeschichte zusammensetze.

⁵⁶³ AfD Kompakt: „Gescheiterte Migrationspolitik: Rekord bei Einbürgerungen ist Folge von Merkels Politik“ vom 29.05.2024, in: <https://afdkompakt.de>, abgerufen am 17.07.2024.

⁵⁶⁴ Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 29.11.2022, abgerufen am 19.12.2022.

⁵⁶⁵ Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 06.03.2023, abgerufen am 17.10.2023.

⁵⁶⁶ Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 17.10.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Auch in ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag“ der AfD Rhein-Berg am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) tätigte Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) vergleichbare Aussagen:

„Und die neueste absurde Forderung aus den Reihen von SPD und Grünen nach einem Ausländerwahlrecht legt nahe, was eigentlich zukünftig bezweckt ist: Ein neues Wahlvolk. Als ob die langfristig die Grünen oder die SPD wählen würden. Die machen einfach ihre eigene Partei auf und dann Gnade uns Gott, liebe Freunde. Mit der AfD wird es kein neues Wahlvolk geben. Sonst wird Deutschland zu einem Kalifat und wir wollen kein Kalifat. Wir wollen ein Deutschland, das deutsch bleibt, liebe Freunde.“⁵⁶⁷

Auch Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) behauptete im Januar 2024 auf Instagram:

„Lächerliches Rückführungsgesetz. Jeder soll Deutscher werden. Man schafft sich ein neues Volk.“⁵⁶⁸

Dazu verwendete er den Hashtag „remigrationjetzt“.⁵⁶⁹

Der damalige Landtagskandidat Jean-Pascal Hohm (heute MdL BB) äußerte auf einer Kundgebung am 3. September 2024 in Lübben (BB):

„Es gibt ein Thema, was uns alle beschäftigt und wenn ich an Infoständen aktiv bin, dann ist es auch das Thema, was den Menschen unter den Nägeln brennt. Und das ist der Bevölkerungsaustausch, das ist die massive Migrationspolitik, die in diesem Land stattfindet, die uns zu Fremden im eigenen Land macht, die uns hier austauscht und das wollen wir nicht. Wir als AfD sind die Partei der Deutschen. Wir sind die, die wollen, dass Deutschland das Land der Deutschen bleibt.“⁵⁷⁰

Der AfD-Bundesschritfführer Dennis Hohloch (MdL BB) schrieb am 19. September 2023 in einem Facebook-Beitrag:

⁵⁶⁷ Harder-Kühnel, Mariana: Redebeitrag auf dem „Politischen Ascherfreitag“ der AfD Rhein-Berg in Kürten; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 23.02.2024.

⁵⁶⁸ Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 17.01.2024, abgerufen am 17.01.2024.

⁵⁶⁹ Ebd.

⁵⁷⁰ Hohm, Jean-Pascal: Redebeitrag bei einer Kundgebung in Lübben am 02.03.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.09.2024, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 05.09.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Bewahrheitet sich hier etwa die nächste ‚Verschwörungstheorie‘? Gefallen den Herrschenden die Wahlergebnisse nicht, wird das Wahlvolk ausgetauscht. Erst Kommunalwahlen, dann Landtagswahlen und zum Schluss Teilnahme an Bundestagswahlen für Asylbewerber?“⁵⁷¹

Hohloch veröffentlichte außerdem am 20. September 2023 auf Facebook ein Video mit dem Titel „Nancy #Faeser will das #Wahlrecht für Ausländer!“ In diesem äußerte er:

„Nancy Faeser, die Bundesinnenministerin, möchte Asylbewerbern das Wahlrecht geben. [...] Diesen Menschen möchte sie jetzt auch noch unser verbrieftes Grundrecht, das Wahlrecht, geben, und zwar auf kommunaler Ebene. Heißt erstmal klein anfangen, und irgendwann dann das Wahlrecht auf Landesebene für den Landtag, dann für den Bundestag und dann hat man sich sein neues Wahlvolk geschaffen.“⁵⁷²

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) veröffentlichte am 19. September 2023 auf Facebook eine Grafik mit der Forderung „Kein Wahlrecht für Flüchtlinge!“. Er untermauerte diese folgendermaßen:

„Wahlrecht nicht der Beliebigkeit preisgeben! [...] ‚Es überrascht wenig, dass ausgerechnet die SPD die Wahlen für Flüchtlinge öffnen will – schließlich kommen kaum noch Bürger auf die Idee, das Kreuz am Wahltag bei dieser Partei zu machen. Dieser verzweifelte Versuch, Wahlstimmen aus dem Ausland zu rekrutieren, würde aber sogar bei Umsetzung nach hinten losgehen. Letztendlich lässt der Vorschlag nur erkennen, welcher Plan hinter der massenhaften Aufnahme von Ausländern steckt: die SPD will sich ihr Wahlvolk einkaufen, auf Kosten unseres Sozialstaats päppeln und für den eigenen Machterhalt platzieren. Das werden wir zu verhindern wissen.“⁵⁷³

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) teilte am 19. September 2023 auf X einen Artikel über ein mögliches Wahlrecht für Flüchtlinge und kommentierte diesen wie folgt:

⁵⁷¹ Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 19.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.

⁵⁷² Hohloch, Dennis: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.09.2023, Kanal: Dennis Hohloch - AfD“, abgerufen am 18.10.2023.

⁵⁷³ Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 19.09.2023, abgerufen am 17.10.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Hier kann man sehen, warum das Establishment darum bemüht ist, Worte zu kriminalisieren, die darauf hindeuten, es würde in [Deutschlandflaggen-Symbol] ein Austausch des Souveräns stattfinden. Die @spdde arbeitet mit Hochdruck daran, ihre Wähler aus Kreisen weit jenseits der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen. Sie arbeitet damit an der Marginalisierung der einheimischen Bürger. Hier wäre ein echter @BfV_Bund gefordert. #FaeserRuecktritt #Wahlen“⁵⁷⁴

Der thüringische Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke veröffentlichte im November 2022 auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem er Gesetzesinitiativen der Bundesinnenministerin als „Nancy Faesers Staatsbürgertombola“ bezeichnete und ferner konstatierte:

„Was hier geschieht ist nichts anderes, als ein Staatsstreich, denn die Regierung tauscht sukzessive das Staatsvolk, den eigentlichen Souverän des Grundgesetzes, aus.“⁵⁷⁵

Der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) knüpfte in einem Beitrag vom Dezember 2022 ebenfalls das demokratische Grundprinzip der Volkssouveränität an den ethnisch verstandenen Volksbegriff, indem er erklärte:

*„Unser Souverän heißt Volk nicht Menschheit: Bevölkerungsaustausch
Ich spreche an, was hier passiert!“⁵⁷⁶*

Die sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann schrieb in einem Facebook-Post vom Januar 2024

„Deutsche Staatsbürgerschaft für ‚Jeden‘!

Eben beschloss der Bundestag, gegen die Stimmen der AfD, das neues ‚Staatsangehörigkeitsrecht‘!

GRUND:

⁵⁷⁴ Reichardt, Martin: Tweet vom 19.09.2023, abgerufen am 17.01.2025.

⁵⁷⁵ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.11.2022, abgerufen am 30.11.2022.

⁵⁷⁶ Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 01.12.2022, abgerufen am 02.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Es besteht aber ein gesamtgesellschaftliches Interesse, dass sich möglichst viele Ausländer, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, für eine Einbürgerung entscheiden, um aktiv das gesellschaftliche Zusammenleben mitgestalten zu können.“

[Pfeil-Symbol] also wählen und gewählt werden können ! Die Altparteien schaffen sich ein neues Staatsvolk!“⁵⁷⁷

Bachmann übt hier zwar vordergründig zunächst Kritik an einer Änderung einfachen Rechts, was nicht ohne Weiteres verfassungsschutzrelevant ist. Gleichwohl bringt sie zum Ausdruck, dass sie die ethnische Zugehörigkeit als essentiell für die Zusammensetzung des Volkes ansieht, indem sie äußert, dass durch die Einbürgerungen ein gänzlich neues Staatsvolk entstehe und dies planmäßig so von der Regierung betrieben werde.

Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im Bundesvorstand, warnte in einem Beitrag vom Juli 2022 davor, dass *„in naher Zukunft durch das an die Staatsbürgerschaft geknüpfte Wahlrecht politische Entscheidungen über das indigene deutsche Volk in fremde Hände“⁵⁷⁸* abgegeben würden.

In vergleichbarer Weise äußerte sich auch Dominik Kaufner, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Havelland (BB) und mittlerweile Landtagsabgeordneter in Brandenburg, im Februar 2023 in einem Interview:

„Wir sehen bereits wie versucht wird, gegen den eigentlichen Souverän, das deutsche Volk, zu putschen und die ethnische Wahl als entscheidenden Machtfaktor ins Spiel zu bringen, indem man jedem Illegalen die Staatsbürgerschaft hinterherwirft, um die eigene Wählerbasis zu erweitern und diesen Kurs unumkehrbar zu machen.“⁵⁷⁹

Der AfD-Kreisverband Bodenseekreis (BW) schrieb im August 2024 unter dem Titel *„Einbürgerungswelle im Bodenseekreis“* auf seiner Internetseite:

⁵⁷⁷ Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 19.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.

⁵⁷⁸ Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 18.07.2022, abgerufen am 21.07.2022.

⁵⁷⁹ Freilich: „Dominik Kaufner (AfD): „Das größte Problem ist der Bevölkerungsaustausch“, in: www.freilich-magazin.com vom 11.02.2023, abgerufen am 17.07.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Die humanitär verbrämte Aufnahme angeblicher Flüchtlinge, um ihnen vorübergehend Schutz zu gewähren, ist nichts anderes als eine dauerhafte Ansiedlung fremder Völker in Deutschland. Nach ihrer Einbürgerung werden die Fremden bei den Wahlen mitstimmen. Bei 173 Tausend Wahlberechtigten im Bodenseekreis kommen so in 10 Jahren über 4 Prozent neue Wähler hinzu, während überalterte einheimische Wähler wegsterben. [...] Langfristig verlieren die Deutschen ihre Selbstbestimmung im eigenen Land. Die Altparteien haben sich offenbar einen Rat von Bertolt Brecht zu eigen gemacht: ‚Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?‘“⁵⁸⁰

Zahlreiche weitere Funktionärinnen und Funktionäre der AfD greifen die Behauptung, das Wahlvolk solle ausgetauscht werden, ebenfalls auf: Der Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio (BR) unterstellte beispielsweise in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung des Berliner AfD-Landesverbands am 10. Februar 2023, die geplanten Erleichterungen zur Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten seien *„nichts anderes als ein kalter Staatsstreich am Wahlvolk“*⁵⁸¹.

Björn Höcke (MdL TH) stellte in seinem Redebeitrag auf einer Kundgebung am 7. September 2023 in Oranienburg (BB) die *„deutsche Volkssouveränität“* als bedroht dar:

„Wir wissen, dass es höchste Eisenbahn ist. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist eine Minute nach zwölf. Meine Vorredner haben darauf hingewiesen. Wir stehen in Gefahr, als Deutsche dieses Land zu verlieren. Wir stehen in Gefahr, heimatlos zu werden. In Erfurt haben ein Drittel der Grundschulen mittlerweile über dreißig Prozent Migrantenkinder. In Hamburg haben alle Grundschulen zusammengenommen mittlerweile über fünfzig Prozent Migrantenkinder. Schaut in die Schulen, schaut vor allen Dingen in die Kreißsäle oder in die Geburtsstationen Westdeutschlands, dann wisst ihr, wie die Zukunft dieses Landes nach dem Willen der Kartellparteien, nach dem Willen der Bunten aussehen soll. Das ist eine Zukunft, die eben eine andere Zukunft ist, aber keine deutsche

⁵⁸⁰ AfD-Kreisverband Bodenseekreis: „Einbürgerungswelle im Bodenseekreis“ vom 11.08.2024, in: <https://bodensee.afd-bw.de>, abgerufen am 02.01.2025.

⁵⁸¹ Curio, Gottfried: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung des AfD-Landesverbands Berlin am 10.02.2023 in Berlin; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, Kanal: „Alternative für Deutschland Landesverband Berlin - AfD Berlin“, abgerufen am: 02.03.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Zukunft mehr. Es ist so, Demografie entscheidet über Demokratie. [...] Wenn wir die demografische Wende nicht schaffen und wenn wir die Einwanderung nicht stoppen, dann sind wir in wenigen Jahren Minderheit im eigenen Land. Dann, liebe Freunde, dann ist die deutsche Demokratie am Ende, weil dann logischerweise für die Minderheitsgesellschaft die deutsche Volkssouveränität am Ende ist. Und die müssen wir erhalten. Um die müssen wir jetzt kämpfen. Es geht um nichts weniger als unser Recht auf Heimat in der Mitte Europas. [...] Die Ampel-Regierung will das Staatsangehörigkeitsrecht reformieren. [...] Die Ampelkoalition, die Kartellparteien, sie schaffen sich gerade ein neues Volk“.⁵⁸²

Höcke kreiert hier ein vermeintliches Katastrophenszenario, das begründet durch regierungspolitisch gesteuerte Migration einen völligen Existenzverlust der ethnisch Deutschen skizziert.

Reimond Hoffmann, zum damaligen Zeitpunkt Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, forderte eine „Kampagne gegen diesen Einbürgerungswahnsinn, die es krachen lässt“, und warnte:

„Die wollen sich innerhalb von drei Jahren neue Wähler einbürgern. Die etablierte Politik holt sich gezielt eine neue Wählerschaft ins Land und lässt sie noch in der selben Legislaturperiode wählen. Die Ersetzungsmigration schaltet den Turbo ein. Ein Albtraum.“⁵⁸³

Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Maier nahm im Januar 2023 die Einbürgerung früherer Asylsuchender aus Syrien zum Anlass für die Forderung „Tauschen wir die Regierung aus, bevor sie das Wahlvolk austauscht!“⁵⁸⁴

Auch der damalige nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp⁵⁸⁵, der sächsische Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jörg Urban⁵⁸⁶, der damalige bayerische Landtagsabgeordnete Uli Henkel⁵⁸⁷ und der AfD-Kreisverband München (BY)⁵⁸⁸ äußerten sich in ähnlicher Weise.

⁵⁸² Höcke, Björn: Redebeitrag am 07.09.2023 in Oranienburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.09.2023, Kanal: „_____“, abgerufen am 11.09.2023.

⁵⁸³ Hoffmann, Reimond; Facebook-Eintrag vom 29.11.2022, abgerufen am 19.12.2022.

⁵⁸⁴ Maier, Christoph: Telegram-Beitrag vom 11.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

⁵⁸⁵ Beckamp, Roger: Redebeitrag vom August 2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.

⁵⁸⁶ Urban, Jörg: Redebeitrag vom 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

⁵⁸⁷ Henkel, Uli: Facebook-Eintrag vom 30.12.2022, abgerufen am 18.01.2023.

⁵⁸⁸ AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 28.07.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Neben dieser speziellen Konstellation eines behaupteten Austauschs des Wahlvolkes nehmen viele Aussagen ganz allgemein Bezug auf einen angeblich stattfindenden Bevölkerungsaustausch:

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb etwa im September 2022 auf Twitter:

„2015 war keine Ausnahme es war der Anfang. Man will die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu Lasten des autochthonen Bevölkerungsanteils massiv verändern.“⁵⁸⁹

Wenig später bekräftigte Maximilian Krah seine vorangegangene Aussage:

„2015 war kein Unfall. Es war der Testlauf. [...] man will Buntland statt Deutschland.“⁵⁹⁰

In einem Tweet aus Dezember 2022 schrieb Krah außerdem:

„2015 war kein Unfall, es war die Generalprobe. Wir erleben die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung - verursacht durch politische Entscheidungen und in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit. Die Deutschen werden ersetzt.“⁵⁹¹

Die vermeintlich planvolle „Veränderung der ethnischen Zusammensetzung“ wird hier als Mittel zur Implementierung einer multikulturellen Gesellschaft und mithin zur ideologisch motivierten, planvoll betriebenen ethnischen Durchmischung der Bevölkerung und als Beginn der „Abschaffung“ Deutschlands zugunsten von „Buntland“ bzw. als „Ersetzung“ der Deutschen dargestellt. Damit knüpft Krah – ähnlich wie die vorbenannten Zitate – an das neurechte Narrativ des Großen Austauschs an.

Daniel Haseloff (MdL TH) äußerte sich am 1. November 2024 auf X in vergleichbarer Weise:

„Einbürgerung steigt massiv an.

Anzahl der Einbürgerungen hat sich seit 2015 vervierfacht! Jeder zweite Neubürger stammt aus Syrien, gefolgt vom Irak und der Ukraine. Der rapide Anstieg

⁵⁸⁹ Krah, Maximilian: Tweet vom 13.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.

⁵⁹⁰ Krah, Maximilian: Tweet vom 25.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

⁵⁹¹ Krah, Maximilian: Tweet vom 04.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

der Einbürgerungszahlen kommt einer Verramschung der deutschen Staatsbürgerschaft gleich. [...] Wir stehen gegen die verdeckte Masseneinwanderung, die das humanitäre Anliegen als Hebel nutzt, um die Zusammensetzung unseres Volkes im großen Maßstab zu verändern.“⁵⁹²

Indem Haseloff hier zum Ausdruck bringt, dass die Staatsbürgerschaft nichts mehr wert sei, impliziert er zugleich, dass sie keine Aussage über die wahre Zugehörigkeit zum Staatsvolk treffe.

In seiner Rede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin am 12./13. Oktober 2024 in Jüterbog (BB) äußerte Gottfried Curio (MdB, BR):

„In wenigen Jahren wird durch diese Politik der Kipp-Punkt überschritten, wo die linksgrünen Deutschlandfeinde zusammen mit rasch eingebürgerten Syrern und Afghanen der angestammten deutschen Bevölkerung ihr Land unter den Füßen wegziehen sollen. Lassen wir das nicht zu, meine Damen und Herren, stellen wir uns dieser Veruntreuung unseres Vaterlands entgegen!“⁵⁹³

Mehrere Funktionärinnen und Funktionäre der AfD nahmen zudem einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Quote für Personen mit Migrationsgeschichte in Bundesgerichten und Behörden zum Anlass, das Narrativ vom gezielten Austausch bzw. der Verdrängung autochthoner Deutscher zu verbreiten. So deutete Martin Reichardt (MdB, ST) die Überlegungen in einem Facebook-Post vom 1. Oktober 2024 als weiteren Baustein in einem „Gesellschaftsumbau“ zum Zwecke der „Deutschlandzerstörung“:

„Während Deutschland über Abschiebungen, Grenzkontrollen und Migrantengewalt diskutiert, holt die Ampel zu einem weiteren Schlag gegen die deutsche Bevölkerung aus. Im sogenannten ‚Partizipationsgesetz‘, soll eine verpflichtende Quote für ‚Personen mit Migrationsgeschichte oder Diskriminierungserfahrung bei Bundesgerichten und Behörden‘ festgeschrieben werden. Es ist ein weiterer Baustein im Gesellschaftsumbau, den die ‚Fortschrittskoalition‘ in den letzten Monaten ihrer Deutschlandzerstörung, vorantreibt. [...] Und wir Deutschen müssen uns darauf einstellen, dass nicht mehr deutsch in unseren Amtsstuben gesprochen wird. Wenn es dann zu Verständigungsproblemen

⁵⁹² Haseloff, Daniel: Tweet vom 01.11.2024, abgerufen am 04.11.2024.

⁵⁹³ Curio, Gottfried: Rede auf dem Landesparteitag am 12./13.10.2024; veröffentlicht in: www.rbb24.de am 12.10.2024, abgerufen am 14.10.2024.